This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

E47773

von Wilmowski

Meine Erinnerungen an Bismarck

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau

Adler, Dr. Georg, Die Geschichte der ersten sozial-politischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf die einwirkenden Theorien. — Ein Beitrag zur Entwickelungsgeschichte der sozialen Frage. Geheftet 9 Mark.

Gottschall, Rudolf von, Die deutsche Nationallitteratur des neunzehnten Jahrhunderts. 6. Auflage. Geheftet 20 Mark. Gebunden in 4 Leinenbände 27.50 Mark. Gebunden in 4 Halbfranzbände 30 Mark.

Holtei, K. von, Vierzig Jahre. Neu herausgegeben und durchgesehen von Max Grube. 4. Auflage. 2 Bände. Geh. 6 Mark. Eleg. geb. 8 Mark.

Poschinger, Heinrich von, Fürst Bismarck und die Parlamentarier. 2 Bände. Geheftet 15 Mark. Gebunden in 3 Leinenbände 18 Mark.

Roon. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des General-Feldmarschalls Kriegsministers Grafen von Roon. Sammlung von Briefen, Schriftstücken und Erinnerungen. 4. Auflage. 3 Bände. Mit 3 Kupferdrucken und einem Faksimile. Geheftet 21.60 Mark. In 3 Leinenbände gebunden 25.20 Mark. In 3 Halbfranzbände gebunden 27.60 Mark.

— — Kriegsminister von Roon als Redner. Politisch und militärisch erläutert von Waldemar Graf Roon. 3 Bände geheftet 16 Mark. In 3 Leinenbänden 20 Mark. In 3 Halbfranzbänden 23 Mark.

Wilmowski, Karl von, Feldbriefe 1870/71. Nebst biographischen Mitteilungen von Dr. Gustav von Wilmowski. Gebunden 2 Mark.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Kleine Erinnerungen an Bismarck

Von

Dr. Gustav von Wilmowski
Geheimer Justizrat

Aus dem Nachlasse herausgegeben von

Marcell von Wilmowski
Regierungsrat

Breslau
Verlag von Eduard Trewendt
1900.

Das Recht der Überſetzung bleibt vorbehalten

DD218
W51

Vorwort des Herausgebers.

Es ist eine Ehrenpflicht, die durch Herausgabe der folgenden Aufzeichnungen erfüllt wird: eine Ehrenpflicht gegenüber dem großen Geiste, der am 30. Juli 1898 im Sachsenwalde der Welt entrissen wurde; und eine Ehrenpflicht des Sohnes gegenüber dem, dessen Verehrung für den Fürsten Bismarck die Aufzeichnungen ihr Dasein verdanken.

Wenn Otto von Bismarck die Geister aller seiner Mitlebenden fesselte und gefangen hielt, auch derer, die nur die gewaltigen Wirkungen seiner Worte und Thaten wahrnahmen, wie den Wind von eines Adlers Flügelschlage: mit welcher Macht mußte nicht dieser deutsche Recke die ergreifen, denen es vergönnt war, ihm Aug' ins Auge zu blicken und bei Rede und Gegenrede seinem schaffenden und empfangenden und widerwirkenden Geiste zu folgen?!

Mögen die folgenden Aufzeichnungen als die Äußerung eines solchen Zeitgenossen aufgenommen werden, den es drängte, das Ergebnis seiner persönlichen Begegnung mit dem großen Manne festzuhalten, und es versuchte, das Er-

lebte in Verbindung mit der Zeit, wie mit ſich ſelbſt, zu bringen und damit ein geſchichtliches Urteil abzugeben, das zugleich ein Denkmal des großen Deutſchen ſei.

Die Bedeutung der Zeilen muß aus ihnen ſprechen. Aus ihnen ergiebt ſich auch die Art der Beziehungen des Verfaſſers zu dem Fürſten von Bismarck. Sie beſtehen in der Hauptſache darin, daß jener (geboren am 17. Auguſt 1818, geſtorben am 28. Dezember 1896), ſeit dem Jahre 1867 als juriſtiſcher Ratgeber Bismarck's häufig Gelegenheit hatte, ihn zu ſprechen, nicht nur über die jedesmal verhandelten juriſtiſchen Angelegenheiten, ſondern, gemäß ſeiner geſellſchaftlichen Stellung im Schlawer Kreiſe, auch über andere Dinge, politiſchen und allgemeinen Inhalts, wie auch z. B. über ſolche, die aus ſeiner Verbindung mit der deutſchen Juriſtenwelt ſich ergaben.

Die Entſtehung zeigt ſich aus den mir, neben dem Manuſkripte, vorliegenden Notizen über einzelne Unterhaltungen mit Bismarck, aus denen, unter Auswahl, die Schrift hervorgegangen iſt.

Die Notizen ſchließen mit Ende 1869 ab, zu welcher Zeit der Verfaſſer die Nähe von Varzin verließ und nach Breslau verzog. Die Verbindung hörte indeſſen hiermit nicht auf; doch wurde die perſönliche Begegnung ſeltener.

Von den Nachrichten ſeit dem Jahre 1870 entſtammt ein kleiner Teil den Briefen des Bruders des Verfaſſers, des langjährigen Chefs des Civilkabinetts Sr. Majeſtät des Kaiſers Wilhelms I., wie die Vergleichung mit den von

dem Verfaſſer herausgegebenen „Feldbriefen*“ ergiebt. — Dieſe Stellen ſind ſtehen gelaſſen, um den Zuſammenhang und das Geſamtbild nicht zu ſtören.

Ob noch andere Einzelheiten dieſer Zeit, ſoweit ſie nicht der perſönlichen Begegnung mit Bismarck entſtammen, den gleichen Urſprung haben, muß dahingeſtellt bleiben; die Quellen floſſen dem Verfaſſer verſchiedenfach.

Der Lebensgang Bismarck's wird bis zum Jahre 1872 geführt. Dieſe Zeit umfaßt auch das Urteil des Verfaſſers.

Die Geſchichtsſchreibung mag darüber ſprechen, ob das Bild Bismarck's in ſpäterer Zeit, nachdem ſeine national-deutſche That vollendet war, ſich weſentlich geändert hat. Daß der Verfaſſer zu einem erheblich anderen Urteile gekommen wäre, iſt wohl nicht anzunehmen. Jedenfalls ſchien es mir dem Sinne des Verfaſſers auch fortdauernd zu entſprechen, die vorgefundenen Aufzeichnungen der Allgemeinheit nicht vorzuenthalten.

In dieſem Sinne iſt die Herausgabe erfolgt.

Liegnitz, Oktober 1899.

Marcell von Wilmowski

---

* Feldbriefe von 1870/71 von Karl von Wilmowski. Nebſt biographiſchen Mitteilungen von Dr. Guſtav von Wilmowski, Geh. Juſtizrat. — Breslau. Eduard Trewendt 1894.

Inhalt.

Seite

Vorwort V

Erstes Kapitel: Bismarck und Napoleon I. — Der deutsche Cavour. — Stellung des Autors 1

Zweites Kapitel: Bismarcks äußerer Lebensgang 1815 bis 1847. — Bismarck's Geschlecht. — Bismarck als Schüler, Student, erste Beamtenlaufbahn. — Kniephof als beliebtes Manöverquartier. — Als Landwirt . . 11

Drittes Kapitel: 1847 bis 1859. Im vereinigten Landtage. — Erfurt. — Verhalten zu Österreich. — Frankfurt a/M. 20

Viertes Kapitel: 1859 bis 1861. — Bismarck in Petersburg. — Dortige Eindrücke. — Bärenjagd. — Russische Grobheit von Bismarck erlernt. — Verhältnis zu Rußland. — Teilnahme an der Entwickelung in Deutschland 29

Fünftes Kapitel: 1861 bis 1866. Bismarck's Berufung nach Berlin. — Der Gesandschaftsposten in Paris. — Urteil der Volksvertretung über Bismarck's Programm 37

Sechstes Kapitel: Fortsetzung. — Entwickelung des Verhältnisses zu Österreich und der schleswig-holsteinschen Frage. — Auseinandersetzung bis zum Kriege . . 44

Seite

Siebentes Kapitel: Bismarck über seine verkannten Absichten — über den Mordanfall am 7. Mai 1866 . . . 55

Achtes Kapitel: Der Umschlag in der Beurteilung Bismarck's 59

Neuntes Kapitel: Ereignisse des Kriegsjahres 1866 66

Zehntes Kapitel: Die nationalen Erfolge des Krieges. — Französische Ansprüche und deren Abweisung 75

Elftes Kapitel: Die Gewinnung der süddeutschen Staaten. — Der deutsche Juristentag als Bindemittel. — Bismarck's Äußerungen hierzu 82

Zwölftes Kapitel: Badens Wunsch in den norddeutschen Bund einzutreten. — Der Nutzen Rußlands. — Prophezeihungen über Napoleon III. 89

Dreizehntes Kapitel: Zum Anlasse des Krieges 1870/71 . . 92

Vierzehntes Kapitel: Ankunft des Königs in Berlin. — Aus den Kriegsereignissen — Beteiligung Bismarck's. — Die Katastrophe von Sedan 99

Fünfzehntes Kapitel: Friedensverhandlungen 106

Sechszehntes Kapitel: Zeit der Belagerung von Paris . . . 112

Siebzehntes Kapitel: Die Bildung des Deutschen Reiches . . 117

Achtzehntes Kapitel: Das Ende des Krieges 126

Neunzehntes Kapitel: Zusammenfassende Betrachtungen: Bismarck's politisches Programm und seine Bestrebungen 133

Zwanzigstes Kapitel: Bismarck's deutsche Bestrebungen . . . 144

Einundzwanzigstes Kapitel: Bismarck's Stellung zum Könige 148

Zweiundzwanzigstes Kapitel: Bismarck's Verhältnis gegenüber der Königin und dem Kronprinzen 158

Dreiundzwanzigstes Kapitel: Bismarck's Politik im Innern . 161

Vierundzwanzigstes Kapitel: Bismarck's Parteizugehörigkeit . 168

Seite

Fünfundzwanzigstes Kapitel: Bismarck's Stellung zu den Miniſtern und zur Verwaltungsreform 175

Sechsundzwanzigſtes Kapitel: Stellung zur Kirche. — Anfänge des Kulturkampfes 184

Siebenundzwanzigſtes Kapitel: Behandlung der Finanzfragen 190

Achtundzwanzigſtes Kapitel: Stellung zur Juſtiz 196

Neunundzwanzigſtes Kapitel: Charakteriſtik 199

Erstes Kapitel

Bismarck und Napoleon I. — Der deutsche Cavour. — Stellung des Autors.

Wenn die Ruhe, welche uns der selige Bundestag in 50jährigem fast ununterbrochenem Frieden und Stillstand genießen ließ, uns im Sinne der Romantik zu der Anschauung verleitete, daß Napoleon I. die letzte geschichtliche Persönlichkeit gewesen sei; daß seit ihm die Geschichte sich nur noch in Massenbewegungen fortschiebe, auf welche der Einzelne keinen überwiegenden Einfluß ausüben könne; und daß die neuere Zeit ebenso politisch wie litterarisch nur eine Epigonenwelt erzeuge, welche — einer eigenen schöpferischen Thätigkeit unfähig — nur dem Detail-Ausbau des Vorgefundenen leben könnte; und wenn auch die Gährung und die Versuche des Jahres 1848 keine lebenskräftige Schöpfung und keine wirklichen historischen Individualitäten hervorgerufen haben: so zeigte uns doch die Geschichte Bismarck's und der letzten Jahre, daß noch nicht alle Individualität in der Massenwirkung aufgegangen ist und daß auch unserem Zeitalter noch die schöpferische Kraft innewohne. So wie Napoleon, aus der Mitte des

Volkes hervorgegangen, die bewegende Geschichtskraft am Wendepunkte des 18. und 19. Jahrhunderts war, so ist es Bismarck für unsere Zeit geworden. Beiden war die eigene Genialität die Leiter zur Erhebung über die Masse, und beide haben welthistorische Folgen erreicht, welche der Beginn ihrer Laufbahn nicht entfernt erwarten ließ. Welchen Schrecken bereitete es nicht für die gesamte — wenngleich liberale — deutsche Bureaukratie, als 1851 Bismarck Legationsrat und nach wenigen Monaten preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt wurde, nachdem er in der Beamtenlaufbahn nicht über das Referendariat hinausgekommen war und nach wesentlich landwirtschaftlicher Beschäftigung eines Gutsbesitzers nur kurze Zeit als Abgeordneter eine Richtung vertreten hatte, welche für antiquiert galt! Sein Beginnen, preußische Politik zu leiten, galt damals als nur abenteuerlich, wie auch Napoleon's Laufbahn nur die eines Abenteurers war. Aber der Franzose war wirklich Abenteurer, während Bismarck es nur schien. Freilich waren ihre Zeiten, ihre Ziele, ihre Mittel und ihre Wirkung durchaus verschiedene. Napoleon setzte sich selbst als Zweck der Geschichte, und, nachdem die nivellierende Kraft der Revolution uns die allgemeine Gleichheit vor dem Gesetze gegeben hatte, aber auch fast sämtliche Fürstenkronen zum Fallen oder Wanken brachte, wollte er, der nicht im Purpur Geborene, sich zum Weltherrscher machen und der Geschichte seine Gesetze vorschreiben. Bismarck dagegen setzte, bei unleugbarster Selbständigkeit, ja Eigenwilligkeit, doch frei und fern von jedem egoistischem Interesse, seine Zwecke in den Dienst der Geschichte und des Vaterlandes und ist groß, weil er nicht herrschen, sondern dienen wollte. Im Gegensatze zur Selbstsucht des französischen Gewalthabers ließ unseren deutschen Staatsmann die moralische Reinheit seines Charakters

bei gleicher Energie des Willens auch reinere, aufrichtige und gewissenhafte Mittel anwenden. Sein nächstes Wirkungsgebiet, sein Ziel und seine Arbeitsfaktoren waren eben auch, so wie er selbst, deutsche! Dementsprechend waren auch die Schöpfungen Napoleon's, soweit er nicht bloß im Dienste der „Prinzipien von 1789" dazu geholfen hat, mittelalterliche Ungeheuerlichkeiten zu beseitigen, nur von ephemerem Erfolge; wogegen der Vater des einigen Deutschlands ein Werk teils geschaffen teils vorbereitet hat, welches die Bürgschaft der Dauer in sich trägt, wenn es nicht Deutschlands eigne Söhne zwieträchtig wieder vernichten.

Die Ähnlichkeit des Ziels und der Stellung hat Bismarck vielfach den Namen des „deutschen Cavour" eingebracht. Die Einigung Italiens, welche in der Zeit der deutschen voranging, und die gewandte Diplomatie des sardinischen Ministers legen diese Vergleichung nahe. Die Unterschiede des deutschen und des italienischen Werkes in ihrer Gestaltung, ihrem Einigungsumfange und ihrem welthistorischen Einflusse liegen in der Verschiedenheit des deutschen Wesens einerseits und der politischen und militärischen Kräfte und Bedeutung von Italien und Deutschland andererseits.

Erfüllt von der geschichtlichen Bedeutung Bismarck's kann ich nicht versprechen, durch pikante Neuigkeiten für die geschichtliche Würdigung ungeahnte Gesichtspunkte aufzudecken. Seine Politik, seine Ziele und Wege sind mindestens seit 1866 so offen gewesen, daß er von Zeit zu Zeit selbst der Welt die diplomatischen Geheimnisse enthüllt hat, welche es gewesen waren und welche sonst nach der diplomatischen Theorie alter Schule wahrscheinlich bis zu einer späteren glücklichen Untersuchung der Staatsarchive Geheimnisse geblieben wären. Mein gutes Glück brachte mich ihm nahe

indem ich im Schlawer Kreise in Hinterpommern, worin Bismarck 1867 seine Herrschaft Varzin erwarb, schon seit langen Jahren Rechtsanwalt gewesen war, und ich von ihm nach jener Erwerbung als sein Generalmandatar mit seiner Vertretung in seinen Rechts- und Vermögens-Angelegenheiten beauftragt wurde. In der Zeit zwischen dem österreichischen und dem französischen Kriege, 1867—1870, — kurz vor letzterem war ich zur Erleichterung der Erziehung meiner Kinder als Anwalt nach Breslau versetzt worden, — durfte ich sehr häufig in seiner Gegenwart sein, was seine geistige Lebendigkeit und seine ungeschminkte natürliche Aufrichtigkeit zu einem Hochgenusse machte. Zwar ist von manchem, was ich damals erfuhr, seitdem der ohnehin lose Schleier des Geheimnisses zurückgeschlagen, indeß halte ich mich doch verpflichtet, die mir zu Gebote stehenden Beiträge zur Aufstellung des Lebensbildes von Bismarck der Geschichte nicht vorzuenthalten, wenn sie auch nur dazu dienen, seine Charakteristik lebendiger zu machen, und die Consequenz seines markigen und gemütvollen, echt deutschen Charakters zu zeigen. Sicherlich gehöre ich persönlich zu den Letzten, welche einen großen Mann verstanden zu haben glauben, wenn sie ihm glücklich abgeguckt, wie er sich räuspert und wie er spuckt!

Von höchstem geschichtlichem und anthropologischem Interesse halte ich es aber, beizutragen, daß der Nachwelt ein möglichst plastisches Bild von dem Manne überliefert wird, welcher durch eigene Energie und eigene Intelligenz, ebenso wie durch ein glückliches Zusammentreffen von Persönlichkeitsbedingungen und von Zeitverhältnissen begünstigt, für Deutschland erreicht, was die größten Geister in Deutschland seit einem Jahrtausend vergebens erstrebt haben. Wohl wird schwerlich jemals sein Charakterbild in der Geschichte

schwanken; — dennoch mußte er während seines Wirkens so oft erleben, daß große tonangebende Parteien seine Art und Wege mißbilligten, während erst nachher die Erfolge ihm Recht gaben. In der durchsichtigsten Weise zeigt aber seine Charakteristik, welche freilich nicht schon immer während seiner Thätigkeit unverhüllt sich äußern konnte, daß, seitdem er als Staatsmann mitthätig war, nur sein Weg und nicht der gegnerischerseits angegebene unter Berücksichtigung der zu berechnenden Faktoren zum Ziele führen mußte, daß und wie genau er jederzeit mit allen Faktoren rechnete und daß er seine Schritte und die Gründe dazu nicht länger verhüllte, als durchaus nötig war. Die Fixierung seines Charakterbildes hat schon deshalb das allerhöchste Interesse, weil es uns einen echten Deutschen zeigt, einen wahren Sohn seines Landes und seiner Zeit in einer seltenen Ausbildung seiner Eigentümlichkeiten, in einer Gestaltung von so entschiedenem Gepräge, daß es kaum möglich ist, sich ein geistiges Leben anschaulicher und so zu sagen plastischer dargelegt zu denken. Sein Lebensbild giebt daher das dreifache Interesse: das Interesse, welches die Darlegung einer durchsichtigen und tüchtigen, scharf sich abzeichnenden, geistigen Persönlichkeit gewährt, auch wenn sie keinerlei historische Bedeutung hätte; das Interesse der harmonischen politischen Zusammenwirkung eines entschiedenen Charakters mit den vorhandenen Kräften und Strebungen, und das Interesse der Wirksamkeit in einer welthistorischen, bedeutenden Zeit und mit welthistorischen Folgen.

Bei deutscher Achtung vor der historischen Wahrheit kann ich nicht beabsichtigen, Schwächen und Unvollkommenheiten zu verdecken oder zu verschweigen. Anders sieht jedoch ein Blick, der es liebt, im Großen das Kleine aufzusuchen, und dem großen Geiste dadurch näher zu kommen, daß er

ihn zu sich hinabzieht, und anders der Mensch, der sich geistig zu Großen hinaufzuarbeiten wünscht, wenngleich nur in der Lage, ihm nachzudenken, nicht nachzuhandeln, und der die dem größten Erdensohne anhaftenden Menschlichkeiten nur als das von der Menschennatur unablösliche Beiwerk aufnimmt, bewußt, daß damit allein nicht der ganze Mensch erschöpft ist. Dafür, daß ich nicht durch reine Bewunderung verblendet bin, mag der Umstand bürgen, daß ich es über mich gewann, aus dem wohlthuenden anregendsten Verkehr in Varzin von Schlawe nach Breslau mich versetzen zu lassen, so schmerzlich mir auch dieser im Interesse meiner Kinder abgenötigte Entschluß wurde.

Wenn meine Beiträge eine wirkliche Ergänzung zur Charakteristik Bismarck's sein sollten, so konnten sie nicht bloß in einer bunten Anekdotensammlung bestehen. Denn den Eindruck geistiger Eigentümlichkeiten zu gewinnen, sind einzelne bestimmte Vorfälle zwar oft ungemein charakteristisch; indes die Objektivität des Bildes wird doch auch dem Einzelnen, dem Darsteller, wie dem Leser, nur dadurch gewonnen, daß in verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Umständen sich die darzustellende Persönlichkeit präsentiert und ihre Spuren und Eigentümlichkeiten nicht als nur vereinzelte zeigt. Wie oft prägt sich nicht ein entschiedener Charakterzug eines Bekannten unabweisbar ein, ohne daß es dem Gewissenhaftesten möglich wäre, einzelne fragmentare Vorkommnisse als juristische Beweismittel zur Beurkundung anzuführen? Wie oft gaben nicht andererseits zufällige Umstände einem Vorfalle eine bestimmte Richtung, während nicht ein, anscheinend darin dokumentierter Charakterzug, sondern der begleitende Zufall und außenliegende Thatsachen die Pointe bestimmten?

So geschäftig auch die politische Litteratur sich an das große Objekt gemacht hat, so fehlt uns doch eine geistig lebendige Charakteristik, welche den Menschen und Staatsmann uns als Ganzes vorführte. Das dankenswerte „Buch vom Grafen Bismarck" von G. Hesekiel, welches unter Benutzung des vorzüglichsten Materials, namentlich der Briefe Bismarck's geschrieben ist, giebt eine genaue Darlegung seines äußeren Lebensganges und detailliert eine große Menge Äußerlichkeiten, läßt aber bei ungeordneter Nebeneinanderstellung von Briefen und Reden das menschlich-geistige Bild oft nur erraten, und läßt eine geistige Durchdringung des Materials auch da vermissen, wo sie sich aus dem vorgeführten Material leicht ergeben hätte. Die gesammelten „Reden des Grafen von Bismarck" geben nur die staatsmännisch-öffentlichen Äußerungen ohne die, selbst zur rein politischen Übersicht nötige Darlegung der Motive und der begleitenden Umstände. Eine geistvolle Charakteristik des Politikers giebt L. Bamberger's „Mr. de Bismarck"; sie betrifft jedoch nur die Zeit bis 1867, läßt auch den Menschen ganz hinter dem Staatsmann zurücktreten und verlangt vom Standpunkte eines Liberalen aus vom Staatsmanne manches, was diesem bei seiner innersten Natur und bei dem ganz verschiedenen politischen Standpunkte vor ihm selbst und vor seiner mitwirkenden Umgebung unmöglich war. Wenn so Bamberger nicht immer die sogenannten Konservativen mit berechnet, so berechnet andererseits Wagner: Staats- und Gesellschaftslexikon Bd. 23 S. 385 ff. „Graf Otto von Bismarck" nicht immer die große Partei der Nationalen und Liberalen, obgleich Bismarck, so sehr er in der Konfliktszeit 1862—1866 ihr Gegner war, von ihr schon seit seiner diplomatischen Thätigkeit in Frankfurt den größten Teil seines Programms entlehnte. Wie aber bei jedem der eigene poli-

tische Standpunkt auf seine geschichtliche Darstellung einwirkt, da jeder nur durch sein eigenes leibliches und geistiges Auge sehen kann, so will ich die dem Leser sich sonst ohnehin aus dem Werke aufdringenden Schlüsse auf meine eigene politische Stellung kurz durch deren Präzisierung vorweg nehmen. Früher zur entschieden liberalen Richtung mich rechnend, wurde ich durch die Ereignisse und Folgen des Jahres 1848 überzeugt, daß zur Solidität der reformatorischen Neugestaltung von Preußen und Deutschland die sogenannte konservative Partei ein staatsmännisch mitzuberechnender Faktor bleiben müsse, nicht weil ich persönlich ihre Prätentionen für berechtigt hielt, aber weil die für Preußen historisch notwendige monarchische Spitze dahin neigte, und namentlich nur von ihr aus die notwendige Umgestaltung des Verhältnisses von Preußen zu Deutschland hervorgehen könne, so beklagenswert mir auch ihr Einfluß auf Hemmung der inneren politischen Entwickelung schien. Seit Jahrzehnten habe ich mich deshalb zu der Richtung der jetzt sogenannten Nationalliberalen gehalten, in der Überzeugung, daß ihre so vielfach geschmähte Neigung zu Kompromissen eine Notwendigkeit zum praktischen Fortschritte enthalte. Ich will das aufrichtige Bekenntnis beifügen, daß ich auch in der sogenannten Konfliktszeit nach 1862 — mit Rücksicht auf die Antecedentien von Bismarck von 1848—1851 und unbekannt mit seiner eigenen politischen Umwandlung der späteren Zeit — nicht darauf vertraute, daß unter seiner Staatsleitung eine von den preußischen Liberalen längst erstrebte radikale Auseinandersetzung mit Österreich über die Machtstellung von Preußen und Deutschland erfolgen könne. Mit den meisten Liberalen nahmen wir an, daß Bismarck's Politik, weil er sich zur konservativen Partei rechnete, Österreich gegenüber nur in einem Bündnisse zur

Unterdrückung aller sogenannten revolutionären Elemente bestände, und daß die Programme zur parlamentarischen Mitbeteiligung des deutschen Volkes an Deutschlands politischem Leben in Gemäßheit des rücksichtslosen Verhältnisses zu der preußischen Volksvertretung nur eine, von der Rivalität gegen Österreich eingegebene, zur Erzielung einer Gleichstellung mit Österreich im Bunde und eines moralischen Druckes gegen Österreich bestimmte Maske seien, aus welcher niemals wahrer Ernst gemacht werden sollte. Wenn uns der blutige Ernst des Krieges von 1866 und die Veröffentlichungen über die gesamte, seit 1862 gegen Österreich geführte Politik eines Besseren belehrt haben, und wenn uns die Verfassung und spätere Gesetzgebung des norddeutschen Bundes gezeigt haben, daß Bismarck's Politik auch im Inneren nicht die landläufige reaktionäre war, so muß der frühere Irrtum entschuldbar sein, da ihn so viele geteilt haben, da er durch die Geschichte der Vergangenheit herbeigeführt war und ohne die freilich erst später zulässige Veröffentlichung des wahren Sachverhältnisses nicht beseitigt werden konnte. Kann ich sonach nicht beanspruchen, als Anhänger Bismarck's seit seinem ersten Auftreten zu gelten, so ist doch wesentlich, daß er ebenfalls erst später sich der Geschichte als er selbst zeigte. Vollends in Betreff der inneren Politik kam er erst nach dem Kriege von 1866 den liberalen Strömungen entgegen.

Bin ich sonach auch von entgegengesetzter politischer Richtung mit wesentlich gleichen nationalen Zielpunkten erst später zur vollen Erkenntnis und Anerkennung seiner politischen Stellung gekommen, so hoffe ich bei dem Bewußtsein reinster eigener Wahrheitsliebe, daß dies der Objektivität der Darstellung keinen Eintrag thun wird.

Die Aufgabe, eine vollständige politische Geschichte Bismarck's und seiner Zeit zu liefern, muß ich bewährten Geschichtsforschern und der Nachwelt überlassen. Auch eine vollständige Biographie der nicht gerade politisch eingreifenden Verhältnisse liegt nicht in meinem Plane. Derselbe erstreckt sich vielmehr nur darauf, eine Ergänzung zu seiner Charakteristik zu geben, soweit ich sie thatsächlich zu geben vermag. Selbstverständlich ist dadurch nicht ausgeschlossen, daß hierbei vielfach Bekanntes mit zu benutzen ist, was teilweise sogar notwendig wird. Um nicht zu sehr Thatsachen vorauszusetzen, auch wenn sie bekannt sein mögen, und um nicht das Aufsuchen spezieller Daten in neueren Geschichtswerken oder in Zeitungen nötig zu machen, schicke ich eine kurze Darstellung des äußeren Lebensganges Bismarcks voraus.

Auch zum geistigen Verständnisse eines jeden gehört die Kenntnis der Sphäre, worin er groß geworden ist. Jeder kann nur Kind seiner Zeit und seines Volkes sein; wenn er nur Mannes genug ist, ein Mann *für* seine Zeit und *für* sein Volk zu werden! Dazu muß ihn seine anfangs sich von außen bestimmende, später von ihm bewußt sich anzueignende Bildung und geistige Entwickelung führen. Für einen Menschen kann es nie ein Vorwurf sein, daß er nicht sofort fertig, wie Pallas Athene, auf die Welt oder in das Feld seiner Wirksamkeit kommt; er muß werden, und zu den beschränktesten Vorwürfen gehört es, jemandem vorzuhalten, daß er früher einmal einer anderen Ansicht gewesen ist. Am wenigsten sind dergleichen Vorwürfe auf dem Felde der Politik begründet, wo die Lebensbedingungen und Verhältnisse aller Gestaltungen mit allen wirksamen Faktoren in beständigem Wechsel begriffen sind.

Zweites Kapitel

Bismarck's äußerer Lebensgang 1815—1847. — Bismarck's Geschlecht. — Bismarck als Schüler, Student, erste Beamtenlaufbahn. — Kniephof als beliebtes Manöver-Quartier. — Als Landwirt.

Otto Eduard Leopold von Bismarck, später nach seines Vaters und demnächst seinem eigenen Gute Schönhausen zubenannt, ist auf diesem selben Gute in der Altmark bei Tangermünde am 1. April 1815 geboren. Er entstammt einem alten märkischen Adelsgeschlechte, welches seinen Namen vom Städtchen Bismarck, (früher bischöflich Havelbergsche Grenz-Burg Bischofsmark) bei Stendal in der Altmark hatte.

Ob die Bismarcks früher nur Bürger von Bismarck und Stendal gewesen sind (Riedel) oder einem Adelsgeschlechte von Uranfang an (wann ist der?) angehört haben (Hesekiel S. 29 ff.), ist eine offenbar müßige Frage. Thatsache ist, daß das Geschlecht seit Jahrhunderten dem alten märkischen Adel angehörte, welcher im vorigen Jahrhundert auch polnische Güter erwarb. Das Geschlecht mag nicht anders gewesen sein, als alle märkischen Adelsgeschlechter. Stenzel hat in seiner schon 1830 erschienenen Geschichte des preußischen Staates (Bd. 1 S. 161), also jedenfalls nicht durch die neuere Geschichte beeinflußt, die von Bismarck mit unter denjenigen genannt, welche zu Anfang des 15. Jahrhunderts nebst den Quitzows, Putlitzs, Schulenburgs, denen von Rochow, Bredow, Jagow, Bardeleben, Knesebeck, Holzendorf und Maltitz dem ersten Hohenzollern Friedrich I. sich nicht gutwillig unterwarfen, als er 1412 im Auftrage des Kaisers Sigismund in die Mark Brandenburg kam, um deren Verwaltung zu führen.

Sicherlich wird das dem Rufe unseres Otto von Bismarck keinen Eintrag thun.

Andererseits gehörten die Bismarcks in Stendal schon in mehreren Generationen vor der Reformation zu denjenigen, welche urkundlich zu gunsten einer besseren städtischen Schule gegen die Alleinberechtigung des bischöflichen Schulunterrichts auftraten, und selbst die bischöfliche Exkommunikation nicht scheuten*).

Otto von Bismarck's Vater war Karl Wilhelm Ferdinand, geb. 1771, gest. 1844, welcher Offizier beim Leib-Carabinier-Regimente gewesen war, als Rittmeister den Abschied genommen hatte und außer dem Gute Schönhausen die Güter Külz, Kniephof und Jarchelin (Grecholin) im Naugarder Kreise von Hinterpommern besaß. Ottos Mutter (gest. Nov. 1839) war eine Tochter des Geheimen Kabinettsrats Menken, welcher durch den Minister von Hertzberg 1776 in der Geheimen Staatskanzlei angestellt, unter Friedrich Wilhelm II. von 1786 bis nach dem Frieden von Basel 1795 als Geheimer Kabinettsrat die auswärtigen Angelegenheiten bearbeitete, dann wegen seiner Freisinnigkeit durch den General von Bischofswerder verdrängt, und von Friedrich Wilhelm III. von 1797 bis zu seinem Tode (1801) wieder angestellt wurde. Ottos Geschwister (außer einigen früh verstorbenen) waren sein um 5 Jahre älterer Bruder Bernhard, Landrat des Naugarder Kreises, Kammerherr und Geheimer Regierungsrat, und seine um 12 Jahre jüngere Schwester Malwine, vermählt mit dem Landrat a. D. Kammerherrn Oskar von Arnim auf Kröchelndorff. Otto war von seinem Vater, einem gemütvollem deutschem Reiteroffizier und passioniertem Jäger, zum Reiteroffizier be-

*) Auch werden Bismarcke schon 1414 als Vertrauensmänner Friedrichs I. genannt. (Hesekiel S. 40 und 41.)

stimmt; seine Mutter, eine feingebildete Dame, ihres Vaters liberale Tochter, bestimmte ihn zum Diplomaten. Otto wurde beides und es war weder sein noch Deutschlands Nachteil, daß er als Diplomat nicht bloß in Glacéhandschuhen auftreten, sondern auch in kühnen Reiterzügen rekognoscieren, und seine Gegner verfolgen und über den Haufen reiten lernte, um Deutschand, nach seinem eigenen Ausdrucke, „in den Sattel zu heben" und reiten zu lassen.

Da seine Eltern 1816 ihren Wohnsitz von Schönhausen nach ihrem pommerschen Gute Kniephof verlegten, so verbrachte Otto hier seine Knabenjahre bis Ostern 1821. Er kam dann (zu seinem älteren Bruder Bernhard) in die Knabenpensionsanstalt des Professors Plamann zu Berlin bis 1827; besuchte darauf das Friedrich Wilhelm-Gymnasium daselbst von 1827—1830 und zuletzt das Berliner Gymnasium zum grauen Kloster von 1830 bis Ostern 1832. Zur Ferienzeit kehrte er regelmäßig nach Kniephof ins elterliche Haus zurück; die Winter pflegten dagegen die Eltern in Berlin mit ihren Söhnen zusammen zuzubringen. Seit seiner Jugendzeit behielt Bismarck, obgleich er geborener Märker war, auf dem Gymnasium und später jahrelang in Berlin und Potsdam wohnte und von 1845—1851 das Gut Schönhausen als Gutsherr bewohnte, stets eine besondere Vorliebe für Pommern; welche später sicherlich auch dadurch noch bestärkt wurde, daß seine Frau Pommern angehörte. Er erzählte gern von der Zeit, als er von Berlin aus in den Ferien die für die damalige Zeit umständliche Reise nach Kniephof machte und freute sich noch in der Erinnerung, wie zuerst Nagler's Schnellpost eingerichtet wurde, und man nun schon in 24 Stunden nach Naugard kommen konnte; wie dann in Naugard die gesamte Ressource, die Herren mit langen thönernen Pfeifen, ihn bewundernd

umstanden hätten, in der Freude, jemanden zu sehen, der am Tage zuvor noch in Berlin gewesen war. Jetzt, meinte er in naheliegender Vergleichung, würde es ihm als Bundeskanzler und Chef der norddeutschen Postverwaltung kaum jemand Dank wissen, wenn dieselbe Zeit von Berlin aus bis zu den entferntesten Gegenden des Staates hinreichte. „Damals freilich war überhaupt weniger nötig, um sich zu freuen."

Für das Gut Schönhausen zeigte er zwar die Pietät eines Nachkommen gegen seine Vorfahren, dagegen nicht ein besonderes heimatliches Anhänglichkeitsgefühl. Er äußerte geradezu: am Gute Schönhausen liege ihm an sich nichts; das Haus sei nicht wohnlich, und das Gut mit Ausnahme der nächsten Baumumgebung des Gutshofes sei nicht landschaftlich schön, sondern liege sehr kahl; es sei auch klein und biete nicht Raum zu besonderen Ausflügen*). Im Vergleiche mit seinen späteren, freilich viel umfangreicheren, bedeutenderen, auch schöner gelegenen Besitzungen der Varziner Güter, worin er stundenlange Ritte und Fußwanderungen zu machen liebte, kann allerdings Schönhausen für diese Neigung nicht Raum genug bieten. In Schönhausen liegt außer dem Bismarck'schen Gute noch ein zweites Gut, welches in fremdem Besitze ist. Nach Beendigung des österreichischen Krieges von 1866 beabsichtigte der König zuerst, — (bevor demnächst unter Mitwirkung der Kammern für Bismarck und die Feldherren ihre Gelddotation bestimmt wurde) — für dieselben Gutsbesitz als Nationalschenkung ankaufen zu lassen; und zu diesem Projekt war für Bismarck das zweite Gut in Schönhausen ins Auge gefaßt. Bismarck meinte später: es sei ganz gut, daß nichts daraus geworden

*) Äußerungen aus der Zeit, bevor er Schönhausen II. dazu erwarb.

wäre; der Besitzer habe, als bei ihm deshalb angefragt wäre, einen ganz unverhältnismäßigen Preis gefordert. Es sei an sich auch nicht besser und liege eben so kahl, als sein eigenes Gut zu Schönhausen. Wenn er nur seine persönliche Neigung und seinen Geldbeutel zu Rate zöge, so möchte er sein eigenes Gut dort gern verkaufen; es sei ihm nur gegen das Gefühl, das Gut zu verkaufen, weil er selbst da geboren sei, ebenso sein Vater und seine Voreltern, welche auch in der dortigen Kirche begraben lägen.

Schon auf dem Gymnasium hatte sich Bismarck durch Neigung und Fortschritte in geschichtlichen Studien und in der französischen und englischen Sprache ausgezeichnet, Studien, welche ihm für seine spätere diplomatische Laufbahn sehr zu statten kamen. Zu Ostern 1832 bezog er die Universität Göttingen, um sich durch das Studium der Rechte zur Laufbahn als Diplomat vorzubereiten. „Gerade an meinem Geburtstage, als ich 17 Jahre alt wurde, (1. April 1832) bezog ich die Universität, meines Erachtens zu früh." Bekannt ist, daß sein Universitätsleben, besonders von Ostern 1832 bis Michaeli 1833 im Corps der „Hannoveraner" zu Göttingen, ein stürmisches war. Für seine tüchtige geistige und körperliche Persönlichkeit zeugt es, daß er, obgleich auch seine spätere Jugend bis etwa zu seiner Verlobung eine Sturm- und Drang-Periode blieb, niemals blasiert wurde. Die Kraft seiner Natur wurde nicht überspannt.

Seine kräftige, imposante Gestalt bedurfte schon körperlich einer kräftigeren Anregung, und seine Willenskraft war nicht zu überwinden. Wie ihm Jagen und Reiten stets Lieblingsbeschäftigung blieb, so war ihm auch geistig eine Strapaze als solche niemals zu groß.

Nachdem er von Michaelis 1833 bis Ostern 1835 die Universität zu Berlin besucht hatte, machte er dort sein Examen als Auskultator, arbeitete als solcher beim Stadtgericht zu Berlin und ging 1836 zur Verwaltung über.

Gemäß seiner gelegentlichen Erwähnung war ihm von einem Herrn aus dem Ministerium geraten worden: da er zur Diplomatie gehen wolle, so möge er sich namentlich auf die Zollvereins-Angelegenheiten legen, da dies ein damals noch neues und dankbares Gebiet sei. Für die sogenannte höhere Politik war damals in Preußen der Sinn und die politische Staatsstellung nicht vorhanden. Man weiß, wie nachhaltig diese Verweisung auf die Zollvereins-Angelegenheiten gewirkt hat, wie der Zollverein für Preußen einen größeren materiellen Machteinfluß in Deutschland schuf, wie namentlich auch für Bismarck der Zollverein schon während seiner Wirksamkeit in Frankfurt die Basis wurde, auf welcher er eine andere Stellung für Preußen gegen Oesterreich und die anderen deutschen Staaten gewinnen wollte (Brief vom 2. April 1858) und wie nach dem österreichischen Kriege von 1866, als Preußen vor dem Main Halt machen zu müssen schien, der Zollverein und Bismarck's Schöpfung des Zollparlaments zuerst den Main überbrückte. Damals hatte der Rat zunächst die Folge, daß Bismarck sich 1836 zur Regierung in Aachen als Referendarius versetzen ließ, um die Verwaltungsangelegenheiten mit Rücksicht auf den dortigen größeren und einflußreicheren Grenzverkehr kennen zu lernen. Er arbeitete als Regierungsreferendar zu Aachen bis zum Herbste 1837, und darauf bei der Regierung zu Potsdam bis Ostern 1838. Er beabsichtigte bei den Gardejägern zu Potsdam seiner Militärpflicht zu genügen, trat auch Ostern 1838 daselbst als Freiwilliger ein, ließ sich aber sehr bald zum 2. Jägerbataillon nach Greifswald versetzen, um zugleich

landwirtschaftliche Vorlesungen an der Akademie zu Eldena zu hören. Er erneuerte dort zwar das Studentenleben; aus den Vorlesungen wurde nichts. Nach Beendigung seines Militärjahres zu Ostern 1839 ging er nach Kniephof und lebte nun im nächsten Jahrzehnt vorzugsweise landwirtschaftlichen Beschäftigungen. Den Staatsdienst gab er bald auf, nachdem er einige Jahre später nochmals bei der Regierung zu Potsdam auf kurze Zeit als Referendarius gearbeitet hatte. Bekannt ist, daß er sich dann vom Staatsdienste in brüsker Manier beim Präsident von Meding verabschiedete. Im Begriffe, einen Urlaub nachzusuchen, hatte er etwa eine Stunde zu warten, ehe er vorgelassen wurde; nicht gewöhnt, Zurücksetzungen zu ertragen, antwortete er, als er schließlich zum Präsidenten eintrat, auf dessen Frage, was er wünsche: er sei eigentlich gekommen, um sich Urlaub zu erbitten; da ihm aber der Herr Präsident genügend Zeit gelassen habe, um seine ganze Lage zu erwägen, so bäte er jetzt um seinen Abschied. Damit endete zur Zeit sein Staatsdienst. — Als dieser Vorfall erwähnt wurde, äußerte Bismarck selbst: der wahre Grund habe darin bestanden, daß er weit größere Neigung zur Landwirtschaft, als zum Staatsdienste gehabt habe; auch seinen späteren Wiedereintritt im Jahre 1851 habe er zunächst nur als einen provisorischen Versuch angesehen, welchen damals alsbald wieder aufzugeben ihm nicht schwer geworden sein würde.

Schon im Jahre 1838 hatte der Vater ihm und seinem älteren Bruder Bernhard die pommerschen Güter Kniephof, Külz und Jarchelin abgetreten, und zog sich nach Schönhausen zurück. Bernhard übernahm damals, während Otto durch sein Militärjahr in Greifswald zurückgehalten wurde, die Verwaltung der Güter zunächst allein. Von Ostern 1839 bis zum Sommer 1841 führten dann beide Brüder die

Verwaltung gemeinschaftlich. Als im Sommer 1841 Bernhard zum Landrat in Naugard gewählt und ernannt wurde, sich vermählte und nach Naugard zog, teilten sie die Güter; Otto bekam Kniephof und Jarchelin, und sein älterer Bruder erhielt Külz zum Alleinbesitz. Nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1845 übernahm Otto Schönhausen und trat dafür Jarchelin an seinen Bruder ab. Vom Sommer 1839 bis zum Herbste 1845 war sein Wohnsitz in Kniephof; vom Herbste 1845 an verlegte er denselben nach Schönhausen und blieb dann, seit dem Sommer 1847 verheiratet, bis zu Beginn seiner diplomatischen Carriere (Frühjahr 1851) in Schönhausen wohnen.

Die landwirtschaftlichen Beschäftigungen, welchen diese Zeit vorzugsweise gewidmet war, nahmen anfangs seine Zeit bedeutend in Anspruch, und kompetente Landwirte rühmen ihm nach, daß er mit der ihm charakteristischen Energie und Zähigkeit, aus einem hinsichtlich der Einkünfte und bisherigen Verwaltung unzuverlässigen Besitze eine geregelte Wirtschaft geschaffen, die Revenüen durch sachgemäße Meliorationen erhöht und sich in allen Branchen der Landwirtschaft tüchtige Erfahrungen und Kenntnisse erworben, in späteren Zeiten selbst ausgezeichnet habe. Mit der Zeit genügten ihm die landwirtschaftlichen Beschäftigungen und die Monotonie der Lebensweise in Kniephof nicht mehr vollständig. Weder seine Zeit noch sein Geist wurde genügend dadurch ausgefüllt. In der dortigen Gegend ist es notorisch, daß sein Garçonleben in Kniephof einen wilden, studentischen Charakter hatte. Kniephof lag an der Landstraße, welche die nach und von den jährlichen Manövern ziehenden Truppen aus Kolberg, Köslin, Stolp und überhaupt aus den niederwärts gelegenen Teilen von Hinterpommern passieren mußten. Für alle Offiziere wurde Kniephof bei der rücksichtslosen

Gastfreundschaft, der allgemein gerühmten geistvollen Unterhaltungsgabe Bismarck's und dem freien, heitern Stil des Verkehrs das gesuchteste Offiziersquartier und gewöhnlich auch der Sammelplatz der in der Nachbarschaft einquartierten Offiziere. Selbst wenn Bismarck dann persönlich nicht zu Hause bleiben konnte, vergaß er nicht, den Schlüssel zu seinem Weinkeller seiner Einquartierung zurückzulassen. Den Namen eines der Offiziere, v. E., welcher sich stets seiner Einquartierungen in Kniephof mit großem Behagen erinnerte, und welcher bei ähnlicher Gelegenheit den Kellerschlüssel kräftig zur Bewirtung seiner benachbarten Kameraden benutzt hatte, als Bismarck spät Abends zurückkam und seine Gäste bei der eifrigen Untersuchung seines Kellerinhalts beschäftigt fand, hatte ich versucht, Bismarck wieder in Erinnerung zu bringen. Die Gräfin meinte: „Da wird wohl sehr viel getrunken sein!" Bismarck erwiderte lachend: „Dazu ist der Wein da"; er erinnerte sich des Namens nicht mehr; indes habe er damals sehr viel Einquartierung gehabt und Hunderte von Offizieren kennen gelernt; außer seinen näheren Bekannten hätte aber nur ein Artillerieoffizier aus Kolberg, R., welcher mehrmals bei ihm im Quartier gelegen habe, dauernden Eindruck auf ihn gemacht; es seien eben zu viele gewesen, um alle zu behalten.

Häufige Ritte in der näheren und entfernteren Nachbarschaft gaben eine andere Abwechselung für sein Leben in Kniephof. Er freute sich noch später, daß er weit und breit die entferntesten Gegenden mit seinem Rosse unsicher gemacht habe. Der Schauplatz der Gelage wurde dann anderswohin verlegt.

Seine erste Bekanntschaft mit Kolberg, welche er 1839 machte, hatte er nach seiner Erzählung durch ein „heftiges" Diner mit mehreren Bekannten dort gefeiert. Nach dem-

ſelben hatten ſie in der See gebadet. Herr v. A., noch ſtärker als Bismarck ſelbſt, wollte unſichere Bewegungen beim Baden an ihm wahrgenommen haben und habe geglaubt, ihn retten zu müſſen; in der That wäre eine Rettung damals gar nicht nötig geweſen. A. habe es aber durch ſeine Operationen bald ſoweit gebracht, daß ſie beinahe beide ertrunken wären; und dann ſei allerdings Rettung nötig geworden, die dann auch A. mit rieſiger Körperkraft bewirkt habe. Wie Bismarck und ſein Leben ſchon vielfach mythiſch behandelt wurde, ſo hatte auch die Mythe aus dieſem Vorfalle eine Sage gemacht, nach welcher Bismarck mit einer Bewerbung abgewieſen, bei Kolberg in der See den Tod geſucht habe, aber von ſeinen Freunden gerettet worden ſei. Dieſe Sage wurde in Hinterpommern lange Zeit geglaubt und verbreitet. Die durchaus unbefangene Weiſe, in welcher Bismarck den obigen Vorfall unaufgefordert erzählte — er war nur gefragt worden: ob er nicht in Kolberg als Referendar geweſen ſei? — läßt jedoch darüber keinen Zweifel, daß er offenbar nicht das geringſte Bewußtſein darüber hatte, bei Kolberg aus Liebesſchmerz den Tod geſucht zu haben. — Zur Charakteriſtik des Lebens in Kniephof werden dieſe Züge genügend ſein.

Drittes Kapitel

1847 bis 1859. Im vereinigten Landtage. — Erfurt. — Verhalten zu Öſterreich. — Frankfurt a. M.

Mit dem erſten vereinigten Landtage, welcher im Frühjahr 1847 in Berlin zuſammentrat, und an welchem Bismarck als gewählter Abgeordneter des ſächſiſchen Provinzialland-

tages teilnahm, beginnt seine politische Laufbahn. Es ist bekannt, daß er sich jedenfalls bis zu seiner Absendung nach Frankfurt zu den sogenannten Konservativen hielt und bald einer ihrer Führer wurde, daß er wesentlich davon ausging: jede politische Entwickelung müsse in Preußen von der Krone eingeleitet werden; über dasjenige hinaus, was die Krone hinsichtlich der ständischen Rechte und der Volksbeteiligung gewähre, — zur Zeit des ersten vereinigten Landtages also gemäß dem Patente vom 3. Februar 1847 — sei ein Drängen nach weiteren Volksrechten nicht ratsam; die Würde und Macht der Krone sei das erste Axiom; sie müsse den Stempel „von Gottes Gnaden" behalten und die Realisation des Christentums herbeiführen; für Preußen müsse das specifische preußische Element stets das Wesentliche sein, und der Weg zur deutschen Einigkeit könne nur von Preußen aus gefunden werden und zwar nicht auf dem Wege der Revolution, sondern auf Grund der königlichen Initiative und des preußischen Heeres, welches nicht deutsch-politisch, sondern wesentlich preußisch sei. In diesem Sinne sprach sich Bismarck im ersten vereinigten Landtage aus, ebenso im zweiten, welcher nach der Revolution vom März 1848 im April zur Beratung des Wahlgesetzes für die Nationalversammlung zusammentrat; ebenso — nachdem er an der Nationalversammlung des Jahres 1848 nicht teilgenommen hatte — nach Einführung der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 in der zweiten Kammer im Jahre 1849.

Es ist seitens der Konservativen sehr oft hervorgehoben, daß Bismarck, zumal seit 1866, politisch ein ganz anderer geworden sei; und Bismarck hat sich bekanntlich gegen solche Vorhaltungen älterer Aussprüche einfach darauf berufen, daß er mit der Zeit gelernt habe. Indes erfordert auch die Gerechtigkeit hervorzuheben, daß die Grundlage

seiner Politik, sein eigentlicher politischer Grundcharakter stets derselbe gewesen und geblieben ist. Die Wahrung der Macht der Krone, die Betonung der überwiegenden Machtstellung der Regierung gegenüber den parlamentarischen Wünschen, die Hervorhebung des Heeres, die Notwendigkeit von Preußen auszugehen, um zu Deutschland zu kommen, sind für seine Politik im Innern stets leitend gewesen. Andererseits hat er das einige deutsche Vaterland als berechtigten Zielpunkt der Politik bereits im April 1848 im zweiten vereinigten Landtage anerkannt, und nur bezweifelt, daß der in der Märzrevolution eingeschlagene Weg zu diesem Ziele und überhaupt nur zu einem gesetzmäßig geordneten Zustande führen könne. Der Ausgangspunkt und der Zielpunkt seiner politischen Grundanschauungen sind stets dieselben geblieben; er war niemals ein derartig spezifischer Preuße, daß er sein Deutschtum vergessen und verleugnet hätte, und selbst sein am meisten rechts stehender Biograph Hesekiel bemerkt, daß er schon während seines Wohnsitzes zu Kniephof, also vor 1847 unter seinen Bekannten als liberal gegolten habe*).

Allerdings aber haben seine Ansichten über die Mittel und Wege, um zu seinem Zwecke zu kommen, einen bedeutenden Umschwung erlitten. Namentlich hat er sich mit der Zuziehung der Volksvertretung zur Legislatur zu befreunden gelernt und zwar viel eher, als man früher, zumal in der Konfliktszeit 1862—66, von ihm annahm. Schon während er als Gesandter in Frankfurt war, erklärte er die Kammer als ein mächtiges Hilfsmittel, zumal für die auswärtige Politik. Ein von Hesekiel S. 183 veröffentlichter Brief vom 2. April 1858 nimmt schon damals in Aussicht,

*) Hesekiel, S. 103.

daß in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollverein für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinssachen „eine Art Zollparlament" einzurichten sei, mit Bestimmung für itio in partes, wenn die Beteiligten es verlangen.

Am auffälligsten ist seine Änderung hinsichtlich der auswärtigen Politik. Freilich ist diese auch an sich für die Staatsleitung nicht ein Zweck — ausgenommen für erobernde Staaten —, sondern wesentlich und überwiegend nur Mittel zum Zwecke. Außerdem ist sie das, durch die jedesmaligen historischen Verhältnisse und durch die Beziehungen der anderen Staaten gegebene und damit wechselnde Produkt der Geschichte, oder sollte dies wenigstens sein; und es würde offenbar eine Sünde gegen den heiligen Geist der Diplomatie sein, wenn ein Staatslenker ein unwandelbares Programm für seine auswärtigen Beziehungen auch nur auf ein Jahr aufstellen zu dürfen meinte. Auch haben gerade die Demokraten, allen voran Twesten, entschieden anerkannt, daß über die auswärtige Politik diejenigen, welche der zeitigen Regierung nicht angehören und in deren Geheimnisse und Information nicht eingeweiht sind, kein maßgebendes Urteil haben können. — Indes es kann und soll hier nicht die Absicht sein, eine politische Geschichte zu schreiben.

Charakteristisch für die Weise Bismarck's, an die Verhältnisse heranzutreten, ist es, daß das einzige Zeichen, durch welches er sich während der Nationalversammlung im Jahre 1848 bemerkbar machte, in einem „Eingesandt" vom 21. August 1848 bestand, worin er gegen die Behauptung eines Abgeordneten, daß ein pommerscher Tagelöhner nur $2^1/_2$ bis 4 Silbergroschen Tagelohn bekomme, auf die Naturalprästationen aufmerksam machte, welche er an Wohnung, Land,

Weide, Getreide und Feuerungsmaterial noch außer dem Tagelohn erhalte. Fern von jeder aprioristischen Auffassung und von aller doktrinären Systematik ist er stets vom besonderen und von der thatsächlichen Sachlage aus zur Schöpfung des allgemeinen gekommen; wie auch zumal seine Gesetzvorschläge, Verfassungen, Verträge und Friedensschlüsse niemals von irgend einem Systeme aus, sondern praktisch aus dem jedesmaligen thatsächlichen Sachverhalte Form und Inhalt gewonnen haben und davon die unverkennbarsten Spuren tragen.

In den Jahren 1849 und 1850 bis zum Frühjahr 1851 war Bismarck ein Führer der Konservativen im Landtage, auch an dem Unionsparlamente in Erfurt im Frühjahr 1850 nahm er mit ausgesprochener Antipathie gegen das, bald fehlgeschlagene Radowitz'sche Projekt einer Einigung von Deutschland gegen Österreich Teil. Er war damals noch ein erklärter Anhänger der österreich-freundlichen Politik, welche von Manteuffel, der demnächstige Nachfolger von Radowitz im Ministerium des Auswärtigen, verfolgte und als Manteuffel in Olmütz (Vertrag vom 27. November 1850) Preußen wieder Österreich untergeordnet und den Wiedereintritt in den alten deutschen Bund bewilligt hatte, verteidigte Bismarck am 3. Dezember 1850 im Landtage die Olmützer Punktation, weil Preußen und Österreich gegenüber den Revolutionären gemeinsame Interessen hätten, eine kriegerische Differenz beider Staaten bei der drohenden Haltung des Auslandes die Existenz Preußens zu Gunsten der Demokratie aufs Spiel gesetzt haben würde, und weil Preußen und Österreich mit Rücksicht auf diese gleiche politische Gegnerschaft gegen die Demokraten nur neben einander die deutschen Angelegenheiten zu leiten hätten. — Es würde müßige Konjekturalpolitik sein, zu fragen, ob nicht Preußen schon 1849 aus der Hand des Parlaments von Frankfurt die

deutsche Kaiserkrone hätte nehmen können und sollen oder ob nicht Preußen 1850 den Hegemoniestreit mit Österreich durch die Waffen entscheiden lassen durfte und mußte; und wie sich Gefahr und Gewinn aus der Gegnerschaft der Fürstenhäuser und der Zustimmung der liberalen Parteien gestaltet haben würde. Zur Feststellung der Sachlage möchte ich nur an die Worte Bismarck's in der Sitzung des konstituierenden deutschen Reichstages vom 4. März 1867 (Reden I, S. 250, 251) erinnern:

„Der Versuch von Erfurt scheiterte nicht so sehr durch das Widerstreben der beteiligten Regierungen, wenn ich auch nicht behaupten kann, daß unsere preußische Regierung damals mit der wünschenswerten Energie ihre Aufgabe vertreten hätte; er scheiterte meines Erachtens daran, daß Hannover und Sachsen einfach auf die österreichische Armee, die hinter Olmütz stand, mehr Vertrauen hatten, als auf den Dreikönigsbund; das war wohl das Durchschlagende, wenn es auch eine Menge anderer Ursachen gegeben haben mag."

So unerträglich auch im Jahre 1850 für das nationaldeutsche und für das preußische Gefühl das unmittelbare Resultat war, daß Preußen wieder im Schlepptau von Österreich in den deutschen Bundestag eintrat, um alle Volksregungen unterdrücken zu helfen, so muß doch soviel anerkannt werden, daß der Weg, welchen Bismarck 1866 und später gefunden hat, um Preußen aus dieser Lage zu befreien und an die Spitze von Deutschland unter Ausschließung von Österreich und unter parlamentarischer Beteiligung des gesamten übrigen Deutschlands zu bringen, eine bei weitem größere allseitige Versöhnlichkeit herbeigeführt hat, als durch die in den Jahren 1849 und 1850 beabsichtigten Schritte wenigstens in unmittelbarster Folge in Aussicht stand.

Eine eigentümliche Schickung war es, daß gerade der Mann, welcher später das deutsche Reich aufrichten sollte, durch die Verteidigung der Olmützer Unterordnung Preußens zuerst in die diplomatische Laufbahn eingeführt wurde. Bismarck's damalige Politik war wohl die Hauptveranlassung, daß er von Friedrich Wilhelm IV. und von Manteuffel ausersehen wurde, um Preußen auf dem neubelebten Bundestage in Frankfurt zu vertreten. Er galt und war eine persona grata für Österreich. Im Mai 1851 wurde er als Geheimer Legationsrat erster Sekretär der preußischen Bundestagsgesandtschaft beim damaligen (seit 1845) preußischen Gesandten General von Rochow; und im August desselben Jahres wurde er Bundestagsgesandter.

In der nächsten Zeit verfolgte er auch unzweifelhaft dieselbe Politik treuer Bundesgenossenschaft mit Österreich.

Als er im Jahre 1852 behufs weiterer politischer Verständigung an den Hof des österreichischen Kaisers nach Wien und Ofen-Pest geschickt wurde, meinte er selbst noch in einem Briefe aus Wien vom 11. Juni 1852 (Hesekiel, S. 196): er fürchte, Österreich lasse die Gelegenheit zur Verständigung ungenützt vorüber gehen, und Preußen werde sobald nicht einen wieder hinschicken, der so geneigt sei, sich zu verständigen, wie er.

Der Aufenthalt als Bundestagsgesandter in Frankfurt von 1851 bis 1859 gab ihm bald Gelegenheit zu merken, daß Preußen in jedem Falle, wo es von Österreich verschiedene Interessen hatte, — und dies trat zunächst für alle Zollvereins- und alle materiellen Verkehrsinteressen zu Tage — innerhalb des Bundestages keine genügende Bundesgenossenschaft an den anderen deutschen Staaten fand, sondern stets eine entschieden österreichische Gegnerschaft fruchtlos zu bekämpfen hatte. Er wurde, weil er wesentlich Preuße war,

aus einem eifrigen Anhänger bald der entschiedenste Gegner Österreichs; zumal als die Politik von Schwarzenberg und dann von Buol-Schauenstein den Zweck der österreichischen Politik, Preußen unterzuordnen, immer weniger verheimlichte. Die einzelnen Phasen dieser Umwandlung bei Bismarck zu verfolgen, hat wenig Interesse, zumal sie naturgemäß nur eine allmähliche war und einstweilen noch keine Resultate hatte. Als er die Gegnerschaft thatsächlich dokumentieren wollte, um bei Ausbruch des Krieges Frankreichs und Sardiniens gegen Österreich im Jahre 1859 Preußen sich mit Österreich definitiv auseinandersetzen zu lassen, wurde Bismarck, als Österreich gegenüber im Bundestage unmöglich geworden, von Frankfurt abberufen und dafür im März 1859 als Gesandter nach Petersburg geschickt. Die Enthüllung der Schritte, welche damals geschahen, um eine Beteiligung Preußens an dem französisch-österreichischen Kriege für oder gegen Österreich zu erwirken, muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, welche es ermöglicht, die Staatsarchive jener Periode zu benutzen.

Mit welchem praktischen vorausseheuden Blicke aber Bismarck schon damals die Verhältnisse ins Auge faßte und wie sehr er sich bewußt wurde, daß die Differenz mit Österreich und den österreich-freundlichen Staaten nur durch entschieden kriegerische Aktion zu lösen sein würde, zeigen einzelne spätere gelegentliche Äußerungen von ihm. Er erwähnte (1867): er habe schon wiederholt während seines Aufenthaltes in Frankfurt der Frau „Adelheid" — der Herzogin von Nassau — erklärt: wenn die preußenfeindliche Politik von Nassau so fortgesetzt würde, so müßte das zu einem für die Herzogschaft gefährlichen Zusammenstoße führen.

Ein andermal erwiderte er auf die Frage, wie weit sich Preußen im Sommer 1866 vor Ausbruch des Krieges

des Sieges sicher gefühlt hätte: der Krieg sei mit größter Zuversicht hinsichtlich des militärischen Erfolges begonnen; er habe selbst in Frankfurt oft genug an den teils österreichischen, teils preußischen Garnisonen in Frankfurt und Mainz Gelegenheit gehabt, die militärische Überlegenheit Preußens zu vergleichen, — selbst abgesehen von der größeren Vorzüglichkeit des Zündnadelgewehrs; die gewöhnlichen preußischen Infanteristen hätten immer sicherer geschossen, als die österreichischen Jäger.

Der bekannte authentische Brief Bismarck's vom 12. Mai 1859 aus Petersburg an den damaligen Minister des Auswärtigen von Schleinitz, — (von Hesekiel S. 184—188 abgedruckt) — giebt bereits ein vollständiges Programm, worin die Weise prototypisch vorgebildet ist, in welcher später im Jahre 1866 Preußen am Bundestage der Majorisierung entgegentrat. Wir sollten „jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unsere Bundesgenossen uns bieten, ergreifen, um zu derjenigen Revision unserer gegenseitigen Beziehungen zu gelangen, deren Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den kleineren deutschen Staaten dauernd leben zu können. Ich glaube, wir sollten den Handschuh bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt der Krisis zur Besserung darin sehen, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßte, in welchem wir eine Überschreitung der Kompetenz, eine willkürliche Änderung des Bundeszweckes, einen Bruch der Bundesverträge finden. Je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, desto besser. In Österreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unserer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsere Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen ge-

rechten Anlaß dafür zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Übermute nachhelfen."

„Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni heilen müssen, wenn wir bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen."

Viertes Kapitel

1859 bis 1861. — Bismarck in Petersburg. — Dortige Eindrücke. — Bärenjagd. — Russische Grobheit von Bismarck erlernt. — Verhältnis zu Rußland. — Teilnahme an der Entwickelung in Deutschland

Vom März 1859 bis zum Frühjahr 1862 war Bismarck Gesandter in Petersburg; beim Kaiser Alexander II. beliebt und von den russischen höheren Beamten geachtet. Nachdem er den Winter 1859/60 schwer erkrankt in Hohendorf in Ostpreußen mit seiner Familie zugebracht hatte, nahm er im Mai 1860 seine Familie mit nach Petersburg. Bismarck erzählte sehr gern von seinem dortigen Aufenthalte und von den russischen Sitten und Verhältnissen. Seiner kräftigen Natur gefiel es offenbar, die körperliche Kraft und Unempfindlichkeit eines echten Jägers gegen Wind und Wetter auch zu üben, und dies hat er auf der Bärenjagd, welcher er in Rußland mit besonderer Vorliebe oblag, auch redlich gethan. Er erzählte: die Bärenjagd sei in Rußland, abgesehen von der Notwendigkeit, Kälte ertragen zu müssen, bequem, und auch in der Regel nicht gefährlich. Seinen ersten Bären habe er sogar schon in einer Entfernung von nicht vier Meilen von Petersburg geschossen; mit Ver-

gnügen sei er aber dann auch zur Jagd auf eine größere Zahl von Bären meilenweit gefahren. Der Bär laufe gewöhnlich fort, wenn er einen Menschen sehe, und selbst wenn der Bär mürrischer Laune sei und dem Menschen entgegengehe, so brauche man ihm meistenteils nur selbst auszuweichen, um unbelästigt von ihm zu bleiben. Wenn der Bär verwundet oder gereizt sei, so könne er sehr schnell laufen; er werfe dann entweder seine Hinterbeine zurück, wie ein Hase, wodurch er sehr lang aussehe, oder springe auch in langen Sätzen mit gekrümmtem Leibe. Bismarck erzählte einen Jagdfall, der einen gefährlichen Anschein gewonnen habe: Er hatte eine Bärin angeschossen, welcher ihr Junges nachfolgte. Die Bärin geht Bismarck entgegen und sieht, sich umwendend, daß ihr Junges wiederum folgt. Sie kehrt darauf um und behandelt ihr Kind zunächst dergestalt mit Ohrfeigen, daß es fortläuft. Alsdann geht sie Bismarck wieder entgegen. „Dieser Zug mütterlicher Zärtlichkeit," meinte Bismarck, „hätte mich beinahe abgehalten, der Mutter etwas zu thun; aber es handelte sich um mein eigenes Leben, und ich erschoß sie."

Zu den größeren Bärenjagden werden die Bären von Treibern ebenso zugetrieben, wie in Deutschland die Hasen; und damit die Bauern zu ferneren Jagden noch genügenden Vorrat an Bären behielten, käme es auch vor, daß sie Bären, statt sie vorzutreiben, wieder forttrieben. Ihm sei dies einmal auf einer bestellten Bärenjagd passiert; er habe dann aber energisch erklärt, daß er den Betrag für die Jagd von etwa 100 Rubeln nicht eher bezahlen würde, bis die Leute den Bären wieder aufgespürt und ihm angezeigt haben würden. Die Leute hätten sich auch ohne Murren gehorsam und demütig gefügt, und er sei fortgefahren. Hernach hätten sie ihm angezeigt, daß der Bär wieder da sei; er habe ihn

gejagt und geſchoſſen und habe nun beide Jagden bezahlt. „Ein Ruſſe," meinte Bismarck, „hätte freilich nur eine Jagd bezahlt."

Von den Ruſſen, namentlich dem Durchſchnittsſchlage der gewöhnlicheren Klaſſe, war Bismarck gar nicht erbaut. Ohne Härte und Grobheit ſei nichts zu erreichen, aber der Grobheit gäbe der Ruſſe nach, beſonders wenn man Militärkleidung oder Orden trage, was in Rußland unumgänglich nötig ſei, wenn man nicht für einen ganz gewöhnlichen Menſchen gehalten werden wolle, der keine Rückſicht verdiene. „Ich habe hinſichtlich der Behandlung der Leute auch erſt mein Lehrgeld geben müſſen," erzählt Bismarck. „Als ich zuerſt ruſſiſchen Schlitten, die mit Heu und Holz beladen waren, begegnete, ſchimpfte mein Kutſcher mörderlich und die Schlitten wichen uns aus. Gewohnt, beladenen Fuhrwerken auszuweichen, weiſe ich meinen Kutſcher an, künftig in ſolchen Fällen ſelbſt auszuweichen. Bei der nächſten Umgebung weicht der Kutſcher auch aus; nun ſchimpfen aber die begegnenden Fuhrleute ihrerſeits auf ihn, weil er nicht genügend ausgewichen ſei! Der Kutſcher lächelt mephiſtopheliſch, und ich habe ihn nun nicht wieder ausweichen laſſen."

„Später an die nötige Grobheit in der Behandlung gewöhnt, habe ich mich richtiger benommen. Ich war von Zarskoje Selo nach Petersburg mit dem Kaiſer gefahren; beim Ausſteigen mich empfehlend, will ich, während der Kaiſer zur einen Seite aus dem Salon herausging, zur anderen Seite fortgehen, und finde unerwartet die Thüre verſchloſſen und mich allein im Salon. Ein Beamter, der hinzukommt und welchen ich erſuche mir zu öffnen, will mir nicht glauben, daß ich allein in ſchwarzer Zivilkleidung ohne Orden mit dem Kaiſer gekommen und auf dieſe Weiſe in den kaiſer-

lichen Salon geraten sei. Er ruft einen Unteroffizier, der auch auf mich zugeht. Ich ergreife ihn aber sofort beim Kragen und herrsche ihm zu: „Sohn einer Hündin! schaffe mir einen Fiaker!“ Diese Behandlung überzeugte ihn einigermaßen, und ich bekam einen Fiaker, der mich zum preußischen Gesandtschaftshotel fuhr. Aber zwei Polizeibeamten folgten doch dem Fiaker bis dahin und erkundigten sich dort, wer der eben Angekommene gewesen sei. Am nächsten Tage machte mir ein Civilgeneral in Gala seine Aufwartung und entschuldigte den Beamten im kaiserlichen Salon; der Beamte habe indes, da ich ohne Militärkleidung und ohne Orden dort gewesen sei, allerdings nicht glauben können, daß ich mit dem Kaiser gekommen wäre.“

„Als meine Frau zuerst nach Petersburg kam, und wir mit einem Fiaker nach Hause gefahren waren, gab ich dem Kutscher einen Rubel. Gewöhnlich giebt man einen halben Rubel, das ist, glaube ich, etwa das Vierfache des gesetzlichen Betrages. Der Kutscher fordert, ins Haus nachgehend, zwei Rubel. Ich beseitige ihn jedoch, indem ich ihn am Kragen schüttele und ihm einen Tritt versetze. Meine Frau, welche von solcher Behandlungsweise noch keine Erfahrungen hatte, fragte mich erschrocken: Du bist doch nicht unwohl! und ich mußte sie dann mit der Auseinandersetzung beruhigen, daß eine solche Behandlung in Rußland Mode und mein Zorn nur aus Zweckmäßigkeitsgründen erkünstelt sei.“

Auch hinsichtlich der Unzuverlässigkeit der russischen Beamten machte Bismarck kein Hehl daraus, daß er keine bessere Meinung davon gewonnen habe, als die in Deutschland allgemein geltende. Bei der Diskutierung des Projekts eines benachbarten Gutsbesitzers in Pommern, einen Gutskomplex in Rußland für einen sehr annehmbaren Preis zu erwerben, sagte er geradezu: er würde entschieden nicht dazu

raten, sich in einem Lande niederzulassen, in welchem man der Anwendung der Gesetze gar nicht sicher wäre.

Dagegen betonte er andererseits mit Entschiedenheit, daß wir auf ein gutes politisches Einvernehmen mit Rußland ein sehr großes Gewicht legen müßten. Als im November 1868 der Abgeordnete Dr. Löwe das preußische Ministerium interpellierte, ob beabsichtigt würde, das unheilvolle Zollkartell mit Rußland, dessen Vertragsdauer ablief, zu verlängern, befand sich Bismarck in Varzin und erklärte sehr entrüstet: dergleichen sollten die Herren nur der Regierung überlassen; es sei nicht nötig und nicht nützlich, dergleichen an die große Glocke zu hängen. „Das muß doch jeder einsehen, daß, wenn wir uns jetzt schroff gegen Rußland stellen, ein französisch-österreichisches Bündnis sofort gegen uns auftreten würde!"

Daß Bismarck während seiner Amtsfunktion in Petersburg mit großer Teilnahme die politischen Entwickelungen in Deutschland verfolgte, zeigen seine von Hesekiel (S. 188 bis 191) veröffentlichten Briefe von 1860 und 1861; sie zeigen aber namentlich auch, wie sehr er seinen Widerstand gegen parlamentarische und liberale Ideen und seine spezifisch preußische Richtung modifiziert hatte. Der Brief vom 18. September 1861 erklärte im Widerspruch mit den Lieblingsideen der damaligen sogenannten Konservativen und zwar gerade bei Besprechung des Programms der konservativen Partei: „Das System der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiktion, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Länder obwaltet." „Wir begeistern uns für die, von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionierten kleinstaatlichen Souveränitäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängig-

keit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist, als eine Treib- und Konservierhaut gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen." „Wir haben die ... Aufgabe, Zeugnis abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist ..." „Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so nötig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiet des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen ... zu schützen ..." „Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservativen selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen!"

Zur Vervollständigung des politischen Programms Bismarck's aus der damaligen Zeit mag an den obenerwähnten Brief vom 12. Mai 1859 an Schleinitz erinnert werden, welcher seine Stellung gegen Österreich und dessen Bundesgenossen charakterisiert und an Bismarck's Brief aus Petersburg vom 22. August 1860. (Hesekiel, S. 188, 189.) Dem letzteren war Ende Juli 1860 die Zusammenkunft der Souveräne von Österreich und Preußen vorangegangen. Bismarck beklagt sich, daß er von den Abreden von Teplitz nichts wisse. Der italienische Krieg war im Jahre 1859 schneller beendet, ehe sich Preußen hatte entschließen können, ob es bedingungslos der damals in Deutschland verbreiteten Ansicht nachgeben, in einer Gefahr für die venetianisch-österreichische Stellung zugleich eine Schwächung Deutschlands sehen und sich sofort mit Österreich gegen Frankreich erheben sollte, welches als alter Erbfeind Deutschlands sonst

nach Niederwerfung Österreichs seine vermeintlichen natürlichen Grenzen bis zum Rhein beanspruchen würde; oder ob es bei dieser Gelegenheit zunächst der Hegemonie seines anderen Widersachers Österreich sich ein für allemal entziehen sollte; was Bismarck in seinem Briefe vom 12. Mai 1859 sofort nach Beginn des französisch-österreichischen Krieges angeraten hatte.

Nach der Niederlage von Magenta hatte Preußen sechs Armeekorps mobil gemacht und den deutschen Höfen in einem diplomatischen Zirkular erklärt, daß es eine bewaffnete Vermittelung zu Gunsten Österreichs und seines damaligen Territorialstandes veranlassen wolle; zugleich beantragte Preußen beim deutschen Bunde, daß von den anderen deutschen Staaten zwei Armeekorps in Kriegsbereitschaft gesetzt und unter preußischen Befehl gestellt werden sollten. Eben war der Fürst Windischgrätz von Wien nach Berlin geschickt worden, um zu erklären, daß Österreich auf eine preußische Vermittelung und auf eine preußische Heerführerschaft über deutsche Truppen nicht eingehen könne, und um in Preußen einzudringen, daß es bedingungslos Österreichs Krieg mit ausfechte und Frankreich den Krieg erkläre, als Österreich auch die Schlacht von Solferino verlor, und der Kaiser Franz Josef lieber sich dem Kaiser Napoleon im Frieden von Villafranca in die Arme warf, als von Preußens Bundesgenossenschaft abhängig sein wollte. Österreich beschuldigte in einem kaiserlichen Manifeste von Laxenburg vom 25. Juli 1859: Preußen habe die Niederlage herbeigeführt, indem es seine natürlichen Bundesgenossen verlassen habe. Die Zusammenkunft der beiden Souveräne, welche ein Jahr später in Teplitz stattfand, sollte nun ein freundlicheres Verhältnis wieder herstellen. Diplomatische schriftliche Abkommen werden nicht getroffen sein; es hieß, Preußen habe

nichts verſprochen, ſondern werde ſich nach Öſterreichs Verhalten richten; Bismarck wollte aber auch indirekte Nachrichten von anderen Höfen erhalten haben, dahin, daß wir Öſterreich unter allen Umſtänden dann beiſtehen ſollten, wenn es von Frankreich in Italien angegriffen werde. Auch dies, erklärt Bismarck in ſeinem Briefe vom 22. Auguſt 1860 ſei gefährlich: wenn Öſterreich ſicher ſei, daß wir für Venedig eintreten müßten, ſo werde es den Angriff Frankreichs zu provozieren wiſſen. Sodann wendet er ſich gegen die Preſſe, welche ihn verleumde, daß er ruſſiſch-franzöſiſche Zumutungen wegen Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern unterſtützt haben ſolle und bemerkt: „ich habe . . . nie etwas anderes geraten, als uns auf die eigne und auf die im Falle des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutſchlands zu verlaſſen."

Wir ſehen genau das Programm Friedrichs des Großen, als er im Jahre 1785 ſeinen, zunächſt ebenfalls gegen Öſterreich gerichteten, deutſchen Bund plante: „il me semble que nous ne devrions être les serviteurs ni des Français, ni des Autrichiens, ni des Russes."

Bismarck's königlicher Herr, Wilhelm, ſeit dem Herbſte 1858 Prinz-Regent, ſeit dem 2. Januar 1861 König, welcher, als Soldat erzogen und ausgebildet, vorwiegend militäriſche Intereſſen hatte, ſorgte dafür, daß für Bismarck's Pläne die nötige materielle Heeresmacht geſchaffen wurde; die preußiſche Armee wurde verſtärkt und die dazu nötige Organiſation ſchon thatſächlich ſeit 1859 ins Leben gerufen, noch bevor die Kammern die Ausgaben dafür genehmigt hatten. Daß Bismarck, welcher mit ſeinem Programm entſchieden Ernſt machen wollte, für die Ausführung der Armeeorganiſation ſich erklärte, kann uns nicht zweifelhaft ſein;

darin, schreibt er am 22. August 1860, „werden natürlich alle Vernünftigen zur Regierung stehen."

Wir sehen sonach in diesen Briefen Bismarck's von 1859 bis 1861 die vollständige Disposition zu dem Drama des nächsten Jahrzehntes. Die Authentizität der Briefe kann nicht bezweifelt werden. Ende Oktober 1868, nachdem das Buch von Ludwig Bamberger: „Monsieur de Bismarck" eben erschienen war, nahm ich gelegentlich auf die vorgedachten, darin ihrem wesentlichen Inhalte nach aufgenommenen Briefe Bezug und bemerkte, daß sie für authentisch gehalten würden, da sie auch in den Zeitungen (freilich erst nach dem Beginn des Krieges von 1866) abgedruckt und nicht desavouiert seien.

Bismarck bestätigte darauf: er wisse allerdings, daß sie abgedruckt seien. (Hesekiel's Buch erschien erst später: 1869.)

Fünftes Kapitel

1861 bis 1866. Bismarck's Berufung nach Berlin. — Der Gesandtschaftsposten in Paris. — Urteil der Volksvertretung über Bismarck's Programm

Im Sommer 1861 hatte Bismarck Gelegenheit, in Baden-Baden sein Programm dem König Wilhelm vorzulegen, und mußte auf dessen Befehl den Inhalt ihrer Unterredung zu Papier bringen, später auch diesen Aufsatz noch näher ausführen, wie die Briefe vom 18. September und 2. Oktober 1861 bestätigen. Er wird die Ausführung noch im Herbste desselben Jahres dem Könige in Königsberg bei Gelegenheit der dortigen Krönung übergeben haben. Der Wortlaut seiner Auseinandersetzungen ist freilich nicht be-

kannt; der Inhalt kann nicht anders gewesen sein, als ihn die brieflichen Äußerungen ergeben.

Im Frühjahr 1862 wurde Bismarck von Petersburg abberufen und nach Berlin zitiert. Im Mai kam er dort an und wurde am 23. Mai 1862 zum Gesandten in Paris ernannt. Im vorangegangenen Winter 1861/62 war bereits der Konflikt zwischen der Abgeordnetenkammer und dem Ministerium Hohenlohe über die Militärorganisation konstatiert; die Kammer hatte die Ausgabe für die Militärorganisation im Budget für 1862 abgelehnt, und war am 6. März 1862 aufgelöst worden.

In Berlin wurde Bismarck vom Könige zuerst die Ministerpräsidentschaft angeboten. Die Thatsache selbst und die Gründe, weshalb er damals noch den Gesandtschaftsposten in Paris vorzog, besprach Bismarck im Herbste 1868 mit ungeschminkter Offenheit: „Ich war damals des Königs noch nicht ganz sicher, ob er durch dick und dünn mitginge." Wörtlich! Gemeint war nach dem Zusammenhange das Gespräch, welches von Bismarck's auswärtigem politischem Programme ausging, ob der König alle Konsequenzen bis zum Kriege mit Österreich und bis zur Entthronung der österreich-freundlichen Souveränitäten mit entschiedener Energie ernstlich durchführen wolle. „Der König entschloß sich zu dieser Energie, sowie überhaupt zu wichtigen Staatshandlungen nicht schnell, ebenso wie sein Bruder und Vorgänger. Außerdem waren damals schon außer mir drei Ministerpräsidenten in Berlin, nämlich der Fürst von Hohenzollern (Präsident des Ministeriums der „neuen Aera" von 1858), der es noch nominell war, ferner der Fürst von Hohenlohe, der es damals thatsächlich war, und von der Heydt, der es werden wollte, in spe. Es kam mir vor, als wäre es für mich noch nicht an der Zeit, ins

Ministerium zu treten und ein Gesandtenposten war mir damals viel lieber; am liebsten die Gesandtenstelle in Paris. Diese Stelle hatte sich freilich damals Graf Bernstorff, unser Gesandter in London, vorbehalten; und so kam es, daß ich 14 Tage in Berlin in Ungewißheit war, ob ich das Ministerium übernehmen müßte oder nach London oder nach Paris gehen sollte. Nach 14tägigem Warten wurde ich der Sache müde, zumal mir in Berlin alle Häuslichkeit fehlte, und ich bat den Minister von Schleinitz um meine Entlassung; darauf bekam ich binnen sechs Stunden die Gesandtenstelle in Paris, die ich mir am meisten genehm erklärt hatte."

Ich erwähnte, Bamberger stelle als wahrscheinlich hin: Bismarck habe im Frühjahr 1862, als ihm die Ministerpräsidentschaft angetragen sei, deshalb gewünscht, erst eine zeitlang Gesandter in Paris zu sein, um das dortige diplomatische und politische Terrain näher kennen zu lernen. „O nein!" erwiderte Bismarck, „das hatte ich schon gekannt." — Bismarck hatte allerdings schon von Frankfurt aus im Sommer 1855 die Industrieausstellung in Paris besucht und war dann im Frühjahr 1857 wieder in Paris. Hesekiel bemerkt: bei diesem letzten Aufenthalte habe er die ersten eingehenderen politischen Gespräche mit dem Kaiser Napoleon gehabt.

Die Briefe Bismarck's aus Frankreich, welche Hesekiel (S. 249—258) veröffentlicht hat, zeigen, daß seine Ablehnung der Ministerpräsidentschaft im Frühjahr 1862 nur eine provisorische gewesen war und daß er sich zur Übernahme dann bereit erklärt hatte, wenn der König darauf bestände. Er erwartet — mit dem Ausdrucke der Befürchtung im Interesse seiner Muße — beständig, zur Übernahme der Ministerpräsidentschaft nach Berlin berufen zu werden. In

der That blieb er kaum zwei Monate in Paris, benutzte einen sechswöchentlichen Urlaub von Ende Juli bis Mitte September 1862 zu Reisen im südwestlichen Frankreich und einem Aufenthalte in Biarritz und fand, davon zurückkehrend, seine Berufung nach Berlin vor, wohin er Mitte September eilte. Am 23. September 1862 wurde er zum Staatsminister ernannt und wurde ihm an Stelle des Prinzen Adolf von Hohenlohe-Ingelfingen der interimistische Vorsitz des Staatsministeriums übertragen. Durch Ordre vom 8. Oktober 1862 wurde er zum Präsidenten des Staatsministerium und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt.

Wenn sein Programm in betreff seiner Stellung zu Österreich und Frankreich und in betreff seines geistigen Verhältnisses zu parlamentarischen Versammlungen zur Zeit seiner Übernahme des Ministeriums so klar bekannt gemacht wäre, wie wir es vorstehend aus seinen Briefen von 1859 bis 1861 skizziert haben, und wenn diese vertraulichen Briefe, welche damals nicht über die engsten Kreise der konservativen Partei hinauskamen, innerhalb der Kreise der Liberalen einige Verbreitung gehabt hätten, so würde schwerlich der fast 4jährige Konflikt zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus von 1862 bis 1866 die schroffe Intensivität erreicht haben, welche ihn damals zu einem politischen Ereignisse ersten Ranges machte und anscheinend nur zu einer Lösung durch einen Staatsstreich führen konnte. Der Konflikt hatte andererseits, so peinlich er durch die Erregung höchster politischer Leidenschaftlichkeit wurde, seine unleugbaren höchst wohlthätigen Folgen, indem er beiden streitenden Teilen zum unabweisbaren Bewußtsein brachte, daß sie gegenseitig auf einander angewiesen waren, die Regierung auf das Volk und das Volk auf die Regierung. Der Konflikt war die Folge von Mißverständnissen und Täuschungen. Es ist

freilich begreiflich, daß Bismarck und die Regierung die energische Absicht, Preußen und Deutschland ihr Recht gegen Österreich und Frankreich um jeden Preis und selbst mit Gewalt der Waffen in nächster Zeit zu verschaffen, und hierzu ein schlagfertiges Heer zu gewinnen, nicht veröffentlichen konnten. Aber statt daß Bismarck's Programm vollständig bekannt war, wußte man in weiteren Kreisen gar nichts davon und mußte nach demjenigen, was von ihm aus der Zeit seines früheren Auftretens bekannt war, seiner Ministerpräsidentschaft eine ganz andere Bedeutung beimessen. Bekannt war nur, daß er in den Jahren 1847 bis 1851 als eines der entschlossensten Mitglieder der konservativen Partei sich für das Militär und die Krone als Grundpfeiler des Staates und gegen jegliche Erweiterung parlamentarischer Macht erklärt und sich mit Stolz einen Junker genannt hatte. Bekannt war ferner, daß es als Axiom konservativer Gesinnung galt: Preußen habe in Deutschland die historische Präponderanz Österreichs zu achten und habe nur die Aufgabe, neben Österreich gegen die demokratischen und revolutionären Elemente anzukämpfen. Bekannt war es namentlich, daß Bismarck 1850 die Unterwerfung Preußens unter Österreich in Olmütz verteidigt hatte, und daß seit 1813 von seinen Gesinnungsgenossen alle Versuche, für Preußen ein größeres Gewicht in Deutschland zu erlangen, und alle scheinbaren Anstalten, zur Waffengewalt zu greifen, niemals bis zum Ernste der Kriegführung fortgesetzt waren, sondern nur zur erneuerten Vasallenschaft im Dienste Österreichs und Rußlands gegen jede Volksbeteiligung an der Staatsleitung geführt hatten. Seit 1851 war Bismarck niemals öffentlich aufgetreten; seine Wirksamkeit als Diplomat in Frankfurt, Petersburg und Paris, seine vertraulichen Briefe an Bekannte und seine Unterredungen mit

dem Könige verbargen sich unter dem Schleier des diplomatischen Geheimnisses. Es ist daher ganz erklärlich, daß für das große Publikum und dadurch auch für die Volksvertretung die Ernennung Bismarck's zum Ministerpräsidenten den Beginn des Staatsstreichs bedeutete. Seinen Andeutungen, daß er Preußens Stellung in Deutschland mit Waffengewalt verbessern würde, glaubte niemand; die österreichischen Diplomaten selbst werden seinen offenen Drohungen schwerlich vor dem Jahre 1866 Glauben beigemessen haben. Seine Vorschläge, dem deutschen Bundestage ein deutsches Parlament zur Seite zu stellen, wurde, — verglichen mit seiner Behandlung der preußischen Volksvertretung — nur als Lockmittel angesehen, berechnet, gegen die österreichischen Reformvorschläge den Schein größerer Liberalität zu gewinnen. Niemand erwartete, daß Bismarck einem von ihm ins Leben gerufenen deutschen Parlamente einen ernstlichen Einfluß einräumen würde. Wozu sollte denn Preußen sein Heer durch Vermehrung seines Umfangs und durch Verlängerung der Dienstzeit vergrößern, wenn es ein Heer ebensowenig wie unter dem bisherigen konservativen Regimente gebrauchen würde?

Wenn sich somit die liberale Partei über die Absichten Bismarck's täuschte, so täuschte sich auch Bismarck anfangs offenbar über die Aufnahme, welche seine Projekte beim Volke und bei der Volksvertretung finden würden. Er hatte von dem Bewußtsein seiner Anschauungen aus supponiert, daß er mehr als derjenige, welcher er damals war, wie als derjenige, welcher er früher gewesen war, erkannt und anerkannt würde. Seine Aufrichtigkeit, welche er niemals verleugnete, hatte er für glaubwürdiger gehalten, nicht bedenkend, daß die Diplomatie, in deren Diensten er in den letzten 11 Jahren gewesen war, die Aufrichtigkeit nicht

zu ihren Tugenden zählte, und daß er selbst erst in seiner nunmehrigen Laufbahn die Schule der aufrichtigen Diplomatie schuf und zu Ehren brachte. Noch nach Jahren sprach er zu wiederholten Malen seine Verwunderung aus, daß seine Politik nicht, namentlich seit dem schleswig-holsteinschen Kriege, durchsichtiger erschienen sei.

Die preußische Geschichte der Jahre 1862 bis 1866 konzentriert sich um die doppelte Bahn, einmal den Verlauf des Konflikts mit dem Abgeordnetenhause über die Militärorganisation und das Budget, und dann die Entwickelung des Verhältnisses von Preußen zu Österreich. Bismarck beabsichtigte, letzteres sofort nach seiner Übernahme der Ministerpräsidentschaft zur Entscheidung zu bringen, und setzte voraus, daß mit der Klarlegung der Motive für ein verstärktes Heer, die parlamentarische Gegnerschaft aus Patriotismus nachgeben würde. Die Ereignisse verzögerten die Ausführung und führten sogar im schleswig-holsteinschen Kriege eine zeitweise Bundesgenossenschaft von Preußen und Österreich herbei. Das Abgeordnetenhaus und die Liberalen im Gegenteil legten — in Unkenntnis der ernstlichen Stellung zu Österreich — das Hauptgewicht auf die parlamentarische Differenz, hielten bis nach Beginn des Krieges gegen Österreich die auswärtige Politik nur für ein Ableitungsmittel hinsichtlich der inneren Differenzen und glaubten an einen Sieg Preußens zur Führerschaft Deutschlands nur, wenn Preußen im Innern liberal vorschreite und dadurch moralische Eroberungen in Süddeutschland mache. So sah Bismarck hauptsächlich nach außen, das Abgeordnetenhaus hauptsächlich nach innen.

Diesen Unterschied deutete Bismarck in einer Kommissionssitzung des Abgeordnetenhauses bald nach seiner Übernahme des Ministeriums an: „Nicht auf Preußens Liberalismus

sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. Bayern, Württemberg und Baden mögen dem Liberalismus huldigen; darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemale verpaßt ist; Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut."

Das war die Botschaft; aber es fehlte der Glauben daran!

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Hesekiel, wie und sobald er sich im Gebiete der eigentlichen Politik bewegt, so auch hier, unzuverlässig ist. Er ereifert sich, S. 348: Bismarck habe die Theorie „von Blut und Eisen" niemals proklamiert. „In einem geradezu friedlichen Sinne wurde in jener Komiteesitzung am 1. September 1862 auf die Schonung von Blut und Eisen hingewiesen". Die Komiteesitzung war am 1. Oktober 1862. Am 1. September war Bismarck noch in Südfrankreich. Seine Komiteeerklärung aber hat Hesekiel selbst, S. 273, genau so, wie sie oben angegeben ist, vermerkt.

Sechstes Kapitel

Fortsetzung. — Entwickelung des Verhältnisses zu Österreich und der schleswig-holsteinschen Frage. — Auseinandersetzung bis zum Kriege

Es sei gestattet, in kurzen Zügen die Entwickelung von 1862 bis 1866 zu verfolgen. Die innere Politik wiederholte sich in den Erklärungen des Abgeordnetenhauses, die Militär-

organisation nicht zu genehmigen und dem Ministerium die Mittel zur Staatsverwaltung zu verweigern einerseits und in den Entgegnungen der Regierung, daß die Staatsverwaltung fortgeführt werden müsse und daß sie daher infolge dieser Verweigerung die Mittel nehmen müsse, wo sie dieselben finde, andererseits. Der Anschuldigung, daß die Minister den auf die Verfassung geleisteten Eid verletzten, weil die Verfassung die Genehmigung der Kammern zum Budget als notwendig voraussetze, setzte die Regierung die Theorie gegenüber, daß auch die freie Genehmigung der Regierung vorausgesetzt werde, und daß die Verfassung eine Lücke enthalte, indem sie nichts darüber bestimme, wie zu verfahren sei, wenn die beiderseitige Übereinstimmung nicht zu erzielen sei.

Von weit größerem Interesse ist es, die auswärtige Politik Preußens zu verfolgen, in welcher sich das eigenste Programm Bismarck's zeigt. „Mir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher, als die übrigen." „In der auswärtigen Politik giebt es Momente, welche nicht wiederkommen" (Reden I. S. 171).

Zur auswärtigen Politik ist in erster Reihe das Verhältnis Preußens zu den anderen deutschen Staaten, namentlich zu Österreich, zu rechnen. Am 13. Oktober 1862 hatte der sächsische Minister Beust dem deutschen Bunde sein Projekt einer deutschen Trias vorgelegt; 128 Delegierte der deutschen Kammern sollten bei der Leitung der Angelegenheiten mitbeteiligt sein, untergeordnet der Fürstenversammlung, welche sie nach Belieben berufen sollte und welche selbst je am 1. Mai und 1. November abwechselnd in Regensburg und Hamburg zusammenkommen sollte. In der Zwischenzeit sollte eine Bundesexekutivgewalt, bestehend aus Österreich, Preußen und einem Bevollmächtigten aller anderen Bundesstaaten regieren. — Weder Österreich noch Preußen wollten

einer dritten Macht Geltung neben sich einräumen; die sächsischen Vorschläge wurden abgelehnt. Österreich legte jedoch demnächst nebst seinen Verbündeten am 14. August 1862 ein anderes Projekt zur Reform der deutschen Verhältnisse vor, welches die Einrichtung eines Bundesgerichtshofes und ebenfalls die Berufung von Delegierten der deutschen Kammern mit konsultativem Votum zum Gegenstande hatte. Über diesen Vorschlag wurde unterhandelt, als Bismarck die Ministerpräsidentschaft übernahm.

Im Dezember 1862 hatte Bismarck wiederholte Unterredungen mit dem österreichischen Gesandten Graf Karolyi zu Berlin. Bismarck betonte darin mit unumwundener Offenheit, daß Preußen in Deutschland einen durch Österreichs Opposition unverkümmerten Einfluß haben müsse, wie er sich in der Bildung des Zollvereins manifestiert habe, und daß Österreich durch fernere Aufstachelung der deutschen Staaten gegen Preußens Einfluß sich die Sympathien Preußens entfremde. Auf die Erwiderung des österreichischen Gesandten: er tröste sich mit der Gewißheit, daß in einem für Österreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich unter allen Umständen wiederfinden würden, antwortete Bismarck, wie er in seiner an die preußischen Gesandten in den deutschen Staaten gerichteten Zirkulardepesche vom 24. Januar 1863 erzählt:

Diese Voraussetzung beständiger preußischer Bundesgenossenschaft sei ein gefährlicher Irrtum; unter ähnlichen Umständen, wie die von 1859, würde ein Bündnis mit einem Gegner Österreichs nicht ausgeschlossen sein. Der Einwendung Karolyi's, das Kaiserhaus könne seinen traditionellen Einflüssen auf die deutschen Regierungen nicht entsagen, setzte Bismarck entgegen, daß Hannover und Hessen seit Beginn des siebenjährigen Krieges den preußischen Einflüssen gefolgt

seien, daß erst seit dem Fürsten Schwarzenberg Österreich dahin strebe, Preußen die Stellung im deutschen Bunde zu verleiden und zu erschweren, und daß, wenn man bei dieser rücksichtslosen Behandlung voraussetze, daß Preußen gegen auswärtige Angriffe fremder Hilfe bedürfe, Preußen das Irrtümliche dieser Voraussetzung durch die That nachweisen werde, falls man seinen Worten und Wünschen keine Beachtung schenke. Am 13. Oktober 1862 erklärte darauf Bismarck dem Grafen Karolyi geradezu: Preußen würde die Überschreitung der Kompetenz des Bundestages durch Majoritätsbeschlüsse als einen Bruch der Bundesverträge auffassen, seine Bundestagsgesandten abberufen und die Wirksamkeit einer Versammlung, an welcher sich Preußen aus rechtlichen Gründen nicht mehr beteiligte, in Bezug auf den ganzen Geschäftskreis des Bundes nicht weiter für zulässig anerkennen.

Man sieht hier die Form des Bruchs wiederholt, welche Bismarck schon in seinen Briefen vom 12. Mai 1859 an Schleinitz vorgeschlagen hatte und welche er im Juni 1866 zur Herbeiführung des Krieges gegen Österreich wirklich benutzte.

Graf Karolyi erklärte in seinem Bericht an den Grafen Rechberg vom 18. Februar 1863: „er (Bismarck) hat uns die Alternative gestellt, uns aus Deutschland zurückzuziehen und den Schwerpunkt unserer Monarchie nach Ofen zu verlegen oder Preußen beim ersten europäischen Konflikte in den Reihen unserer Gegner zu sehen." — Das Projekt einer Delegiertenversammlung mit konsultativem Votum, welches die Gelegenheit zu dieser Auseinandersetzung gab, (dazu Vilbort S. 16—18) wurde trotz der Unterstützung Österreichs in der Sitzung vom 22. Januar 1863 abgelehnt. Preußen stellte den Antrag entgegen, ein wirkliches deutsches Parlament zu berufen, was freilich niemand für ernsthaft

gemeint hielt; Preußen hatte sich die Unterstützung Rußlands für den Fall eines Krieges gesichert und die damals vielfach angefeindete Konvention mit Rußland über gemeinsame Maßregeln zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes abgeschlossen. Österreich versuchte jedoch im August 1863 nochmals durch einen Fürstenkongreß in Frankfurt unter persönlicher Führerschaft des österreichischen Kaisers eine Reform der Bundesverfassung nach österreichischen Wünschen, unterstützt durch die persönliche Anwesenheit der beratenden Fürsten, ins Leben zu rufen. Ein Direktorium von fünf Mitgliedern sollte die Leitung haben: Österreich, Preußen und Bayern und zwei andere Fürsten, von welchen wenigstens einer ebenso wie Bayern der österreichischen Führung gefolgt wäre; dem Direktorium sollte ein Bundesrat von 21 Stimmen Bevollmächtigter der einzelnen Bundesstaaten zur Seite stehen; 300 Deputierte, von den einzelnen Kammern aus ihrer Mitte gewählt, sollten das Budget für eine dreijährige Periode bewilligen (jedoch unbeschadet der Befugnis des Direktoriums zu außerordentlichen und vorläufigen Bewilligungen) und über Bundesgesetzgebung beschließen; unter Zustimmung einer Fürstenversammlung, welche nach jeder Delegiertenversammlung zusammentreten sollte. Preußen, wenige Tage vorher, nach bereits erfolgter Einladung der anderen Fürsten, nach Frankfurt eingeladen, nahm an dem Fürstenkongresse nicht teil und lehnte die demnächstige Aufforderung zur Annahme des Resultats der Beratung am 15./22. September 1863 ab, indem es seine früheren Bedingungen wiederholte und näher formulierte: 1. Veto Preußens und Österreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffes auf das Bundesgebiet unternommen würde; 2. volle Gleichberechtigung Preußens mit Österreich zum Vorsitze und zur Leitung der

Bundesangelegenheiten und 3. eine Volksvertretung, aus direkten Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung hervorgehend, mit Befugnis zu beschließender Mitwirkung jedenfalls in größerem Umfange als in der Reformakte des Fürstenkongresses.

Der in der Nacht vom 14. zum 15. November 1863 erfolgte Tod des kinderlosen Königs Friedrichs VII. von Dänemark hinderte zunächst die Schärfung des Konflikts zwischen Österreich und Preußen und führte beide Staaten zunächst wieder zusammen. Der Verlauf der schleswig-holsteinschen Frage zeigte zuerst die Selbständigkeit der Politik Bismarck's. Die Londoner Übereinkunft vom 8. Mai 1852, von Preußen und Österreich nebst Rußland, England, Frankreich und Dänemark genehmigt, hatte für den nun eingetretenen Todesfall die Herzogtümer Schleswig und Holstein dem Nachfolger auf dem dänischen Thron, dem „Protokollprinzen" Christian, zugesprochen. Die allgemeine Stimme in Deutschland erklärte den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg als Nachfolger in den Herzogtümern berechtigt und wollte den Dänen in Verfolgung der früheren Kämpfe von 1848 bis 1851 die beiden deutschen Herzogtümer nicht lassen. Persönliche Sympathieen hatte Herzog Friedrich unter den Deutschen nicht; er galt als absolutisch und aristokratenfreundlich; man fürchtete einen neuen kleinen Tyrannen; aber er war vor allem ein Deutscher und deshalb ereiferten sich auch die Liberalen für sein „legitimes" Recht. Etwas Drittes schien es nicht zu geben, zumal da Preußen durch das Protokoll von London gebunden schien und bisher niemals eine politische Lösung von Herrschaftsfragen außerhalb der Legitimität gesucht hatte. Mit dem überlegensten Bewußtsein von der Sachlage führte Bismarck eine andere Lösung herbei. Als Deutscher wollte

er die Herzogtümer nicht Dänemark lassen; als Preuße wollte er nicht vor die Thore Preußens einen neuen kleinen Souverän hinsetzen, der bereit wäre, mit Hannover, Hessen und anderen österreichfreundlichen deutschen Staaten auch von Norden her gegen Preußen Front zu machen. Er wollte die Herzogtümer aber, ohne einen solchen Souverän, für Deutschland und womöglich für Preußen gewinnen. Wenn es zur Konstatierung dieses Planes außer den demnächstigen thatsächlichen Schritten noch eines Beweises bedürfte, so giebt ihn Bismarck's Brief vom 16. Mai 1864 (Hesekiel, S. 191, 192.) Er schreibt einem Vertrauten: Die vom Abgeordnetenhause beabsichtigte Adresse wünsche er allerdings zur Verstärkung des diplomatischen Druckes, damit „die Unterwerfung der Herzogtümer unter Dänemark den Ausländern unmöglich erscheint, und daß letztere genötigt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen kann. Ich rechne in der letzteren Beziehung zu diesen Ausländern auch die Holsteiner selbst nebst dem Augustenburger. ... Die preußische Annexion ist mir nicht der notwendigste und oberste Zweck, wohl aber das angenehmste Resultat."

Schon das in der Abgeordnetensitzung vom 1. Dezember 1863 (Reden I. 83—85) von Bismarck vorgetragene Programm der Regierung deutete vorsichtig den Weg an: zunächst sei für Preußen der einmal abgeschlossene Londoner Vertrag maßgebend; es sei ein Gebot der Ehre wie der Klugheit, an unserer Vertragstreue keinen Zweifel haften zu lassen. Der Vertrag und die damit zusammenhängenden Vorverträge (Bamberger 145—168. Hesekiel 284—309. Reden I. 70 ff. 79 ff. 82 ff. 139.) müßten aber auch von dänischer Seite ausgeführt werden, was bisher unzweifelhaft nicht geschehen sei. So lange Preußen den Londoner Ver-

trag nicht als hinfällig betrachte, sehe es in König Christian den Erben des Rechts und des Unrechts seiner Vorgänger. Preußen werde seinen Verbindlichkeiten gegen die Herzogtümer, gegen Deutschland und gegen die europäischen Mächte so entsprechen, wie es „unsere oberste Politik, die Sorge für die Ehre und die Sicherheit unseres eigenen Vaterlandes gebietet."

Bewundernswert ist die Weise, wie Bismarck sein Resultat verfolgte und erreichte. Der deutsche Bund ließ Holstein als Bundesland durch sächsische und hannöversche Bundestruppen besetzen, zur Ausführung der schon vor dem Tode Friedrich's VII. am 1. Oktober 1863 beschlossenen und angedrohten Bundesexekution, nachdem Christian IX. am 18. November 1863 die neue Verfassungsurkunde Dänemarks unterzeichnend, Schleswig in Dänemark inkorporiert und der Bund dann am 7. Dezember 1863 die Ausführung des Beschlusses vom 1. Oktober angeordnet hatte. Bismarck schlug Österreich vor: da Schleswig ohnehin nicht Bundesland sei, und da die Frage sie als deutsche Großmächte und nicht bloß als Mitglieder des deutschen Bundes interessiere, so sei es ihrer unwürdig, sich in dieser Frage dem Bunde und der revolutionären deutschen Stimmung unterzuordnen; Österreich und Preußen sollten als Großmächte Schleswig besetzen und als solche an der Lösung der gesamten schleswig-holsteinschen Frage teilnehmen. Österreich ging darauf ein; wohl auch mit der Aussicht, die Waffenehre von den Flecken von 1859 zu reinigen. Obgleich der Bund die Anträge von Österreich und Preußen, ihm diese Besetzung in ihrer Eigenschaft als Großmächte zu gestatten, ablehnte, ebenso den von Bismarck provozierten Antrag Österreichs, den Prinzprätendenten aus den Herzogtümern zu weisen und alle öffentlichen Demonstrationen in denselben zu seinen

Gunsten zu untersagen: so ließen Österreich und Preußen ihre Truppen nach Schleswig einrücken. Dänemark gegenüber erklärte sich Bismarck durch den Traktat von London von 1852 nicht gebunden, weil Dänemark selbst ihn verletzt habe (15. Mai 1864). Der Prinz Friedrich wurde nach den Garantieen gefragt, welche er, für den Fall seiner Thronbesteigung, Preußen mit Rücksicht auf dessen geographische Lage und dessen politische Interessen geben könne und wolle. Die Verhandlungen hatten nur das Resultat, daß Prinz Friedrich in offenbarer Verkennung der Sachlage lediglich auf sein Legitimitätsrecht baute und die Frage nach den Garantieen für unerheblich hielt. Im Frieden von Wien vom 30. Oktober 1864 überließ Dänemark die Herzogtümer an Österreich und Preußen zu freier Verfügung. Beide Staaten richteten sich als Besitzer auf Grund des Eroberungsrechtes ein; dem deutschen Bunde erklärten sie, daß die Sache ihn nichts mehr anginge; der Bund zog gefügig auf Andrängen von Preußen die sächsischen und hannöverschen Bundesexekutionstruppen zurück. Preußen hatte also nun zum Mitbewerber in den Herzogtümern bloß noch Österreich, mit welchem es sich ohnehin auseinandersetzen mußte und sollte.

Mit Recht verteidigte Bismarck sich gegen den Vorwurf, daß er sich die zukünftige Gestaltung der Herzogtümer durch das österreichische Bündnis erschwert habe, in der Herrenhaussitzung vom 24. Januar 1865 und in der Abgeordnetensitzung vom 1. Juni 1865 durch die Erwägung (Reden I, S. 114, 115, 156):

Daß es vielmehr eine Vereinfachung der Schwierigkeiten gewesen; anderenfalls hätte der gesamte deutsche Bund und an dessen Spitze dann doch auch Österreich als Präsidialmacht mit intervenieren wollen und müssen; durch die Ein-

leitung der Führung dieser Sache mit Österreich gemeinsam sei indessen friedlich die Intervention der anderen meist preußengegnerischen 30 deutschen Bundesstaaten beseitigt worden.

Sobald Österreich und Preußen allein im unbestrittenen Besitze der Herzogtümer waren, erhoben sich unter ihnen wieder Streitpunkte. Preußen hatte in einer Depesche vom 25. Februar 1865 angezeigt, daß es behufs definitiver Lösung der Frage für sein geographisches Interesse an der militärischen und maritimen Verteidigung von Schleswig-Holstein die organische Verbindung und Unterordnung der militärischen und maritimen Kräfte der Herzogtümer unter Preußen beanspruchen müßte, sowie die Einräumung der Oberhoheit in Kiel, Düppel, am Alsener Sunde und am projektierten Ost-Nordsee-Kanale, desgleichen eine preußische Garnison in dem zur Bundesfestung zu erhebenden Rendsburg. Österreich war nicht gewillt, soviel Rechte an Preußen abzutreten und erklärte sich am 6. April 1865 beim Bundestage bereit, die ihm von Christian IX. abgetretenen Rechte seinerseits an den von den Mittelstaaten als Herzog anerkannten Prätendenten Friedrich abzutreten. Die Differenzen über die Mitbesitzungsrechte wurden nach einigen Schwierigkeiten nochmals durch den Traktat von Gastein vom 14. August 1865 ausgeglichen. Provisorisch bekam Österreich den Alleinbesitz von Holstein, Preußen den von Schleswig; Lauenburg wurde von Österreich an den König von Preußen zum Alleineigentum verkauft. Preußen bekam zugleich zwei militärische Etappenstraßen durch Holstein über Lübeck nach Kiel und über Hamburg nach Rendsburg.

Preußen wollte dadurch jedoch das Miteigentum an Holstein nicht aufgegeben haben, und, wie schon im Privatleben das Miteigentum die fruchtbarste Quelle von Prozessen ist, so fand Preußen in der österreichischen Verwaltung zumal

bei der steigenden Feindseligkeit des gegenseitigen Vernehmens leicht eine Menge Gründe zu Beschwerden über Mißachtung der Rechte Preußens. Als der Konflikt sich einer gewaltsamen Entscheidung zuneigte, zog Bismarck auch die allgemeine Beschwerde über die notwendige Neugestaltung Deutschlands in den Vordergrund. Er verlangte (9. April und 10. Juni 1866) ein allgemeines deutsches Parlament von Deputierten, welches aus allgemeinem direktem Wahlrecht hervorgehen sollte. Preußen stellte sich dadurch als Vorkämpfer der liberalen und nationalen deutschen Ideen auf, — ein Moment, welches sehr schwer für die Stimmung wog, je näher man den Ernst des Krieges kommen sah. Österreich setzte dem nur das Recht des Bundesvertrags von 1815 entgegen, für dessen Erhaltung sich fast nur noch einige Diplomaten interessierten. Österreich, welches nun zu spät zur Überzeugung kam, daß es sich in der schleswig-holsteinschen Frage von Preußen auf den, mehr für Preußen, als für Österreich günstigen Boden der reinen Eroberung eines in der Nachbarschaft Preußens, aber entfernt von Österreich gelegenen Gebietes hatte verlocken lassen, stellte nun (1. Juni 1866) reuig dem deutschen Bunde die Entscheidung der Frage anheim. Der Bund beschloß auf den Vorschlag Österreichs, drei Armeekorps gegen die preußischen Drohungen kriegsbereit zu machen; der preußische Bundestagsgesandte erklärte den Bundesvertrag für verletzt und verließ die Versammlung (14. Juni 66). Der Krieg zwischen Österreich und Preußen begann!

Siebentes Kapitel

Bismarck über seine verkannten Absichten — über den Mordanfall am 7. Mai 1866

Bei Gelegenheit einer Besprechung des schleswig-holsteinschen Krieges in Varzin (16. November 1868) bemerkte Bismarck: es sei ihm ganz unbegreiflich, daß der schleswig-holsteinsche Krieg nicht seinen Gegnern in der Kammer die Augen über den Ernst seiner Absichten gegen Österreich, über die Notwendigkeit, die Herzogtümer zu behalten und sich mit Österreich ein für allemal auseinanderzusetzen, geöffnet habe. Er sei doch immer so offen gewesen! noch im Jahre 1865 sei in der Kammer bezweifelt worden, ob Preußen den Hafen von Kiel für sich hätte behalten wollen, und es seien die Mittel dafür deshalb verweigert (Sitzung vom 1. Juni 1865, Reden I, S. 142/3); damals habe aber doch schon jeder sehen können, daß die schleswig-holsteinsche Frage der Zunder gewesen wäre, mit welchem der Konflikt mit Österreich jedenfalls habe zum brennen kommen müssen.

Ein anderes Mal meinte Bismarck: er sei gerade in seinen offensten Momenten so oft unbegründetem Mißtrauen ausgesetzt gewesen, so daß er selbst bei bester Laune nicht immer gewußt habe, ob er einen Scherz sagen dürfe. Auf seiner Reise im südlichen Frankreich 1862 habe er sich in Avignon einen Ölzweig gepflückt und in seine Zigarrentasche gesteckt. Im folgenden Winter habe er bei Anzünden einer Zigarre in einer Kommissionssitzung des Abgeordnetenhauses den Ölzweig wiedergesehen und dem Abgeordneten von Bockum-Dolffs gezeigt, mit dem Bemerken: den Ölzweig habe er gepflückt, um ihn gelegentlich der Opposition anzubieten; es sei aber noch zu früh; — und damit habe er den Ölzweig wieder fort gesteckt. Bockum-Dolffs habe eine eigne Miene

dazu gemacht und sich anscheinend überlegt, ob er als Vorsitzender der Kommission den leichtfertigen Scherz nicht übelnehmen müsse.

Die parlamentarischen Kämpfe von 1862 bis 1866 hatten in Bismarck eine Eigenschaft bis zu einem hohen Grade entwickelt, die Empfindlichkeit gegen Widerspruch und die Reizbarkeit zumal seinen Gegnern gegenüber bis fast zur Rücksichtslosigkeit. Erklärlich wird diese Nervosität freilich durch die jahrelange, beiderseits rücksichtslose Verbissenheit, zu welcher die Kämpfe geführt hatten; und so wie in der Kammer, sprach sich Bismarck auch im Privatgespräch wiederholt darüber aus, daß die beständigen heftigen Vorwürfe über Verfassungsverletzung, Eidesbruch zu energischen und groben Erwiderungen hätten reizen müssen, wenn man mit dem ruhigsten Gewissen sich bewußt wäre, daß man nur das Beste und Richtige wolle, und daß auch die Mittel die richtigen und notwendigen seien.

Gerade der Vorwurf der Empfindlichkeit und der Rücksichtslosigkeit zeigte ihn besonders empfindlich. Bald nach dem Erscheinen von L. Bamberger's Buch über Bismarck hatte ich dasselbe gelesen und erwähnte es gelegentlich in Varzin. Bismarck kannte es noch nicht, und ich erhielt die Erlaubniß, es ihm zu schicken. Wie er später sagte, so habe er auf die Anfrage nach Berlin, weshalb ihm das Buch nicht geschickt sei, zur Antwort erhalten: man habe gefürchtet, ihn zu sehr aufzuregen. Allerdings würde auch, wie mir später bewußt wurde, der Anfang des Buches erheblich dazu geeignet sein, worin das Attentat Blind's gegen Bismarck vom 7. Mai 1866 in einer Weise besprochen wird, als wenn so ziemlich die ganze Welt bei der Nachricht vom fehlgeschlagenen Attentate damals bedauert habe, daß es nicht gelungen sei. Meinerseits hatte ich frei-

lich diesen Anfang über dem übrigen Inhalte des Werkes vergessen.

Bei einer späteren Besprechung über Bamberger's Werk meinte Bismarck zunächst im allgemeinen: Er sage so viel Gutes von ihm, als er von seinem Standpunkte aus könne; aber er versetze doch manches, was notwendige Folge der Sachlage gewesen sei, in sein (Bismarck's) persönliches Belieben und in seine vorausgesetzten, politischen und Charakter-Eigentümlichkeiten; das gelte namentlich von seinem Verhältnisse zu seinen Gegnern und zu den Kammern. Darauf wandte er sich sofort zu dem Vorwurfe, daß er rücksichtslos gegen die Kammern gewesen sei. Diese Anschuldigung sei durchaus ungerecht; Bamberger habe dabei nicht bedacht, daß er selbst im höchsten Grade grob behandelt worden wäre; er sei doch auch nur Mensch, dessen Geduld eine Grenze habe ꝛc. Seine öfteren Erklärungen, daß er vom Ministerium zurücktreten wolle, seien nicht als Drohungen und als Mittel, um seine Zwecke durchzusetzen, gemeint, sondern kämen ihm aus dem innersten Herzen; er wünsche nichts sehnlicher, als sich ins Privatleben zurückziehen zu können und halte sich nur nicht berechtigt, den König Wilhelm gegen dessen Willen zu verlassen, mit dem er so manches durchgemacht habe.

Je mehr sich die politische Krisis gegen Österreich verschärfte, und je näher man den Krieg ankommen sah, desto weniger wurde Bismarck für den Mann gehalten, welcher das preußische Staatsschiff in diesem Sturm lenken könnte. Seine Unpopularität war auf den Gipfel gestiegen. Wenngleich L. Bamberger übertreibt, indem er meint, bei der Nachricht von dem fruchtlosen Mordanfalle Blind's auf Bismarck vom 7. Mai 1866 hätten viele ehrenwerte Leute einen sehr unmoralischen Wunsch nicht unterdrücken können: — so wird doch das von den Mitlebenden nicht bestritten

werden, daß von einem großen Teile der liberalen Partei es für sehr erklärlich und moralisch entschuldbar gehalten wurde, wie ein junger Fanatiker, in Verzweiflung über das gegenwärtige und zukünftige Geschick Deutschlands zu dem Entschlusse hatte kommen können, das Haupthindernis freisinniger deutscher Entwickelung körperlich aus dem Wege zu räumen.

Den Vorfall vom 7. Mai 1866 erzählte Bismarck am 29. August 1867 in Einzelheiten etwas abweichend von dem Berichte, welchen Hesekiel S. 315, 316 giebt. Bismarck erzählte:

„Ich habe dabei vier Kugeln bekommen, zwei von hinten, und dann, während ich mich umwendete, eine Kugel, welche mir quer über die Brust ging und die Kleidung durchfuhr, ohne den Körper zu berühren; die vierte bekam ich, nachdem ich mich umgewendet hatte, von vorn. Wie sich nachher zeigte, hat diese Kugel meine Kleidung durchbohrt bis auf ein seidenes Unterhemd, dessen Gewebe gequetscht, aber nicht zertrennt war. Das ist mein Panzer gewesen, von welchem die Zeitungen gefabelt haben. Als ich diese letzte Kugel bekam, fühlte ich mich wie tödlich verwundet; es war zwar wohl nur ein Moment; aber in diesem Momente ging mir, wie man es von der letzten Stunde erzählt, mein ganzes Leben, die Erinnerung an meine Frau und meine Kinder, blitzschnell durch den Kopf; ich merkte daran," fügte er scherzend hinzu, „daß ich doch noch am Leben hing, was ich sonst oft bestritten hatte. Unmittelbar darauf hatte ich wieder meine frühere Kraft; und da die Kugel keine Wunde zurückgelassen hat, so habe ich mir nach Jagderinnerungen, wie man einen Hirsch zusammenbrechen und doch sogleich wieder weiter fliehen sieht, die Sache nur derartig erklären können, daß ich auf das Knochenendstück einer Rippe

getroffen sein werde, welche sofort die Kugel wieder zurückgeschnellt hat. Inzwischen hatte ich den Blind festgehalten; das Militär, welches eben vorbeimarschierte (vom 1. Bataillon des 2. Garderegiments zu Fuß), hatte uns beide umzingelt; ein Buchbinder, welcher in der That einen Schuß in die Schulter erhalten hat, gerierte sich später als mein Lebensretter; aber ehe ich meine Schüsse weg hatte und bis ich wieder zu mir kam, war niemand zugesprungen, um mich von Blind zu befreien; der ganze Vorfall verlief wohl zu schnell. Als ich wieder zu mir gekommen war, sah ich zuerst einen Soldaten mit einem Gewehrkolben auf mich selbst eindringen und dann einen Offizierarm dazwischen greifen. Der Soldat wird mich der Schlägerei schuldig erachtet haben, weil ich den Blind an der Kehle und am rechten Handgelenk angefaßt hielt, und er wird gemeint haben, daß er den armen Mann von dieser unwürdigen Behandlung vermittelst seines Gewehrkolbens befreien müsse."

Achtes Kapitel

Der Umschlag in der Beurteilung Bismarck's

Es wird jetzt*), schon wenige Jahre später, schwer, daran zu glauben, wie im Frühjahr 1866, als der Krieg mit Österreich schon fast erklärt war, die Liberalen, zu deren Programm diese Gegnerschaft seit Jahrzehnten gehörte, energisch perorierten, erst müsse dies Ministerium fort; diesem Ministerium dürfe kein Groschen Geld bewilligt werden. Und doch war diese Stimmung aus der Seele der Liberalen und aus der Geschichte der letzten 80 Jahre heraus so

*) d. h. im Jahre 1872. Anm. des Herausgebers.

leicht erklärlich. Seit Friedrich dem Großen hatte kein Hohenzoller mit Ernst bis zur WaffenEntscheidung sich als Gegner österreichischer Übergewalt in Deutschland gezeigt. Noch im Jahre 1849 hatte der Vorgänger des zeitigen Königs es abgelehnt, das Scepter als Kaiser der Deutschen aus der Hand der Demokratie zu nehmen und an Deutschlands Verfassung ohne die Übereinstimmung der deutschen Fürsten etwas zu ändern; und die Gesinnung des Königs Wilhelm galt als dieselbe. Preußen war gegen die seit Menschenaltern aufbäumende Stimmung seiner Bürger stets in die untergeordnete Linie eines Vasallen zurückgedrängt, welcher den reaktionären Gelüsten Österreichs gegen alle freisinnigen Elemente helfen mußte; die Großmachtstellung Preußens schien in der Hand der Regierenden nur ein Paradepferd für feierliche friedliche Gelegenheiten und Schaustellungen zu sein. Es schien undenkbar, daß hiergegen ein anderes Mittel aufhelfen könnte, als eine freisinnige Umgestaltung des preußischen Staates selbst und die Gewinnung deutscher Sympathieen außerhalb Preußens durch eine erklärt freisinnige und nationale Politik. Es schien undenkbar, daß Bismarck, der Heißsporn der altpreußischen Konservativen, von dessen Änderung in der inneren Politik man keine Probe gesehn hatte, der vielmehr die Beschlüsse der preußischen Kammern mit einer noch nicht erlebten Hartnäckigkeit mißachtete und höhnte, der nach dem gleichen fast kriegerischen Entgegentreten Österreichs und Preußens im Jahre 1850 Manteuffel dafür verteidigte, weil er sich wieder gefügt hatte; daß gerade Bismarck und seine Partei Österreich aus der staatlichen Leitung Deutschlands beseitigen, diese auf Preußen übertragen und den Thron der deutschen Kleinstaaten stürzen sollte; — hatte man doch von Bismarck auch in seiner äußeren Politik keine ernstliche Sinnesänderung gemerkt; vielmehr hatte

er noch in der letzten Zeit, unmittelbar nach den Differenzen über das Delegiertenprojekt und den Frankfurter Fürstenkongreß, sich zum schleswig-holsteinschen Kriege eng mit Österreich verbündet und bisher auch seinerseits alle Zwistigkeiten gütlich erledigt. Der Krieg schien wieder zu nichts führen zu sollen, als zur Befriedigung dynastischer und diplomatischer Wünsche und schien eine nationale Umgestaltung Deutschlands unter der Führerschaft Bismarck's nicht zur Folge haben zu können; auch ohne eine geistig rege Teilnahme des Volkes keinen entscheidenden Erfolg zu versprechen. Daß die geistige Erwärmung des Volkes für den Krieg fehlte, war auffällig, als schon die mobil gemachten Truppen nach der österreichischen Grenze marschierten. Die preußische Armee folgte pflichteifrig und ging unerschrocken in den Kampf; aber der Marsch bis zum Kampfe machte den Eindruck der reinen Pflichterfüllung, und mit Neid sah man, wie im Gegensatze dazu die alliierte italienische Armee für ihren ausgesprochenen und allseitig unbezweifelt vorliegenden Zweck der Gewinnung Venetiens mit Enthusiasmus vorrückte. Das norddeutsche Pflichtgefühl sollte sich freilich bald kräftiger erweisen, als die südländische Begeisterung! Und die Geschichte hat Bismarck Recht gegeben, wenn er seine Pläne durch das Pflichtgefühl der preußischen Armee und durch die Strategie und Tüchtigkeit der preußischen Heerführer genügend unterstützt hielt!

Bismarck hatte am 4. Juni 1866 eine Unterredung mit dem französischen Journalisten J. Vilbort, welche dieser im Pariser Journal „le Siècle" vom 10. Juni 1866 veröffentlichte, und welche Vilbort auch in seinem späteren Werke*) wieder aufgenommen hat. Vilbort hat, wie er er-

*) l'oeuvre de monsieur de Bismarck 1863—1866 par J. Vilbort. Paris, Charpentier 1869, pag. 210—216.

zählt, (S. 208, 209) die Audienz nachgesucht, um den Franzosen im „Siècle“ Aufklärung darüber geben zu können, wie der Widerspruch zwischen Bismarck's parlamentarischen Kämpfen in Preußen und seinem Vorschlag eines deutschen Parlaments zu lösen und zu verstehen sei. Bismarck selbst hat den Bericht Vilbort's für authentisch erklärt; wie ich bereits erwähnte, hatte ich Bismarck mein Exemplar von Bamberger's „Monsieur de Bismarck“ zugeschickt, in welchem der gesamte Bericht Vilbort's wörtlich aufgenommen war. Als mir Bismarck einige Tage darauf das Buch wiederschickte, hatte er die einleitenden Worte mit kräftigen Ausrufungszeichen versehen, worin Bamberger bemerkte: der Minister habe darin entrepris de se caractériser lui-même devant le public et devant la France particulièrement . . On ne peut lui refuser la parole pour qu'il s'explique lui-même.

Die letzten Worte waren von Bismarck auch unterstrichen. Die fernere Bemerkung Bamberger's, man müsse annehmen, daß Vilbort die Veröffentlichung seines Aufsatzes nur habe erlauben können, nachdem er vorher Bismarck davon benachrichtigt gehabt hätte, waren ebenfalls mit einem Ausrufungszeichen versehen; und zwei solche begleiteten die Erklärung: daß Bismarck selbst in diesen Zeilen zum französischen Leser spreche.

Vilbort fragt: wenngleich die jetzigen Ziele Preußens: Befreiung Italiens von Österreich und Konstituierung von Deutschland, auf der Basis des allgemeinen Stimmrechtes für Frankreich sympathisch seien, so wünsche er eine Aufklärung darüber, wie sich seine freisinnige und nationale deutsche Politik mit seiner preußischen Politik, zumal mit der absolutistischen Mißachtung der preußischen Kammern vereinigen ließe; eine Disharmonie, welche zur Folge habe, daß niemand sein Projekt eines deutschen Parlaments für Ernst

halte und jeder es nur als ein zur Zeit nützliches und später wegzuwerfendes Aushängeschild ansehe.

Bismarck führt, während er die historische Entstehung seiner persönlichen Gegnerschaft gegen Österreich durch die, ihm während seiner Gesandtschaft zu Frankfurt gewordene Überzeugung von der Erniedrigung Preußens erklärt, im wesentlichen zwei Gründe an, weshalb er sich für seine Politik auf die preußische Armee und nicht auf die Kammern stütze:

1. Deutschland werde im Gegensatz zu Frankreich, sowie Italien, welche eine einzige von demselben Geiste belebte gesellige Masse seien, durch seinen Individualismus zersplittert; jeder habe seine Ansicht für sich, und keine Regierung habe jemals allgemeine Anerkennung, geschweige Liebe; die Auerswald und Manteuffel, auch Friedrich Wilhelm III., seien kritisiert, wie Friedrich Wilhelm IV., und selbst nach dem Tode von Friedrich II. sei das Volk froh gewesen, den Tyrannen los geworden zu sein. Es herrsche jedoch ein monarchischer Geist in der Masse, der sie nicht zur Rebellion gegen die Krone, sondern nur zum Raisonnieren gegen die Minister kommen ließe. — Gegenüber der Individualisation und dem Kritizismus, der sich auch durch die Kammern ausspreche, sei die Armee in Preußen die einzige „disziplinable" und auch bewunderungswürdige, tüchtige Kraft. Eine starke bewaffnete Macht sei daher gegen Österreich das Haupterfordernis gewesen.

2. Um dieselbe zu schaffen, sei der Wille des Königs entgegengekommen; der König habe die Militärorganisation für unbedingt nötig erachtet und in seinem Alter und nach seinen Traditionen hierin nicht nachgeben wollen, — eine Ansicht, welche er selbst (Bismarck) teile. Als der König ihn vor vier Jahren berufen habe, habe der

König ihm eine lange Liste liberaler Konzessionen vorgelegt; aber über die Militärfrage sei keine von ihm zu erwarten gewesen.

Hinsichtlich seiner parlamentarischen Neigungen erklärte Bismarck: er sei bei dem Konflikte zwischen der Krone und den Kammern über die Militärfrage dem Könige gefolgt aus Verehrung für ihn, auf Grund seiner ganzen Vergangenheit und seiner Familientraditionen und habe sich auch vom Könige nicht trennen wollen, als die Kammer sich einer Politik entgegensetzte, welche für Preußen eine Notwendigkeit ersten Ranges war. Indes, daß er, nach seiner Natur oder aus Grundsatz, Gegner der Volksvertretung, geborener Feind des parlamentarischen Systems sei, wäre eine ganz willkürliche Voraussetzung. Niemand sei berechtigt, ihn durch die Annahme zu beleidigen, daß er Deutschland durch den Vorschlag eines Parlaments mystifizieren wolle.

Obgleich für Bismarck die preußische Armee die wesentliche Basis zur Ausführung seines Programms war, so empfand er doch bei der Annäherung der Verwirklichung das Bedürfnis, auch die geistige Mitwirkung der liberalen Elemente der Volksvertretung für sein Werk zu gewinnen*). Durch seine geselligen Gewohnheiten, seine Verwandtschaft und Familienbeziehungen war er mit fast allen Mitgliedern der konservativen Partei in vielfacher persönlicher Berührung; mit der parlamentarischen Opposition dagegen gar nicht. In seiner offen auf das Ziel losgehenden Weise lud er anfangs Juni 1866 mehrere Führer der Opposition zu sich. Sie folgten der Einladung. Die Thatsache selbst ist von Bamberger (S. 177—182) ohne Widerspruch Bismarck's mitgeteilt und wurde auch schon vor dem Erscheinen des

*) Bamberger, S. 177 ff.

Bamberger'schen Werkes mehrfach verbreitet. Bamberger nennt keine Namen. Die Tradition war hinsichtlich der Teilnehmer der Unterredung nicht übereinstimmend. Von den meisten Seiten wurde namentlich der Abgeordnete Twesten und der Redakteur der Nationalzeitung, Dr. Zabel, zwar nicht Mitglied der Volksvertretung, aber durch das von ihm geleitete Blatt einflußreich, genannt. Bismarck stellte ihnen den Ernst der bevorstehenden Entscheidung mit der Frage vor, ob sie ihn in der Kriegführung unterstützen wollten, indem er sie beschwor, für jetzt im Gedanken an das Vaterland ihrer Gegnerschaft zu entsagen. Ihm wurde erwidert, daß er selbst durch die rücksichtslose Behandlung der öffentlichen Meinung alles Vertrauen zur Regierung unmöglich gemacht habe. Bismarck berief sich auf die Schwierigkeit seiner Stellung bei einem Herrn, welcher den modernen Ideen abgeneigt, in einer sehr aristokratischen Umgebung lebe und in seinem Alter seine Meinungen nicht ändern werde. Er gebe zu, daß einige seiner Ministerkollegen zu beseitigen seien; (Graf Lippe, der Justizminister, und der Kultusminister von Mühler sollen genannt sein, nach einzelnen Versionen auch Graf Eulenburg) und es sei an sich auch wohl ein Entgegenkommen hinsichtlich der Einzelnheiten der Militärorganisation möglich gewesen. Er selbst habe beides gewünscht; aber man überschätze seinen Einfluß; auf Änderungen in betreff der Armee gehe der König nicht ein, ebenso nicht auf Änderungen des Kabinetts. Er selbst könne sich jetzt nicht zurückziehen. Sein größter Triumph sei es, vom Könige die Einwilligung zum Kriege gegen Österreich und zur Einberufung eines deutschen Parlaments erlangt zu haben; man solle ihn nicht fragen, warum er dies nur erreichen können, indem er sich der Presse und den Kammern entgegen stemmte; ein solches Resultat

erreiche man nicht durch Kammermajoritäten; dazu seien 500000 Bajonette nötig. Man möge auf die Zukunft bauen.

Diese Auseinandersetzungen, in freimütiger Weise zwangloser Unterhaltung gegeben, versöhnten ihm einen Teil seiner bisherigen parlamentarischen Gegner; indes hatten sie keinen wesentlichen Einfluß auf die allgemeine Stimmung in Deutschland, welche durch die vorangegangene jahrelang wirkende Gegnerschaft bestimmt war. Die Unterredung selbst und deren Inhalt war nicht geeignet, um sofort durch die Presse veröffentlicht zu werden; und die Ereignisse folgten bald darauf so schnell, daß der allein möglichen vertraulichen Verbreitung kein Feld der Wirksamkeit mehr blieb; der Erfolg überzeugte bald allgemein von der Richtigkeit der Berechnung und von der Aufrichtigkeit der Berufung eines deutschen Parlaments.

Neuntes Kapitel

Ereignisse des Kriegsjahres 1866

Am 30. Juni 1866, nachdem in Berlin die Nachrichten von den ersten Siegen der aus Sachsen und Schlesien nach Böhmen einrückenden preußischen Armeen schon angekommen waren, begab sich der König mit Bismarck, Moltke und Roon selbst auf den Kriegsschauplatz. Am 2. Juli 1866, am Tage vor der Königgrätzer Schlacht, nahmen sie in Gitschin (Jicin) Nachtquartier. In der folgenden Nacht wurde, wie Bismarck erzählte, aus den bekannten Listen über die Zusammensetzung der österreichischen Armee und aus den Gefangenen, welche unsererseits gemacht waren, kombiniert, welche österreichischen Korps uns gegenüberstanden; und

man erſah daraus, daß uns bei Königgrätz die ganze öſterreichiſche Nordarmee erwartete. Bekanntlich wurde in der Nacht im Kriegsrat beſchloſſen, daß am folgenden Tage die Öſterreicher von der aus Sachſen eingerückten Armee des Prinzen Friedrich Karl in der Fronte angegriffen werden, und daß die aus Schleſien eingerückte Armee des Kronprinzen behufs der gleichzeitigen Unterſtützung herbeigerufen werden ſollte. Am Kriegsrat ſelbſt hatte Bismarck nicht teilgenommen, wie er überhaupt nicht Teilnehmer an den eigentlichen militäriſchen Beratungen war. Er erzählte: „Am 2. war erſt beſtimmt geweſen, daß am folgenden Tage Ruhetag ſein ſollte. Infolgedeſſen hatte ich mich gefreut, am nächſten Tage ordentlich ausſchlafen zu können, und hatte ich in Rechnung darauf des Abends noch bis ſpät in die Nacht hinein gearbeitet. Am Morgen wurde ich vom Legationsrat von Keudell (welcher als Bismarck's diplomatiſcher Adjutant gefolgt war) früh geweckt, mit dem Zuruf: der König wolle ausreiten, ich möchte mitkommen. Ich war müde und ſchlaftrunken und ſchlief gleich darauf nochmals wieder ein. Keudell weckte mich darauf nochmals und rief: der König wäre ſchon im Begriffe, fortzureiten. Ich ſtand nun auf und glaubte, der König wollte irgend ein Schlachtfeld in der Nähe beſehen und wünſche meine Gegenwart dabei; erſt als ich weiter geritten war, erfuhr ich den Zuſammenhang."

Auf die Frage, ob das Bedenken ſich nicht rege gemacht hätte, daß Prinz Friedrich Karl zu früh und zu heftig angegriffen habe, ehe der Kronprinz ſeinerſeits habe mit eingreifen können, erwiderte Bismarck: „Dieſelbe Bemerkung habe ich auf dem Schlachtfelde Moltke auch gemacht und gemeint, ob es nicht noch ratſam ſei, die Linien etwas zurückgehen zu laſſen, um die Öſterreicher aus ihrer günſtigen

Position herauszulocken. Moltke lehnte das aber und freilich mit Recht ab: es sei die Hauptsache gewesen, den Feind zu einer Gesamtschlacht zu halten; die vorbereitete geschützte Position der Österreicher habe sich als solche erst während der Schlacht gezeigt; durch ein Zurückgehen würde die Armee entmutigt und dadurch der Erfolg in unberechenbarer Weise in Frage gestellt; die Österreicher würden auch schwerlich folgen; außerdem würde der Kronprinz bei jedem Zurückweichen um so viel weiter zum Renkontre marschieren müssen." — „Ich habe," meinte Bismarck, „in der Schlacht manche Lehre bekommen, daß jemand, der nicht Sachverständiger ist, mit seinem militärischen Urteil sehr vorsichtig sein muß. Ein Bataillon, welches aus der Schlacht in großer Auflösung zurückwich, redete der König mit großer Heftigkeit an, so daß ich einen Augenblick lang ordentlich „erbittert" war und bei mir dachte, wie es menschlich ganz natürlich sei, zurückzuweichen, wenn einem eine ganz unmögliche Aufgabe gestellt würde, gegen die Übermacht anzukämpfen. Aber der König hatte Recht; man täuscht sich in militärischen Sachen ebenso leicht, wie anderswo, über die Grenze des Möglichen. Das Bataillon sammelte sich auch wieder und ging entschlossen vor."

„Als wir mittags den Dampf der Kanonen des Kronprinzen zu sehen geglaubt hatten, unserer Sache aber noch nicht sicher gewesen waren," — erzählte er bei einer anderen Gelegenheit — „holte ich meine Cigarrentasche heraus, worin nur noch zwei Cigarren waren, die eine war eine gute eigene, die andere eine Kriegslieferungscigarre. Ich drang Moltke eine Cigarre auf und motivierte meine Offerte damit, daß es auf alle langen Gesichter einen sehr beruhigenden Eindruck machen würde, wenn sie uns in aller Behaglichkeit nun eine Cigarre rauchen sähen, und es wirkte in der That er-

frischend auch auf diejenigen, welche von der Cigarre nichts genossen. Moltke, der überall die beste Fährte hat, fand auch richtig die beste Cigarre aus meinem Vorratsreste heraus. Nachdem ich die andere konsumiert hatte, habe ich freilich selbst keine mehr bekommen. — Auch auf andere Genüsse hatten wir für den Tag verzichten müssen. Ich hatte frühmorgens nur ein Stückchen Brot von zwei Finger Breite und gleicher Länge genossen und in meiner Unkenntnis von der Bedeutung des Tages hatte ich mich auch gar nicht weiter vorgesehen. Weiter bekam ich auch den ganzen Tag nichts. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde ich sehr hungrig; es war aber gar nichts da und der Hunger mußte überwunden werden. Bis zum anderen Morgen habe ich nichts weiter zu essen bekommen."

Die Zeitungen hatten erzählt, daß Bismarck während der Schlacht den König habe verhindern müssen, sich nicht der Gefahr zu sehr auszusetzen. Ich fragte danach, ob dies begründet sei. „Ja!" sagte er lachend, „dabei bin ich so inkonstitutionell verfahren, daß es eigentlich gar nicht wieder zu erzählen ist, wie ich das gemacht habe. Als wir gesiegt hatten und zur Anhöhe auf Chlum hinauf ritten, begrüßte der König in strahlender Siegesfreude die vorrückenden Regimenter, und wir merkten auf einer solchen Begrüßungsstelle, daß die Österreicher ihre Artillerie mit großer Konsequenz auf unsere Stelle feuern ließen, so daß die Granaten in unserer unmittelbaren Nähe mit grausiger Wirkung einschlugen. Ich machte dem hohen Herrn ernsthafte Vorstellungen, daß er sich nicht dergestalt aussetzen dürfe, und er ritt denn auch ein Stück weiter. Aber es kamen immer wieder neue Bataillone, mit denen er sich nicht versagen konnte, die gegenseitige Freude des Begrüßens zu genießen; es waren alle seine „lieben Kinder". Wir blieben deshalb ziemlich auf dem alten Fleck und kamen wieder in das Feuer

hinein. Da konnte ich die beständige Gefahr für den hohen Herrn nicht länger ruhig ansehen; ich zog, hinter ihm reitend, meinen Fuß aus dem Steigbügel und spornte durch einen kräftigen Stoß das Pferd des Königs, so daß es vorwärts sprengte. Der König sah sich ganz überrascht um und lächelte, als ich mich wieder näherte und meinen Zwang gegen den königlichen Willen entschuldigte."

In der folgenden Nacht war Bismarck bis nach Horitz zurückgeritten. Da die Schlacht selbst improvisiert war, so hatte auch für die Nachtquartiere in keiner Weise gesorgt werden können. Bismarck, erst spät in der Nacht nach Horitz kommend, hatte dort einen Wagen gefunden und versucht, zuerst im Wagen zu schlafen, fand aber bald, daß, nachdem er den ganzen Tag zu Pferde gesessen hatte, sein Körper das Bedürfnis hatte, sich vollständig auszustrecken, was ihm mit seinen langen Beinen im Wagen nicht möglich gewesen sei, und legte sich deshalb, ein Wagenkissen als Kopfkissen benutzend, unter eine Säulenhalle an der Straße hin, als der Großherzog von Mecklenburg, noch später zurückkommend, ihn dort sah und mit in sein Logis nahm.

Mit der größten Bereitwilligkeit und mit unverkennbarem eigenen Interesse daran erzählte Bismarck von den Kriegserlebnissen, er war darin unerschöpflich, und für seine Zuhörer, welche gespannt waren, von einer Persönlichkeit wie Bismarck die Ereignisse geschildert zu hören, bedurfte es nur einer leisen Anregung, um den Strom der Erzählung fließen zu lassen. Zumal im Juni und Juli 1867, als die Jahrestage des vorigen Sommers zum erstenmale wiederkehrten, bot die bequeme Erinnerung an den zeitigen Aufenthalt Bismarck's in Varzin im Vergleiche zu der Geschichte des vorigen Jahres stets einen unfehlbaren Ausgangspunkt für die interessantesten Mitteilungen.

Mit größter Offenheit sprach er sich auch über Sachen aus, deren weitere Mitteilung die naturgemäß gebotene Diskretion zumal damals verbot.

Die Führer der Westarmee waren bei ihm in keiner besonderen Gunst. Über den Grund, weshalb der General Vogel von Falkenstein, ungeachtet seines schnellen und glücklichen Feldzuges gegen die süddeutschen Truppen gegen Ende desselben sein Kommando verlor und als Gouverneur nach Prag berufen wurde, erklärte Bismarck: „Vogel von Falkenstein versteht nicht zu parieren und das ist die notwendigste Tugend eines Soldaten im Kriege. Als die hannoversche Armee südwärts bis nach Langensalza abmarschiert war und mit dem Könige in Berlin die Unterhandlungen über eine Kapitulation noch vor dem Treffen von Langensalza telegraphisch begonnen hatten, waren der hannoverschen Armee vom Könige 24 Stunden Waffenstillstand bewilligt zur Beendigung der Verhandlungen. Dem General Falkenstein war davon Nachricht gegeben mit der Anweisung, seine Truppen nördlich von Langensalza aufzustellen und vor Ablauf der Frist nicht anzugreifen. Er depeschiert jedoch in der Nacht um 12 Uhr: er müsse gleich angreifen, um die Hand behufs der Zerstörung der Verbindung der einzelnen sich konzentrierenden süddeutschen Truppenteile frei zu bekommen. Darauf wurde ihm telegraphiert: der sofortige Angriff sei unmöglich, weil der König zur Gewährung der Frist sein Wort gegeben habe. Trotzdem schickt er nochmals um 1 Uhr in der Nacht: er müsse notwendig entweder sofort angreifen oder seine Truppen abmarschieren lassen. Darauf bekam er keine Antwort, weil er ja schon seine Instruktionen bekommen hatte und kennen mußte. Er disponierte nun anderweit über seine Truppen, und die Folge davon war, daß im wichtigen Moment, nach Abbruch der Verhandlungen, nicht

die nötigen Truppen vorhanden waren und daß die Hannoveraner gegen die bloß im Süden entgegenstehenden zusammengerafften Truppen von General Fließ überlegene Kräfte hatten. — Das Verfahren von Vogel von Falkenstein war ganz unverzeihlich; er hatte sich offenbar eingebildet, daß er das Militärischnotwendige besser übersehen könne, weil er dem Schauplatze näher sei, und in früheren Zeiten mochte auch das Zurückweisen der historischen Kritik, wie sie z. B. der österreichische Hofkriegsrat ehemals von Wien aus ausübte, ganz begründet gewesen sein. Das paßt aber auf die jetzigen Zeiten nicht mehr, indem der Telegraph sofort alle Nachrichten vermitteln kann, und das Hauptquartier des Königs, welches damals noch in Berlin war, den ganzen Zusammenhang konzentriert leiten konnte. Es war ernstlich davon die Rede, daß der Ungehorsam exemplarisch bestraft werden müsse; aber der König in seiner Milde verzieh ihm den Mangel an Disziplin, weil er doch in den nächsten acht Tagen die süddeutschen Korps mit großer Gewandtheit beseitigt habe."

Über die Friedensverhandlungen in Nikolsburg konnte ich begreiflicherweise nicht füglich Fragen stellen, wie nach den kriegerischen Ereignissen; indes gab Bismarck von selbst wiederholt interessante Erklärungen:

Er erwähnte namentlich: „die diplomatischen Fragen stellen sich für den Einzelnen immer so, wie in einem Prozesse die Frage, wann der geeignetste Moment sei, einen Vergleich abzuschließen, und wieviel man anbieten oder annehmen solle, wenn es sich um einen Vergleich handelt. Man kann dann auch nicht immer wissen, ob man nicht alles riskiert, wenn man zu viel haben will. Bei dem Frieden in Nikolsburg waren nun vollends die verschiedensten Interessen zu berücksichtigen, außer Österreich und Italien mußte auf die Süddeutschen, Bayern, Württemberg und Baden

Rücksicht genommen werden, die wir doch auch nicht zu ewigen Feinden machen konnten und wollten. Der König wollte Bayern gern die alten brandenburgischen Provinzen Ansbach und Bayreuth nehmen und sie aus alter Familienanhänglichkeit wieder für sich haben; er hat sich aber glücklich überzeugen lassen, daß uns dieser Besitz bei dem Mangel an äußerer Verbindung und an geistiger Homogenität mit unserem Preußen nichts hülfe, und daß dagegen bei Bayern eine solche Bedingung eine immer offen bleibende Wunde schaffen würde." — Bekanntlich schloß statt dessen Bismarck mit Bayern, wie mit Württemberg und Baden anfangs August 1866 zugleich mit dem Frieden die Allianzverträge ab, welche neben dem Zollparlament die nationale Verbindung von Süddeutschland mit Norddeutschland aufrecht erhielten und erst etwa ein Jahr später von Bismarck bekannt gemacht wurden. Es scheint, daß die schon damals begonnenen Prätentionen von Frankreich und die Möglichkeit, gegen Frankreich vielleicht schon in sehr kurzer Zeit Front machen zu müssen, sowohl zum Abschlusse der Allianzverträge, als auch zur einstweiligen Verheimlichung Anlaß gaben. Positiv erklärte Bismarck, daß durch das Verhältnis zu Frankreich der Vorbehalt veranlaßt ist, welcher in den Friedenspräliminarien zu Nikolsburg und dann auch im Frieden von Prag zu gunsten Dänemarks wegen Nordschleswig aufgenommen wurde. Als Twesten im Abgeordnetenhause am 20. Dezember 1866 diesen Vorbehalt einer möglichen Abtretung eines Teils von Nordschleswig tadelte, bemerkte Bismarck in derselben Sitzung schon: jene Bestimmung entspräche dem Interesse, welches Frankreich an der deutschen Entwickelung und an dem Verhältnisse von Deutschland zu Dänemark nehme; aus unserer Initiative sei sie nicht hervorgegangen*). Frank-

*) Reden I S. 203. 206–211.

reich habe das Interesse, in Deutschland weder Österreich noch Preußen allein mächtig zu sehen und wende seine Teilnahme namentlich der Berücksichtigung der Nationalitäten zu; es habe deshalb auch während und vor dem dänischen Kriege eine weniger schroffe Stellung gegen die deutschen Ansprüche Dänemark gegenüber eingenommen, soweit die Ansprüche mit der Idee der Nationalität zusammenfielen. „Als Frankreich durch die Ereignisse im Juli dieses Jahres in die Lage kam, seine eigenen Wünsche mit einem ungewöhnlich starken Gewichte zu accentuieren . . . . trat an uns die Frage heran, ob wir in der europäischen Lage, in der wir uns vor Wien befanden, die Gesamtheit dessen, was uns von Österreich unter französischer Vermittelung geboten wurde, annehmen oder ablehnen wollten. Ich brauche Ihnen die Situation nicht zu schildern; sie ist bekannt genug, und niemand hat Preußen zumuten wollen, zwei große europäische Kriege gleichzeitig zu führen, oder in dem Momente, wo es den einen führte und die Früchte desselben noch nicht gesichert hatte, seine Beziehung zu anderen Großmächten zu kompromittieren. Diesen Verhältnissen verdankt diese Klausel in dem Vertrage ihre Entstehung".

Bekannt ist auch, daß Bismarck gegen das spätere Andringen von Frankreich und Dänemark auf Ausführung des Vorbehalts sich aus der Form des Friedensvertrages eine Waffe machte; weder Frankreich noch Dänemark hätten den Friedensvertrag von Prag mit Preußen abgeschlossen und sie hätten deshalb auch keine Rechte daraus; nur Österreich könne das Verlangen stellen. Als später, im November 1868, ein ländlicher Nachbar Bismarck's in Varzin äußerte: die Nordschleswiger Frage müsse doch einmal beseitigt werden, meinte Bismarck: er selbst habe schon bei den Friedensverhandlungen vorgeschlagen, die Abtretungsfrage nicht offen zu lassen,

sondern definitiv ein Gebiet dort abzutreten. Durch Abtretung von etwa sieben Quadratmeilen wäre es damals möglich gewesen, die ganze Frage für immer zu beseitigen; der König sei aber dazu nicht zu bewegen gewesen; jetzt würde freilich immer mehr verlangt.

Zehntes Kapitel

Die nationalen Erfolge des Krieges. — Französische Ansprüche und deren Abweisung

Die Größe der Freude über den Sieg von 1866 kann in vollstem Maße nur derjenige nachfühlen, welcher mit Bewußtsein die vorangegangene Zeit jahrelanger beständiger Demütigung Preußens, die Zweifel an der Großmachtstellung Preußens, die geflissentliche Niederhaltung aller nationalen Elemente mit erlebt und bis kurz vor dem Kriege das allgemeine Mißtrauen in die Politik Bismarck's und des Königs hinsichtlich der wirklichen Ziele und des Ernstes in ihrer Verfolgung empfunden hat. Als Erlösung vom Alpdruck empfand man schon, daß der Krieg wirklich zur entschiedenen Thatsache wurde; der blutige Charakter der Kämpfe brachte es bald zum allgemeinen Bewußtsein, daß jetzt — selbst wenn die Staatslenker es nicht beabsichtigt hätten — die Entscheidung zwischen Preußen, dem echt deutschen, protestantischen, selbstbewußten Staate, und Österreich, dem Völkerkonglomerat, hinsichtlich der Führerschaft in Deutschland getroffen werden müsse. Der von Bismarck durch die Präliminarien von Nikolsburg vom 26. Juli 1866 und den Frieden von Prag vom 23. August 1866 mit der Ausschließung Öster-

reichs aus Deutschland erreichte Erfolg war nur in den Augen weniger ein politischer Mißgriff, die sich nicht überzeugen konnten, daß Österreich durch seine vielen heterogenen Elemente stets ein Bleigewicht für eine deutsch-nationale und deutsch-freiheitliche Entwickelung sein würde und welche verkannten, daß die Deutschen in Österreich zunächst eine andere Aufgabe in der Amalgamierung und geistigen Belebung der österreichischen Staatselemente vor sich hatten, nicht aber die Aufgabe, die Leitung und Einigung Gesamtdeutschlands durch außerdeutsche Rücksichten verkümmern zu lassen. Für Norddeutschland war der Erfolg Bismarck's sofort von durchschlagender Bedeutung. Die Spöttelei, daß der Erfolg der Gott sei, welchem gehuldigt werde, hatte hier keine Berechtigung, weil man erst durch den Erfolg erfahren hatte, was Bismarck war, und was er wollte; der Erfolg wirkte hier wesentlich als Aufklärung über die Ziele und den Charakter der zeitigen preußischen Staatsleitung und schuf das Vertrauen zu derselben, nicht bloß weil sie erfolgreich war, sondern weil sie nun erst für alle durchsichtig und klar wurde und mit den allgemeinen längst erstrebten nationalen Zielen übereinstimmte.

Der Umschlag in der Stimmung für Bismarck war ein gewaltiger und kam zum vollsten Ausbruche, als Bismarck am 4. August 1866 mit dem Könige nach Berlin zurückkehrte, und in der Thronrede bei der Eröffnung des Landtages am 5. August die Indemnität dafür nachgesucht wurde, daß der Artikel 99 der Verfassung betreffs der jährlichen Budgetvereinbarung nicht habe ausgeführt werden können, weil die staatlich zwingende Notwendigkeit dies verhindert habe. Bismarck war und blieb nun der Liebling des Volkes, und die nationale Dankbarkeit, welche ihrem Lieblinge gern alles zu verdanken haben wollte, legte ihm sofort auch bedeutende

militärische Talente und einen Hauptanteil an der militärischen Kriegsleitung bei. Dies ist entschieden unrichtig; er ist weder im Kriege von 1866, noch im späteren französischen Kriege von 1870/71, Mitglied des Kriegsrats im Hauptquartiere des Königs gewesen; derselbe bestand vielmehr nur aus Militärs. Hinsichtlich der Hauptaktion von Königgrätz geht dies auch aus den berichtenden Erzählungen Bismarck's hervor. Nur sobald es sich um die Frage des Waffenstillstandes oder einer Waffenruhe handelte, übte er den höchst sachgemäßen Einfluß, daß eine Waffenruhe nicht lediglich nach militärischem Gesichtspunkte bewilligt würde, sondern daß sie nur unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse und unter wirksamem Schritt zum Frieden vereinbart wurde. So wurde der Waffenstillstand von Nikolsburg vom 21. Juli (für die fünf Tage vom 22.—27. Juli) nur nach Acceptation des wesentlichen Inhalts des preußischen Friedensprogrammes abgeschlossen; ebenso der Waffenstillstand vor Paris im Jahre 1871. Als Bismarck nach dem Feldzuge zurückkehrte, und ihm eine junge Dame einen Lorbeerkranz überreichte, bemerkte Bismarck: das habe er nicht verdient; er habe ja keine Schlacht geschlagen und sei nicht Kombattant gewesen. Er erhielt darauf jedoch die richtige Antwort: „aber Ew. Excellenz haben doch die ganze Sache angefangen!"

Darüber freilich konnte sich niemand täuschen, daß auch das Ende des Kampfes von 1866 erst der Anfang der Neugestaltung von Deutschland war. Nur Norddeutschland war geeinigt; die süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt südlich des Mains, sollten die Freiheit haben, sich in unabhängiger, internationaler Selbstständigkeit zu vereinigen. Auch diese Bedingung war in dem französischen Vermittelungsvorschlage enthalten und wurde von Bismarck angenommen, um nicht die gewonnenen

Resultate aufs Spiel zu setzen. Die Mainlinie mußte noch überbrückt werden. Zugleich stellte sich die Notwendigkeit einer weiteren Auseinandersetzung mit Frankreich heraus. Im Innern endlich war das neue geeinigte Norddeutschland staatlich zu organisieren und das vergrößerte Preußen zu geistig einheitlicher Durchdringung zu führen. Der umfassende Geist Bismarck's erfaßte alle diese Aufgaben zugleich, welche freilich auch wesentlich mit einander zusammen hängen, und wovon keine eine lange Ruhe gestattete.

Das veränderte Verhältnis zu Frankreich machte sich zuerst und noch vor dem Prager Frieden geltend. Napoleon III. war vor dem Feldzuge von der Voraussetzung ausgegangen, daß Preußen von Österreich besiegt werden würde, und hatte, um gemäß seinem Programm von 1859 Italien „frei bis zur Adria" zu machen, in einem mit Österreich abgeschlossenen geheimen Vertrage sich ausbedungen, daß Österreich dann Venetien an Italien abtreten und sich dafür auf Kosten Deutschlands, namentlich Preußens, schadlos halten sollte. Andererseits hatte Napoleon, in Kenntnis von dem italienisch-preußischen Bündnisse, eingewilligt, neutral zu bleiben. In seiner öffentlichen Ansprache vom 6. Mai 1866 zu Auxerre hatte er sich als Feind der Verträge von 1815 bezeichnet und in seinem Briefe an seinen damaligen auswärtigen Minister Drouyn de Lhuys vom 11. Juni 1866 hatte er, da er ja auch für Deutschland die vom Schicksal ausersehene Vorsehung sein wollte, seine Stellung zur Frage dahin bezeichnet, daß er für Preußen eine größere Macht und besseren Zusammenhang im Norden, für Österreich die Erhaltung seiner Machtstellung in Deutschland, und für die anderen deutschen Staaten zweiten Ranges eine innigere Verbindung, kräftigere Organisation und wichtigere Rolle (Rheinbund!) ersprießlich halte. Zur Aufklärung des Geheim-

nisses, wodurch Bismarck den Kaiser Napoleon bewogen hat, neutral zu bleiben, kann ich nichts beitragen. Sicherlich ist es nicht durch irgend eine Zusage geschehen, daß Preußen oder Deutschland irgend ein Terrain an Frankreich abtreten wolle. Es läßt sich aus der Sachlage nur schließen, daß Napoleon — abgesehen davon, daß er zur wirksamen Teilnahme am Kampfe militärisch nicht genügend gerüstet war, zumal die mexikanisch-amerikanischen Verhältnisse noch nicht vollständig geordnet waren — sein Interesse daran fand, daß Österreich und Preußen nebst den anderen deutschen Staaten sich gegenseitig befeindeten und schwächten, und daß er sich vorbehielt, bei der voraussichtlich längeren Dauer des Kampfes je nach der Sachlage für Frankreich ein Beutestück später in Anspruch zu nehmen. Die schnelle und nicht für Österreich, sondern für Preußen siegreiche Beendigung durchkreuzte seine Berechnung, und er mußte sich begnügen, von Österreich zur Vermittelung angerufen, in den Friedensbedingungen die Mainlinie als Grenze für das unmittelbare Machtgebiet Preußens hinzustellen, den süddeutschen Staaten die Freiheit zu einer internationalen unabhängigen Union stipulieren zu lassen und für die Norddistrikte von Schleswig eine Abtretung an Dänemark in Aussicht zu nehmen.

Die patriotischen Beängstigungen, welche Frankreich durch die für Preußen gewonnene Machtstellung empfand, sprachen sich nicht nur in den Erklärungen des auswärtigen Ministers Drouyn de Lhuys und in der imperialistischen und sonstigen Presse Frankreichs aus, sondern gewannen auch im diplomatischen Verkehr zwischen Frankreich und Preußen sofort nach der Schlacht von Sadowa Ausdruck. Vilbort erzählt (l'oeuvre de monsieur de Bismarck, pag. 495): am 26. Juli 1866, am Tage der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien von Nikolsburg, habe ihm in Nikolsburg der

französische Gesandte Benedetti gesagt: „Preußen wird für uns nur Lobsprüche haben, so lange als wir nichts von ihm verlangen werden." Man mag indes nicht annehmen, daß damals Napoleon von Preußen noch nichts „verlangt" hatte.

Andeutungen, daß Frankreich auch Wünsche für sich habe, sind nicht erst damals, sondern schon vorher gemacht worden. Nach der Zirkulardepesche von Bismarck an die Vertreter des norddeutschen Bundes vom 29. Juli 1870, welche damals, als die Rücksichten gegen Frankreich geschwunden waren, auch veröffentlicht wurde, ist als thatsächlich richtig anzunehmen:

Schon vor 1862 ist Bismarck von der französischen Regierung angegangen worden, Preußen solle die französischen Absichten auf Belgien und die Rheingrenze unterstützen. Vor Ausbruch des österreichischen Krieges 1866 machten ihm teils „Verwandte des Kaisers der Franzosen" (Prinz Napoleon!), teils vertrauliche Agenten Vorschläge, um eine beiderseitige Vergrößerung zu erzielen, auf Kosten bald von Luxemburg, bald von der französischen Schweiz, von Piemont, von Landau und Saarlouis mit den Grenzen von 1814. Im Mai 1866 bot Frankreich ein Schutz- und Trutzbündnis an, mit dem Zwecke: Venetien für Italien, das linke Rheinufer zwischen Mosel und Rhein (ohne Koblenz und Mainz) für Frankreich, und 7 bis 8 Millionen Seelen aus anderen deutschen Ländern für Preußen zu erwerben.

Das Projekt wurde im Juni 1866 abgelehnt, und es folgte der österreichische Krieg.

Am 26. Juli 1866 hatte Benedetti in Nikolsburg mit Bismarck eine Unterredung, welche bereits wieder französische Prätentionen betroffen haben muß.

Die erste Enthüllung, welche der preußische Staatsanzeiger im Juli 1870 aus dem Archiv des auswärtigen

Amtes brachte, war ein Schreiben Benedetti's an Bismarck vom 5. August 1866: „In Beantwortung der Mitteilungen, die ich infolge unserer Unterhaltung vom 26. vorigen Monats von Nikolsburg nach Paris gerichtet habe, empfange ich aus Vichy — dem damaligen Aufenthalte des Kaisers Napoleon's III. — den Entwurf zu einer geheimen Konvention, von dem Sie anliegende Abschrift finden . . Ich stehe zur Besprechung derselben zu Ihrer Verfügung . ." Der Entwurf verlangte, Preußen solle die preußischen Gebietsteile, welche bis 1814 zu Frankreich gehörten, an Frankreich abtreten, sollte Bayern und Hessen-Darmstadt zur Abtretung ihrer linksrheinischen Gebiete an Frankreich zwingen und sollte die Aufhebung des Besatzungsrechtes von Luxemburg und der Verbindung des Königs von Holland mit dem deutschen Bunde genehmigen. Daß mindestens jetzt Bismarck der französischen Regierung kein Hehl daraus gemacht hat, er werde niemals in die Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich willigen, zeigt der naive schon damals veröffentlichte Bericht des französischen Journalisten Vilbort.

„Am 7. August," erzählt Vilbort (S. 521—523) „war ich abends 10 Uhr in den Gemächern von Bismarck in Berlin, als Benedetti angemeldet wurde." Bismarck ging hinaus, kam erst nach länger als zwei Stunden wieder und erwiderte auf Vilbort's ungenierte Frage: ob er Krieg oder Frieden nach Paris bringe? „Dauernde Freundschaft mit Preußen; ich hoffe fest, daß Frankreich und Preußen den Dualismus der Intelligenz und des Fortschrittes darstellen werde." — Da Vilbort dabei den Legationsrat von Keudell seltsam lächeln sieht, so beglückt er tags darauf auch diesen mit der Frage nach der Bedeutung und erhält zur Antwort: „Ehe 14 Tage vergangen sind, werden wir den Krieg am Rhein haben, wenn Frankreich auf seinen territorialen Forderungen beharrt.

Es verlangt von uns, was wir weder geben können noch wollen. Preußen wird nicht einen Zoll deutschen Bodens abtreten; wir könnten es nicht, ohne ganz Deutschland gegen uns zu erheben, und wenn es sein muß, werden wir es sich lieber gegen Frankreich, als gegen uns erheben lassen." Hesekiel gab diese Erzählung, welche Vilbort zuerst in der „Revue moderne" veröffentlichte, in seinem „Buch vom Grafen Bismarck" wörtlich wieder.

Wie die Zirkulardepesche vom 29. Juli 1870 erzählt, wurde noch im August 1866 die Abtretung von Mainz durch den französischen Botschafter amtlich unter Drohung des Krieges gefordert.

Elftes Kapitel

Die Gewinnung der süddeutschen Staaten. — Der deutsche Juristentag als Bindemittel. — Bismarck's Äußerungen hierzu

Die ausgesprochenen und abgewiesenen Gelüste Frankreichs hatten natürlich den entgegengesetzten Erfolg. Von Bismarck den deutschen Südstaaten mitgeteilt, beschleunigten sie die Allianzverträge von Württemberg, Baden und Bayern mit Preußen vom 13., 17. und 22. August 1866, welche ein Jahr später erst veröffentlicht wurden und für den Kriegsfall die gegenseitige militärische Hilfe unter Preußens Oberleitung sicherten. Die Stimmung in Deutschland, welche in natürlicher Folge des eben beendeten deutschen Bürgerkrieges nicht allenthalben eine Preußen günstige war und welche auf Seite der Liberalen noch vielfach eine Unterjochung Deutschlands unter preußischen Militärcäsarismus fürchtete, wurde durch die bekannt gewordenen französischen Präten-

tionen soweit gemildert, daß die Notwendigkeit einer kräftigen militärischen Machtstellung gegen Frankreich für die nächste Zeit überwiegend anerkannt wurde, und daß der anfang 1867 zusammentretende norddeutsche Reichstag das verlangte Militärbudget zunächst auf 5 Jahre bis 1872 unbedingt bewilligte.

Das einzige positive Ergebnis der französischen Politik war, daß Luxemburg vom norddeutschen Reiche ausgeschlossen blieb, ein Resultat, das im eigenen Interesse des neuen Deutschlands die Intervention des Königs von Holland ausschloß, welcher ohnehin dem neuen Reiche vollständig weder angehören konnte, noch sollte.

Auch nach der Luxemburger Affaire vom Frühjahr 1867 wiederholten sich „die erweiterten Vorschläge Frankreichs, welche Belgien und Süddeutschland umfaßten." Bekannt ist der von Benedetti's Hand geschriebene Entwurf zu einem Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Frankreich und Preußen, damit Frankreich den Ankauf von Luxemburg und die Gewinnung Belgiens, und Preußen dafür die Einverleibung der deutschen Südstaaten in den norddeutschen Bund erreiche. Mit Recht konnte Bismarck nach diesen Vorgängen in der Depesche vom 29. Juli 1870 sagen: „Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Überzeugung, es sei *mit* uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen, den Kaiser (Napoleon) zu dem Entschluß geführt hat, eine solche *gegen* uns zu erstreben."

Im Sommer 1867 sagte Bismarck schon auf eine gemeinplätzige Bemerkung, daß Napoleon, so schlau er auch gehalten werde, sich doch schon öfter verrechnet habe, in etwas wegwerfendem Tone:

„Er hat ja in sechs Jahren nichts als Fehler gemacht; die abenteuerlichen Unternehmungen in Amerika, einem Lande,

wo Frankreich noch nie Glück gehabt hat, und auch gar nichts zu suchen und zu wünschen hat, und die Halbheiten für und gegen Italien und ebenso für den Papst! Das ist gerade, wie wenn man jemanden mit raffinierter Berechnung nur halbsatt machen wollte, damit er das Gefühl der Befriedigung jedenfalls nicht bekommt und immer noch was zu wünschen übrig hat."

Die französische Politik, der neu aufstrebenden Macht Preußens Hindernisse in den Weg zu legen und mit der Empfindlichkeit Frankreichs gegen jeden ferneren Schritt zur deutschen Einigung zu drohen, heftete sich zunächst an die Mainlinie und wollte es Preußen als einen im politischen Gleichgewichtsinteresse Frankreichs nicht zu duldenden Übergriff anrechnen, wenn es seine Machtsphäre über den Main ausdehnen wollte. Weniger durch die Haltung Frankreichs als durch die Stimmung Süddeutschlands nach dem Kriege von 1866 bewogen, hatte Bismarck in der nächsten Zeit nach Abschluß der Friedens- und Allianzverträge keine besonderen Bestrebungen gemacht, um eine noch straffere Einigung von Süd- und Norddeutschland hervorzurufen. „Die Bayern und Schwaben," meinte er damals wiederholt, „müssen von selber kommen."

Wesentlich deshalb, weil die Süddeutschen im Frühjahr 1867 die Luxemburger Frage für keine wesentlich Deutschland interessierende Frage, wenigstens nicht für einen wünschenswerten Anlaß zur Kriegführung Deutschlands gegen Frankreich hielten, gab sich Bismarck damit zufrieden, daß Napoleon seinen Hauptzweck, Luxemburg für Frankreich dem Könige von Holland abzukaufen, nicht erreichte, und willigte darein, daß Luxemburg aufhöre, eine deutsche Festung zu sein und in neutraler Stellung verbleibe. Der damals eine Zeitlang drohende Krieg mit Frankreich wurde vertagt. Die

Stimmung war nach den frischen Erinnerungen von 1866 damals von dem Eindrucke der Kriegsleiden voll. Auch Bismarck äußerte im Lauf des Jahres 1867 wiederholt: „Der Krieg ist eine sehr ernste Sache!"

Für den, Ende August 1867 in München zusammentretenden, deutschen Juristentag hatte ich einen Antrag dahin gestellt, „der Juristentag möge seine Überzeugung aussprechen, daß zur Förderung deutscher Rechtsbildung für Obligationsrecht, Strafrecht, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren eine gemeinsame Gesetzgebung durch die Gesetzgebungsorgane des norddeutschen Bundes unter Zutritt entsprechender Organe für Bayern, Württemberg, Baden und Südhessen-Darmstadt zu erstreben ist" — dem Artikel 4 Nr. 13 der norddeutschen Bundesverfassung hinsichtlich des Umfangs entsprechend — aus demselben Gedanken, welcher seitdem im norddeutschen und dann im deutschen Reichstage die Anträge auf Erweiterung der Kompetenz veranlaßte. Ich teilte vor der Absendung meines Antrags Bismarck denselben am 13. Juli 1867 persönlich mit, und er bemerkte, nachdem er ihn durchgelesen hatte, mit Lebhaftigkeit:

„Das ist gut; das muß auch zunächst durch Agitation gefördert und der Regierung gebracht werden; gut wäre es, wenn zunächst süddeutsche Stimmen dafür ertönten; aber der Juristentag ist ja auch für sich eine Autorität und vertritt Süddeutschland auch mit."

Nach nochmaliger Durchsicht des Antrages meinte Bismarck: „Warum soll aber der Juristentag nur seine Überzeugung aussprechen? er kann ja auch petitionieren!" Ich bezog mich darauf, daß der Juristentag grundsätzlich sich nur als wissenschaftliche Versammlung geriert, und von dem Bestreben einer unmittelbar praktischen Einwirkung und von

Anträgen oder Petitionen an Regierungen oder Landesvertretungen absieht.

Bismarck: „Schaden könnte es immer nicht, wenn der Juristentag bei einer solchen Kardinalfrage eine Ausnahme machte und etwas lebendiger würde."

Sodann stellte ich anheim, ob es nicht geratener sei, wenn ich die Stellung des Antrages durch ein anderes Mitglied des Juristentages veranlaßte und ihn nicht persönlich einbrächte. Es sei vielleicht in Juristenkreisen bekannt oder könne bekannt werden, daß ich die Ehre hätte, Generalbevollmächtigter des Ministerpräsidenten zu sein, und dadurch möchte Sr. Excellenz die Urheberschaft des Antrages vindiciert werden.

Bismarck meinte jedoch: „Genieren Sie sich nicht, ich bin nicht so empfindlich! Wenn's freilich der Württemberger Beobachter herauskriegt, — und das kann wohl sein, — dann wird räsonniert. Das muß man aber ertragen, wenn man nicht bloß für Frau und Kinder lebt. — In Paris freilich ist ihnen jeder Schritt zur Annäherung zwischen Nord- und Süddeutschland ein Stich und sie geben es deutlich genug zu verstehen, daß sie für solche Stiche sehr empfindlich sind. Haben sie mich doch in Paris jetzt (Bismarck war kurz vorher vom 5. bis 14. Juni 1867 mit dem Könige in Paris zum Besuche der Industrieausstellung gewesen) gequält, ich sollte das Zollparlament in den ersten drei Jahren nicht zusammen kommen lassen! Aber gerade! Das muß gleich kommen!"

Ich fügte meinem Antrage noch den zweiten Antrag zu: „Der Juristentag wolle diese Erklärung den Regierungen und Kammern dieser süddeutschen Staaten, sowie dem Bundespräsidium des norddeutschen Bundes mit dem Antrage auf Veranlassung desfallsiger Vereinbarungen mitteilen"; und

überschickte die Anträge durch den Schriftführer des Juristentages, Stadtrichter Hiersemenzel, der ständigen Deputation zu. — Die Anträge wurden auch im Organe des Juristentages, der deutschen Gerichtszeitung (Neue Folge, Band 3 1867, S. 82, 83) noch vor dem Zusammentritte des Juristentages abgedruckt.

Aus eigenem Interesse für die Sache und eingedenk der, von Bismarck wiederholt betonten Bemerkung: am besten wäre es, wenn von Süddeutschland die Annäherung gefördert würde, hatte ich mich mit dem Kollegen Abgeordneten Dr. Völk zu Augsburg in Verbindung gesetzt und ihm meinen Antrag mitgeteilt. Völk zeigte unbedingte Sympathie für den Antrag und wies zunächst darauf hin, daß von den süddeutschen Nationalen, ihn selbst eingeschlossen, inzwischen anfangs August bei ihrer Zusammenkunft in Stuttgart ein politisches Programm aufgestellt war, welches sowohl hinsichtlich der Gemeinsamkeit der Gesetzgebung als auch in sonstiger politischer Beziehung eine Verbindung von Nord- und Süddeutschland erstrebte. Als ich in München kurz vor Beginn des Juristentages Völk persönlich sprach, meinte er: infolge des lokalen Einflusses von München und des Umstandes, daß die nationaldeutsche Bewegung in Süddeutschland noch nicht genügend verbreitet sei, werde der Antrag schwerlich eine Majorität erhalten; sie seien jedoch bereit, ihn zu unterstützen, wenn es zum Kampfe komme. Es fand sich am Begrüßungsabend vor dem Juristentage ein Häuflein von Norddeutschen, welches den damals vielbesprochenen Antrag kräftig zu stützen bereit war; auch von Süddeutschen wurden Sympathieen ausgesprochen. Indeß soweit sich das Verhältnis der erschienenen Juristen berechnen ließ, war anzunehmen, daß der Antrag in der Minorität bleiben würde; inzwischen sprach der Justizministerialrat Dr. Kalb

zu München, Vorsitzender der ständigen Deputation, die Meinung aus: einen solchen Zünder könne man schon gar nicht erst in die Versammlung werfen; er habe deshalb auch den Antrag nicht auf das in München verteilte Programm gesetzt. Die ständige Deputation beschloß auch die Nichtberatung des Antrages zu beantragen. Der zum Präsidenten designierte Geheimrat Dr. von Wächter ließ mich unmittelbar vor der Eröffnung der ersten Plenarversammlung citieren und bemerkte: des lieben Friedens wegen scheine die Diskussion nicht ratsam, und es sei wünschenswert, daß ich nicht auf Beratung des Antrages bestehe; es könne ohnehin schon die Kompetenz für solche politischen Anträge angefochten werden. Ich erwiderte, daß ich einer Zurückweisung des Antrages aus Kompetenzbedenken widersprechen müßte und wies auf die vom zweiten deutschen Juristentage 1861 in Dresden beschlossene Resolution hin, wonach „zum endlichen Zustandekommen einer gemeinsamen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Prozeß- und Obligationsrechtes die Einleitung zu einer gemeinsamen, von den Regierungen und den Kammern der einzelnen Staaten anerkannten Einrichtung notwendig" erklärt wurde. Dagegen war ich mit Rücksicht auf die Sachlage damit einverstanden, daß der Antrag überhaupt nicht zur Erörterung käme und erklärte, hiergegen keinen Widerspruch veranlassen zu wollen. Präsident von Wächter bemerkte sodann in der Plenarsitzung bei der geschäftlichen Behandlung der einzelnen Anträge: dieser Antrag könne nicht berücksichtigt werden, weil er der Deputation erst Ende Juli zugegangen sei, und zur Beratung nicht in der üblichen Weise durch Gutachten und Referenten habe vorbereitet werden können, indem statutenmäßig die Anträge bis Ende Mai eingereicht sein müßten. (Verhandlungen des sechsten deutschen Juristentages, Band 3 S. 53, 49).

Meiner Zusage gemäß erhob ich keinen Widerspruch, obgleich nicht nur in gewöhnlichen Zeiten von diesem Grundsatze vielfache Ausnahmen gemacht wurden, sondern auch 1867 erst im Juni durch einen Beschluß der Deputation bestimmt wurde, daß in diesem Jahre der Juristentag zusammentreten sollte, was infolge der Ereignisse des Vorjahres bis dahin vielfach bezweifelt wurde.

Von München (vor Beendigung des Juristentages) zurückkehrend, teilte ich Bismarck am 29. August in Berlin das Resultat mit, und er meinte: „Ja! den süddeutschen Appendix müssen wir für jetzt zurücklassen."

Zwölftes Kapitel

Badens Wunsch in den norddeutschen Bund einzutreten. — Der Nutzen Rußlands. — Prophezeihungen über Napoleon III.

Die damaligen Zeitungsberichte von der allgemeinen Stimmung in Süddeutschland erweckten nicht viel Hoffnung für eine alsbaldige größere deutsche Einigung und ließen auch energische Proteste Frankreichs gegen Erweiterungen der preußischen Machtsphäre in Süddeutschland ahnen. Es mag gestattet sein, an die Aufklärungen zu erinnern, welche Gustav Freytag in seiner Biographie von Mathy giebt:

Mathy war am 27. Juli 1866 vom Großherzoge von Baden zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen und hatte Zolling für das Innere und von Freydorff für das Auswärtige zugezogen. Mathy, in Übereinstimmung mit seinem Großherzoge und mit den badischen Kammern, erstrebte den Eintritt Badens in den norddeutschen Bund. Er schickte

den direkt hierauf gerichteten Antrag mit einem Memoire vom 18. November 1867 an den Bundeskanzler Grafen Bismarck und stellte namentlich vor: mit dem Eintritte Badens in den Bund sei den österreichisch-französischen Absichten auf Süddeutschland ein Riegel vorgeschoben. Wenn europäische Gesichtspunkte dem vereinzelten Eintritte sich für den Augenblick entgegenstellten, dann müsse wenigstens den Abgeordneten vertraulich mitgeteilt werden können, daß der Eintritt selbst, eventuell auch ohne Bayern und Württemberg, gesichert sei, wenngleich der Zeitpunkt dem Ermessen und der Verständigung der Regierungen vorbehalten bleibe. Mathy erhielt auf seinen Brief vom Grafen Bismarck keine direkte Antwort. Auf dem Gesandtenwege wurde ihm mitgeteilt, daß der Bundeskanzler die gewünschte Erklärung nicht geben könne. Er wurde auf das Zollparlament vertröstet. —

Im Laufe der Jahre 1868 und 1869 brachten die Zeitungen nur die von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Nachrichten, daß Frankreich sich über die Nichtausführung des Artikel V des Prager Friedens hinsichtlich der nordschleswigschen Bezirke und über die, im norddeutschen Reichstage, im Zollparlament, in der badischen Kammer und sonst geäußerten nationaldeutschen Bestrebungen zur Beseitigung der Mainlinie empfindlich zeige. Einen akuteren Charakter schien das Verhältnis zu Frankreich nicht anzunehmen. Daß Bismarck jedoch Frankreich sorgsam ins Auge faßte und in ihm den nächsten Feind Deutschlands sah, zeigten mehrfache Äußerungen von ihm. Im November 1868 hatte der Abgeordnete Dr. Löwe im preußischen Landtage eine Interpellation an das Ministerium wegen der Verlängerung des russischen Zollkartells gerichtet, mit der ausgesprochenen Tendenz, die Regierung solle den, lediglich in russischem Interesse und gegen das preußische Interesse geschlossenen, damals ablaufenden Ver-

trag nicht verlängern. Die Interpellation geschah, während Bismarck noch in Varzin war. Am 16. November 1868 war in Varzin von der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten die Rede, und Bismarck wies darauf hin, daß selbst Abgeordneter Twesten anerkannt habe, daß die auswärtigen Angelegenheiten durch Kammermajoritäten nicht zu leiten seien; die Sachlage könne niemals vollständig öffentlich mitgeteilt werden, zumal keine Frage in sich abgeschlossen sei. Auf eine Gegenbemerkung: das sei auch wohl die Ansicht aller Vernünftigen, erwiderte Bismarck: „Es giebt nur zu viel Unvernünftige; das zeigt jetzt die Interpellation von Löwe! Es muß doch jeder einsehen, daß, wenn wir uns jetzt schroff gegen Rußland stellen, sofort eine französisch-österreichische Koalition gegen uns aufstehen würde." Der Verdruß über die Interpellation ergoß sich dann noch in weiteren Expektorationen, welche für den Abgeordneten Löwe äußerst unsympathisch waren.

„Unser vielgeschmähter Bundesgenosse Rußland," äußerte Bismarck bei einer anderen Gelegenheit, „ist doch für viele Fragen der einzige, den wir haben, und wir dürfen ihn nicht mißhandeln. Außerdem erreicht man das meiste weit sicherer, und es werden die gegenseitigen Konzessionen viel freudiger gegeben, wenn man sie nicht an die große Glocke hängt. Die nationale Stimme volltönend einwirken zu lassen, ist doch nur bei kritischen großen Aktionen für die Politik angezeigt!"

Scherzweise kamen im Herbst 1868 nach einer naiven Frage eines pommerschen Gutsbesitzers: wie lange Louis Napoleon wohl noch auf dem Thron bleiben würde? in Varzin die Prophezeihungen zur Sprache, welche von müßigen Phantasten auf Grund der französischen Veränderlichkeit für den Fall Napoleons berechnet waren. Die Zeitungen hatten

eine Prophezeihung gebracht, welche ihm das Jahr 1869 für verhängnisvoll erklärte. Louis Philipp hatte nach seiner Thronbesteigung 1830 so viele Jahre regiert, als die Addition der Zahlen seines Geburtsjahres 1791 ergab, und sollten für ihn auch noch fernere Zahlenkombinationen, so die Addition der Zahlen seines Hochzeitsjahres 1827 und andere, welche mir entfallen sind, das Jahr 1848 als Ende seiner Regierung bezeichnen. Für Louis Napoleon, geboren 1808, vermählt 1853, sollte nun dieselbe Berechnung eine Regierungszeit von 17 Jahren nach seiner Thronbesteigung 1852 ergeben.

Scherzend, wie dies ganze Gespräch geführt wurde, meinte Bismarck: „Sollte er sich nicht so lange halten können, als Louis Philipp sich gehalten hat? Halten Sie ihn für weniger klug? Dann müßten Sie ihm doch auch 18 Jahre lassen, und er wäre erst 1870 zu Ende!" Bismarck's Scherz ist eingetroffen; ernstlich dachte natürlich damals niemand daran, durch welche Katastrophe die Geschichte die 18 Regierungsjahre beenden würde!

Dreizehntes Kapitel

Zum Anlasse des Krieges 1870/71

Nachdem ich im November 1869 von Schlawe nach Breslau versetzt wurde und vom September 1871 ab wieder in Berlin war, hatte ich leider nicht mehr die Gelegenheit ausführlicher zwangloser Gespräche, und die gelegentlichen Unterhaltungen, deren ich mich in späterer Zeit erfreute, konnten über die historische Zeit von 1870 und 1871 keine wesentlichen Aufklärungen geben.

Soweit ich indessen das Bild hinsichtlich der Beteiligung Bismarck's während dieser denkwürdigen Zeit aus glaubhaften anderweitigen Mitteilungen ergänzen kann, will ich es versuchen:

Nach dem Jahre 1866 wurde in ziemlich allgemeiner Volksmeinung alles, was irgendwo geschah, auf Bismarck's Einwirkung zurückgeführt. Sollte er ja nach französischen Zeitungsberichten sogar die spanische Revolution vom September 1868, welche der Königin Isabella ihren Thron nahm, veranlaßt haben! Ebenso wird wunderbarerweise noch immer Bismarck selbst von manchen entschiedenen politischen Bismarck-Freunden als derjenige angesehen, welcher im Sommer 1870 von Varzin aus die Kriegsursachen geschaffen habe, obgleich die für Bismarck, wie für alle Deutschen, unvermutete Entstehung des französischen Krieges als notorisch gelten kann. Es würde nun zwar meines Erachtens für Bismarck keine Schmach sein, wenn er auch diesen Krieg mit divinatorischer Ahnung seiner glücklichen Resultate eingefädelt und die immerhin nötige Korrektur des Verhältnisses von Deutschland zu Frankreich in Verbindung mit den daraus resultierenden Schritten zur weiteren Einigung von Nord- und Süddeutschland gerade in dieser historisch gewordenen Weise geplant hätte. Jedoch zu Ehren der historischen Wahrheit muß ich verschiedene glaubhafte Thatsachen konstatieren, welche unwiderleglich ergeben, daß mindestens die Entstehung des Krieges zu jener Zeit und die eigentlichen Ursachen der Entstehung der Einwirkung Bismarck's durchaus fremd waren. Daß es jedoch seiner Natur und seinen Plänen entsprach, dem sich aufdringenden Kriege nicht auszuweichen, daß ihm derselbe durchaus erwünscht war, und daß er an sich schon früher einen Krieg gegen Frankreich zur Sicherung des preußischen und deutschen Macht-

gebiets für nötig hielt, ist dabei freilich schwerlich zu verkennen. — Den nächsten Anlaß zum Kriege bot bekanntlich die spanische Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, Gemahls einer portugiesischen Prinzessin (Tochter von Maria II.), — das „Kriegskarnikel", wie er demnächst im königlichen Hauptquartier genannt wurde. Der Marschall Prim, Regent von Spanien, hatte durch das Kortesmitglied von Salazar y Mazerrado, welcher in einer schon im Oktober 1869 erschienenen Schrift sich die Anregung dieser Kandidatur vindiciert, dem Erbprinzen Leopold die spanische Krone angeboten. Auf den Rat des Königs Wilhelm hatte dieser die Krone abgelehnt. Der König ging dabei von der Überzeugung aus, daß dem Prinzen der Thron kein Segen sein würde, ebensowenig wie seinem Bruder Karl der rumänische Thron. Die Ablehnung war schon wiederholt erklärt. Während der König schon zur Brunnenkur in Ems war, und Bismarck sich in Varzin aufhielt, zeigte der Fürst von Hohenzollern dem Könige nach Ems an, daß sein Sohn auf wiederholtes Andringen sich entschlossen habe, die Krone von Spanien anzunehmen. Der König, welcher in Ems sich ohne Minister befand, — außer dem Zivil- und Militärkabinett war nur der Geheime Legationsrat Abeken aus dem auswärtigen Ministerium bei ihm — antwortete wiederholt mit dringender Abmahnung und mit dem Zusatze: er selbst, der König, sei indes bei der Sache ja gar nicht beteiligt. Der Fürst erwiderte: ohne des Königs Zustimmung glaube sein Sohn sich nicht verpflichten zu sollen. Hierauf antwortete der König, er habe für sich nichts gegen die Annahme einzuwenden und stelle sie dem Prinzen anheim, wenn dieser dadurch eine Mission zu erfüllen glaube. Gleichzeitig schrieb der König nun auch diese Wendung von Ems aus an Bismarck. Der König

betrachtete die Sache lediglich als Privat- und Familiensache und äußerte gelegentlich: „Verbieten konnte ich dem Prinzen doch die Annahme nicht, wenn er sich berufen glaubte, die Spanier zu regieren." Die preußische Regierung hatte sich bis dahin mit der Angelegenheit gar nicht befaßt. In der Kammersitzung vom 6. Juli erklärte der französische auswärtige Minister Herzog von Grammont: „Wir werden nicht dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vorteil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas stört," und Olivier bemerkte in derselben Sitzung: Er sei überzeugt, daß die Erklärung Grammont's zum Frieden führen werde, weil jedesmal, wenn Frankreich sich fest in Ruhe und Gerechtigkeit ausspricht, man dann nicht widerspricht.

Am 9. Juli kam der französische Gesandte Benedetti von seinem Badeaufenthalte zu Wildbad nach Ems mit der amtlichen Aufforderung an den König: dem Prinzen Leopold die Annahme der spanischen Krone zu verbieten. Der König lehnte dies Ansinnen ab und bemerkte: daß Preußen als Staat mit der Angelegenheit nichts zu thun habe, dieselbe lediglich Familiensache sei, die ihn nur als Chef seines Hauses berühre, nicht als Souverän, und daß Spanien mit Preußen und mit dem Könige überhaupt gar nicht verhandelt habe. Ziemlich dasselbe Gespräch wiederholte sich in einer zweiten Audienz Benedetti's beim Könige am 11. Juli.

Daß Bismarck in Varzin von der gesamten Sachlage benachrichtigt wurde, bedarf keiner Erwähnung. Der König hatte ihn in Ems bei sich gewünscht. Bismarck reiste von Varzin nach Berlin und beabsichtigte am 13. Juli von Berlin nach Ems zu fahren.

Der Finanzminister Camphausen befand sich ebenfalls schon auf Urlaub in Elberfeld und war eben im Begriff, eine Reise in die Schweiz zu machen. Mit Rücksicht auf die Zeitungsnachrichten von dem aus Paris drohenden Ungewitter schrieb er nach Ems: ob er sich dem Könige vorstellen solle; aus seiner Urlaubsreise werde wohl nichts werden können. Der König ließ ihm telegraphieren, daß er seine Reise unterlassen, dafür aber nach Ems kommen möge und zwar zum 13. Juli, da alsdann auch Bismarck dort erwartet würde.

Inzwischen zeigte am 12. Juli der Fürst von Hohenzollern telegraphisch dem Marschall Prim in Madrid, dem spanischen Gesandten Olozaga in Paris und dem Könige in Ems an, daß sein Sohn der spanischen Thronkandidatur entsage. Damit wurde namentlich auch vom Könige und vom Hofe in Ems jede Differenz gegenüber Frankreich für beendigt angesehen. Der König äußerte sich darüber mehrfach so entschieden, daß an seiner Überzeugung von der Beendigung des Konflikts nicht gezweifelt werden kann. Er sagte zu Camphausen, welcher inzwischen nach Ems gekommen war: „Na! nun können Sie nach der Schweiz weiterreisen!"

Bismarck selbst hatte noch in Berlin und ehe er die für den 13. Juli beabsichtigte Reise nach Ems antrat, die Thronentsagung des Prinzen Leopold erfahren und telegraphierte am 13. Juli morgens seiner in Varzin zurückgebliebenen Frau nach Varzin: die Lage hätte sich geändert, er werde am andern Tage nach Varzin zurückkehren; sie möchte ihm Wagen und Pferde zum Bahnhofe schicken.

Wenn Bismarck die Kandidatur des Prinzen beeinflußt oder als Handhabe zur Herbeiführung eines Krieges mit Frankreich zu benutzen beabsichtigt hätte, so hätte er dies mindestens hinter dem Rücken des Königs gethan, was an

sich bei dem gegenseitig vertrauensvollen Verhältnisse von Bismarck zum Könige ganz undenkbar ist.

Den Botschafter Benedetti, welchem der König morgens auf der Brunnenpromenade begegnete, redete der König selbst (13. Juli) zuerst an und gab ihm ein eben erhaltenes Extrablatt der „Kölnischen Zeitung" nebst einem Privattelegramm aus Sigmaringen über den Verzicht des Prinzen*). Der König erklärte sich harmlos befriedigt darüber, daß hierdurch die Angelegenheit ausgeglichen sei, und darauf erwiderte Benedetti mit der vorgeschriebenen Aufforderung, welche der Herzog von Gramont am 12. Juli auch dem — eben von Ems zurückgekehrten — preußischen Gesandten Baron von Werther stellte, daß sich der König der Verzichtleistung des Prinzen anschließe und auch künftig seine Zustimmung nicht geben solle, wenn den Hohenzollern die Krone wieder angeboten würde. Der König erwiderte befremdet: eine solche Erklärung könne er nicht geben, Benedetti solle sich hinsichtlich der weiteren Schritte an das Ministerium in Berlin wenden. Damit schloß die Unterredung.

Nachdem der König gegen Mittag die schriftliche Anzeige des Fürsten Anton von Hohenzollern von der Verzichtleistung erhalten hatte, ließ er dies durch seinen Flügeladjutanten Prinz A. Radziwill dem Botschafter gegen 2 Uhr mitteilen. Benedetti erwiderte mit einer Bitte um eine nochmalige Audienz, da er inzwischen eine neue Depesche vom Herzog von Gramont erhalten habe, um nochmals jenen Wunsch seiner Regierung vorzutragen. Der König ließ durch Radziwill antworten, daß er sich hinsichtlich der Versicherung für die Zukunft nur auf das berufen könne, was er dem Grafen Benedetti persönlich

*) Vergl. Winterfeld, Geschichte des deutsch-französischen Krieges 1870. S. 116. 117.

mitgeteilt habe. Benedetti wiederholte die Bitte um eine nochmalige Unterredung, da er aus der letzten Depesche des Herzogs von Gramont neue Argumente zu unterbreiten habe. Der König lehnte es, immer durch Prinz Radziwill, gegen $^1/_2$6 Uhr nochmals ab, sich über diesen Punkt in Diskussion einzulassen. Auf den Wunsch Benedetti's, sich bei seiner Abreise vom Könige zu verabschieden, genehmigte der König, ihn am nächsten Tage vor seiner projektierten Reise nach Koblenz am Bahnhofe zu begrüßen. Der König fuhr am folgenden Tage (14. Juli) nach Koblenz zu der dort verweilenden Königin und vor der Abreise fand sich auch Benedetti auf dem Bahnhofe ein. Der Abschied bestand allerdings nur in einer kurzen Begrüßung, wobei indes der König dem Gesandten die Hand reichte.

Inzwischen war Bismarck von Varzin nach Berlin gekommen und hier geblieben, statt nach Ems weiter zu reisen. Während er in Berlin war, erschien am 13. Juli abends in Zeitungsextrablättern in Berlin das Telegramm, welches aus Ems, von demselben Tage datiert, anzeigte:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts mehr zu sagen habe."

Die Teilnahme Bismarck's an der Einleitung des Krieges beschränkt sich auf die Redaktion dieses Telegramms, welches gleichlautend auch den deutschen Regierungen und den Vertretern des norddeutschen Bundes bei einigen außerdeutschen Höfen zur Information vom auswärtigen Minister zu Berlin mitgeteilt war. Das Telegramm, welches gleichzeitig dem größeren Publikum die erste Kenntnis gab, zündete in ganz Deutschland mächtig und erregte die allgemeine Freude über die deutsche Abfertigung des französischen Botschafters. Insbesondere die Fassung des Schlußsatzes gehörte Bismarck an; es ist unverkennbar sein Stil; und man fühlt förmlich den Worten an, daß Bismarck gerade diese scharfen Worte gern gebraucht hätte, wenn er persönlich die Erklärung abzugeben gehabt hätte.

Das Wesentliche der Verhandlungen zu Ems ist authentisch durch die Aktenstücke festgestellt, welche Bismarck am 20. Juli dem Reichstage übergeben hat: einen, unter Mitwirkung des Königs verfaßten, amtlichen Bericht über die Vorgänge in Ems; einen Bericht des Flügeladjutanten Oberstleutnant Prinz A. Radziwill vom 13. Juli und die Zirkulare des Bundeskanzlers vom 18. und 19. Juli an die diesseitigen Gesandten und einen Auszug aus dem Protokolle der Bundesratssitzung*).

Vierzehntes Kapitel

Ankunft des Königs in Berlin. — Aus den Kriegsereignissen. — Beteiligung Bismarck's. — Die Katastrophe von Sedan

Am 15. Juli fuhr der König von Ems über Gießen, Kassel, Göttingen, Magdeburg nach Berlin in einem wahren

*) S. Winterfeld, S. 108 ff. 115 ff.

Triumphzuge, überall mit nie endenden Hoch- und Hurrahrufen empfangen, mit den Rufen: Nach Frankreich! Nach Paris! Mobilmachen! Einkleiden! In Magdeburg glaubte der König Nachrichten über die Erklärungen der französischen Minister nach dem Vorfalle vom 13. Juli zu erhalten; es waren dort aber noch keine Depeschen eingegangen. In Brandenburg begrüßten der Kronprinz, Bismarck, Moltke und Roon den König, welchem sie bis hierhin entgegengereist waren; sie brachten ebenfalls noch keine Nachrichten aus Paris. Erst bei der Ankunft des Zuges in Berlin erhielt der König Bericht über die, an demselben Tage (15. Juli) von den französischen Ministern im Senat und im gesetzgebenden Körper gemachten Mitteilungen.

Der König trat bei der Ankunft im Berlin-Potsdamer Bahnhofe in ein Zimmer, dessen Thüren offen blieben. Mit einiger Mühe konnte soweit Ruhe geschafft werden, um das Vorlesen der Depeschen aus Paris zu hören. Bismarck und der Kronprinz lasen die eingegangenen Nachrichten vor. Es herrschte ein feierlicher Ernst; der König hatte Thränen im Auge; nur als der Kronprinz aus der, vom französischen Ministerrate vom 14. Juli beschlossenen, von Olivier im gesetzgebenden Körper vorgelesenen Auseinandersetzungen vorlas: wir haben uns bereitet, den Krieg aufzunehmen, „welchen man uns anbietet", entstand unwillkürlich ein Gelächter. Zum Schlusse trat der Kronprinz gegen das Publikum vor und sagte mit lauter Stimme: der Krieg ist erklärt; es wird mobil gemacht! — was mit ungeheurem Jubel aufgenommen wurde.

Bismarck folgte dem Könige, als derselbe am 31. Juli gegen Abend mit dem Hauptquartiere von Berlin zur Armee fortreiste und blieb bis zu der im März des folgenden Jahres erfolgten Rückkehr nach Berlin beständig in seiner

Begleitung. Zu seiner geschäftlichen Hilfe war anfangs von seinen Räten nur der Geheime Legationsrat Abeken mitgereist; im Oktober kam auch noch der Legationsrat L. Bucher. Als später die Verhandlungen mit den deutschen Südstaaten in Versailles eröffnet wurden, vermehrte sich entsprechend auch das Personal des auswärtigen Ministeriums und des Bundeskanzleramtes in Versailles.

In den ersten Wochen hatte Bismarck nur eine passive Zuschauerrolle. Beglaubigt ist seine, auch in den Zeitungen referierte Äußerung vom 10. August 1870 zu Saarbrücken: Wenn Frieden gemacht würde, sollten die Franzosen zur Strafe Louis Napoleon behalten!

Auch in diesem Kriege, wie im Jahre 1866, ist Bismarck zu den eigentlich militärischen Operationen nicht zugezogen worden. Der Kriegsrat im königlichen Hauptquartiere bestand aus dem Könige, dem Grafen Moltke, dem Kriegsminister von Roon, dem Generalquartiermeister von Podbielski, dem Generaladjutant von Boyen und dem Chef des Militärkabinetts, General von Treskow. Indes hatte Bismarck zumal im späteren Verlaufe des Krieges den gewiß richtigen Grundsatz geltend gemacht, daß die Kriegführung und die politische und diplomatische Benutzung der Sachlage sich nicht absolut trennen lassen, und er wurde daher zugezogen, sobald es sich nicht um lediglich militärische Operationen handelte, sondern eine irgendwie politische Tragweite sich anknüpfte; so bei den Verhandlungen von Sedan, bei den Verhandlungen, durch welche Bazaine erfolglos der Übergabe von Metz eine politische Folge zu Gunsten Napoleon's zu geben versuchte, und vor allem natürlich bei den Verhandlungen über die Übergabe von Paris. Es war im konkreten Fall nicht immer ganz klar, wie weit die Grenzen und die Berührungspunkte militärischer und politischer Aktionen

gingen; und in dieser Beziehung entstanden, namentlich vor Paris, wiederholt Differenzen zwischen den Generälen und Bismarck, welcher eine ausgedehntere Teilnahme an den militärischen Beratungen beanspruchte.

Die Thätigkeit Bismarck's wurde übrigens nicht bloß für die Verhandlungen gegenüber Frankreich in Anspruch genommen; mit den deutschen Siegen erfolgten sofort auch mehr oder minder zarte Ansprachen der anderen Höfe. Selbst Rußland, dessen wohlwollende Neutralität Bismarck zuverlässig von Anfang an gesichert hatte und dessen Haltung auch das weniger wohlwollende Österreich in Schach hielt, spürte eine Regung von Ergriffenheit über die unerwartet großen und schnellen deutschen Erfolge. Am 30. August kam im königlichen Hauptquartiere ein eigenhändiger Brief des Kaisers von Rußland an den König an, worin der Kaiser zu den Siegen Glück wünschte, zugleich aber die Zuversicht aussprach: Der König werde großmütig sein und nicht daran denken, das französische Territorium zu verkleinern. Der Brief berührte unangenehm im Hauptquartiere, zumal in Erinnerung an die Haltung Rußlands gegen Preußen bei dem Tilsiter Friedensschluß, bei dem sich Alexander I. auf Kosten seines Kriegsfreundes mit dem Distrikte von Bialystock bereicherte; sowie auch später bei den Pariser Friedens- und den Wiener Kongreßverhandlungen 1814 und 1815, bei denen das befreundete Rußland sich möglichst feindlich gegen Preußen verhielt. Der Brief erhielt am 31. August die Antwort, daß erst der Verlauf des Krieges die Friedensbedingungen bestimmen könne, aber eine Territorialänderung allerdings nicht ausgeschlossen gedacht werde.

Der bald darauf folgende Schlag bei Sedan gab den Dispositionen über die aufzustellenden Friedensbedingungen eine größere Festigkeit. Vor der Katastrophe von Sedan

war man im Hauptquartiere zweifelhaft, ob Belgien Truppen genug habe, um die etwa übertretenden Franzosen zu entwaffnen; für den Fall, daß sich die belgische Truppenmasse hierzu nicht hinreichend zeigte, hatte man in Erwägung genommen, daß dann unsere Armeeen aus militärischen Gründen in Belgien hinein folgen müßten, um sich vor Umgehungen zu schützen; daß dies alsdann aber auch keine Verletzung der Neutralität involviere, sondern Deutschland nur aus dem Rechte der Notwehr, wenn Belgien die Pflichten der Neutralität nicht erfülle oder nicht erfüllen könne, an seiner statt diese zu übernehmen und die für jede Neutralität nötige Gleichmäßigkeit herzustellen befugt sei. Die glückliche Umschließung der gesamten französischen Armee, welche dem Kriegsminister eine verdrießlich große Menge von Kriegsgefangenen brachte, machte eine Verfolgung nach Belgien bald unnötig.

Ich kann mich nicht enthalten, das Gespräch des Königs mit Napoleon bei ihrer persönlichen Zusammenkunft nach der Erzählung des Königs mitzuteilen:

Der König redete Napoleon an: so peinlich ihr jetziges Wiedersehen auch sei, so suche er (der König) seine Beruhigung darin, daß er selbst den Krieg nicht veranlaßt oder gesucht habe; er sei auch geneigt, zu glauben, daß Napoleon persönlich den Krieg nicht gerade gewollt habe. Napoleon: „Oh non! non! mais l'opinion publique!“ Der König: aber die öffentliche Meinung sei jedenfalls von dem französischen Ministerium zur Kriegslust provoziert und getrieben; das Ministerium habe auch offenbar den Krieg angefangen und gesucht; und Napoleon habe doch sein Ministerium nach seiner eigenen Wahl eingesetzt. — Hierauf erwiderte Napoleon direkt nichts, bemerkte aber: er sei getäuscht, die französische Armee könne mit der des Königs nicht konkurrieren;

letztere sei „sublime“, vorzüglich die Artillerie — welche bei Sedan besonders günstig gewirkt —; die preußische Artillerie sei der französischen überlegen „et cela me touche personnellement“, weil er sich als Regenerator der französischen Artillerie betrachte und geglaubt habe, sie auf die möglichst höchste Stufe gebracht zu haben. — Auch über die deutsche Kavallerie sprach Napoleon sich anerkennend aus, sie habe einen so dichten Schleier um die deutschen Armeen verbreitet, daß es den Franzosen unmöglich gewesen sei, ihre Bewegungen zu erkennen. — Der König sprach dann noch die Hoffnung aus, daß Napoleon damit einverstanden sei, wenn er ihm die Wilhelmshöhe bei Kassel, die frühere Residenz seines Onkels Jerome, als Aufenthalt anweise, was Napoleon dankend annahm. Beim Abschiede wischte Napoleon mit der Hand eine Thräne aus den Augen. Die Königin beantwortete die Nachricht von der Gefangennahme beglückwünschend mit dem Bonmot: Napoleons Erniedrigung ist Wilhelms Höhe! — Der bekannte Brief Napoleons, welchen General Reille am 1. September gegen Abend dem Könige übergab, war bereits versiegelt, als der von uns als Parlamentär nach Sedan geschickte Oberstleutnant von Bronsart nach Sedan kam, nach dem Höchstkommandierenden fragte und nach kurzer Zeit in ein Zimmer geführt wurde, in welchem der Kaiser gebrochen auf einem Stuhle saß, dann aufstand und ihm an einem Stocke entgegenkam. Schon vorher hatte Napoleon einen Parlamentär mit dem Briefe zum König abgeschickt, derselbe hatte aber nicht durchdringen können. Im Hauptquartier war die Übergabe Napoleons ebenso überraschend, wie für alle anderen. Man hatte zwar gewußt, daß Napoleon in Sedan gewesen war, indes hatte man vermutet, daß er die Zeit vor der Einschließung benutzt habe, um nach Belgien zu entkommen.

Da Napoleon bei den Verhandlungen vom 2. September erklärte, er sei persönlich weder Herr über die Armee noch über die Regierung und könne darüber nicht unterhandeln, den Oberbefehl führe General Wimpfen, die Regierung leite die Regentschaft der Kaiserin zu Paris, so wurde die Gefangennahme Napoleons zunächst nur ein persönlicher Akt. Napoleon hatte mit seiner Eskorte anfangs über Stenay auf französischem Gebiete nach der preußischen Grenze reisen sollen, es war ihm jedoch unangenehm, längere Zeit und Tage hindurch als Gefangener innerhalb Frankreichs zu bleiben. Er bat deshalb, durch Belgien nach Preußen gehen zu dürfen, und es wurde ihm bewilligt, gegen sein Ehrenwort, sich in Aachen zur bestimmten Zeit zu stellen. Seine designierte preußische militärische Begleitung, General von Boyen und sein Adjutant Fürst Lynar, mußten daher, da sie bewaffnet Belgien nicht passieren konnten, schleunigst um die Grenzen von Belgien und Luxemburg herum Aachen zu erreichen suchen.

Der am 3. September aus dem Hauptquartier nach Berlin abgeschickte Kabinettskourier, welcher eine Menge schätzbarer Berichte über die Ereignisse vom 1. und 2. September mitnahm, wurde leider, — was sonst während des ganzen Krieges wenigstens dem Kabinettskourier nicht passierte — von französischer Mobilgarde aufgefangen und nach Verdun gebracht, wo ihm seine Depeschen und Botschaften abgenommen und er selbst dann wieder freigelassen wurde.

Fünfzehntes Kapitel

Friedensverhandlungen

In Rheims, wo das Hauptquartier dann mehrere Tage, vom 6. bis 14. September, blieb, um die Dislokation der nach Paris ziehenden Truppen mit Muße bewirken und die Verhältnisse in Paris sich einigermaßen befestigen zu lassen, erhielt der König, in der großen Halle tafelnd, wo die französischen Könige vor der Krönung gesalbt wurden, die Nachricht von der Proklamierung der Republik in Paris. An das bisherige schnelle Tempo der deutschen Erfolge gewöhnt, nahm man auch im Hauptquartiere zu Rheims, so wie überall in Deutschland, die endliche Entscheidung in Paris nach Unschädlichmachung aller regulären französischen Armeen für viel näher an, als sie erfolgte; man hoffte, daß bedeutende Kämpfe, namentlich für die Infanterie, nicht mehr bevorstehen würden, und daß einige Beschießung durch die Artillerie und die Abschneidung der täglichen Zufuhren durch die Kavallerie genügen würde. Zweifelhafter schien die Personenfrage, mit wem Friede abgeschlossen werden könnte. Der Republik wurde nur eine kurze Dauer beigemessen. Eine Erneuerung der napoleonischen Herrschaft wurde so wenig für wahrscheinlich gehalten, daß der König in Rheims meinte: er werde Napoleon nicht halten, wenn er seiner Frau und Lulu ebenfalls nach England nachfolgen wollte. In Rheims wurden die aufzuerlegenden Friedensbedingungen im Hauptquartiere festgestellt. Die Abtrennung vom Elsaß und Deutsch-Lothringen und zwar in ungefähr demselben Umfange, wie die Grenzen im demnächstigen Frieden bestimmt sind, wurde schon damals in Aussicht genommen, und wurden auch schon von Rheims aus die beiden Oberpostdirektionen,

deren Sitz einstweilen Pont à Mousson und Hagenau bildeten und später Metz und Straßburg bilden sollten, als dauernde Institutionen eingerichtet. Ebenso wurde schon in Rheims beschlossen, daß Elsaß und Lothringen unmittelbar deutsches Reichsland werden sollten; einer Zerstückelung, um Teile zu Preußen und andre Teile den deutschen Südstaaten zuzuweisen, widersprachen sowohl das eigene Interesse der neuen Länder und die Rücksicht auf ihre Assimilation an Deutschland, als auch die Erwägung, daß ihre Bedeutung als Vormauer Deutschlands durch jede Zerstückelung geschwächt würde, und ebenso das Interesse, welches Norddeutschland und der gesamte deutsche Nationalsinn gegen jeden Versuch hatte, die süddeutschen Staaten durch Landzuwachs zu vergrößern und Bayern und Württemberg in ihrer Neigung zu bestärken, eine besondere Großmachtpolitik im Gegensatze zur Einigung mit Norddeutschland und zu den allgemein-deutschen Interessen zu treiben. Eine Annektierung durch Preußen, welche damals dort vielfach gewünscht wurde und von Treitschke lebhaft befürwortet war, wurde abgelehnt, teils um Süddeutschland nicht durch das Gefühl zu verletzen, daß es lediglich pour le roi de Prusse gearbeitet habe, teils weil man besorgt war, daß die ohnehin sich schon regende Eifersucht von Rußland und Österreich in bedenklichem Grade lebendig gemacht würde. Auch die Beteiligung des, in seiner Bestimmung zu diesem Zweck zu erweiternden Zollparlaments, — welches damals allein noch Nord- und Süddeutschland mit einander parlamentarisch verband — an der Gesetzgebung für die neuen Reichslande wurde schon in Rheims in Aussicht genommen.

Bei der Fortsetzung der Reise des Hauptquartiers korrigierte Bismarck auf einer Karte im Bibliothekzimmer des Schlosses Luzancy zwischen Chateau-Thierry und Meaux

die französische Grenze, indem er von Mezières bis Basel einen Strich zog!

Schon in Meaux fand sich am 15. September als offiziöser Abgesandter der provisorischen Regierung zu Paris ein Engländer ein, um einen Waffenstillstand zu vermitteln, nachdem eben J. Favre sein Programm erklärt hatte, Frieden zu machen, weil ja der eigentliche Kriegführende, Napoleon, beseitigt sei, aber keinen Fleck Land und keinen Stein einer Festung abzutreten. Bismarck war über die Zumutung entrüstet und erwiderte dem Sendling geradezu: „Sie haben es nicht mit Kindern zu thun, sondern mit erwachsenen Männern, denen man bei jetziger Lage der Dinge einen Waffenstillstand ohne einen weiteren Zweck, als daß er etwaigen weiteren Rüstungen Frankreichs zu Gute käme, nicht bieten kann!" Im Verlaufe der Verhandlung führte Bismarck dem Unterhändler die Absurdität der Note von J. Favre zu Gemüte; nicht der Kaiser allein, sondern die Kammern und die Nation selbst hätte den Krieg verschuldet und gewollt, in der sicheren Erwartung des Sieges, um für Sadowa Genugthuung zu haben und vor allem, um das unaufhörliche Rheingelüst zu befriedigen. Wenn nach Favre's Willen die Deutschen abzögen, ohne ein Dorf zu nehmen und sogar die Kriegskosten noch selbst zahlten, so würde der Frieden doch nur ein Waffenstillstand auf so lange sein, bis Frankreich sich abermals stark genug fühle, die durch die deutschen Siege hervorgerufenen „patriotischen Beklemmungen" zu sühnen. Durch die Lage der Dinge und durch die Opfer sei es daher geboten, die Grenze zur größeren Sicherheit Deutschlands zu korrigieren. Der Abgesandte entgegnete: „Durch eine Änderung des territorialen Gleichgewichts würde Deutschland außer Frankreich auch noch England gegen sich einnehmen." Darauf Bismarck: Er wisse nicht, welche Vor-

teile Deutschland durch die Liebe Englands in diesem Kriege genossen habe, und er müsse abwarten, ob die Nachteile, welche die Ungnade Englands für Deutschland bringen müßte, größer sein würden. Habe England nichts gethan, um Frankreich am Kriege zu hindern, so möge es jetzt auch Deutschland denselben allein ausfechten und die Früchte ernten lassen. Auf die Frage, ob der König wirklich Paris zu belagern gedenke? antwortete Bismarck: Das möge er abwarten! zunächst würde Paris von 40000 Ulanen umschwärmt werden, die keine Maus heraus- und keine Zufuhr hereinlassen würden.

In Meaux, wo das Hauptquartier vom 15. bis 19. September blieb, wurde am 18. September Favre zu der von ihm erbetenen Unterredung erwartet, kam jedoch nicht. Am 19. September rückte das Hauptquartier nach Ferrières (und Lagny) vor, Bismarck zu Pferde an der Spitze voran. J. Favre in Begleitung von drei Herren in einem zweispännigen Wagen begegnete dem Zuge bei Fouilly, und Bismarck und Favre passierten einander unerkannt; erst aus einem der nachfolgenden Wagen wurde Favre erkannt, und Bismarck davon benachrichtigt, welcher dann einige Reiter nachjagen ließ, um die Herren zurückzuholen. Bismarck meinte, es sei ihm lieber, die Unterhaltung unterwegs abzumachen; wenn Favre ins Hauptquartier komme, werde er ihn nicht wieder los, und da sich Favre so stark gebunden habe, so könne diesmal noch kaum etwas zu Stande kommen.

Freilich wurde die Unterhaltung nun zwar unterwegs im Schlosse Haute Maison bei Montry begonnen, aber dann doch erst am folgenden Tage im Hauptquartier zu Ferrières, dem Schlosse Rothschild's, beendet, wo Bismarck nebst dem Könige und Moltke blieb, während das übrige Hauptquartier in Lagny war. Die Unterhaltung endete in

bekannter Weise resultatlos. Die Art und Weise, wie Favre bei den Verhandlungen auftrat, erregte allgemeines Kopfschütteln. Er war ohne alle Vollmachten seiner Kollegen erschienen und lehnte neben der Bedingung, daß Frankreich keine Scholle abtreten dürfe, jeden Einzug in Paris ab, was ihm insbesondere am Herzen lag; nur Geld bot er an und bat, die Höhe der Geldabfindung zu normieren.

Bismarck teilte ihm am Schlusse auch die Nachricht von dem Resultate der neuen französischen Niederlage vom 19. September im Süden von Paris mit; indes diese Mitteilung machte anscheinend gar keinen Eindruck auf Favre, so daß Bismarck meinte, der Mann scheine nicht zu wissen, was Kriegführen sei.

Während Favre dann schriftlich mitteilte, daß die von Bismarck mitgeteilte Basis für Frieden oder Waffenstillstand von seinen Kollegen nicht angenommen sei, sondern der Krieg mit allen Mitteln fortgesetzt und das Weitere Gott anheimgestellt werden solle, meldete sich im Hauptquartier ein Abgesandter Gambetta's, der mit Angriffen gegen Favre freigebig war. Bismarck lehnte es ab, sich mit ihm sachlich einzulassen und anders als mit einem gehörig durch Vollmacht legitimierten Bevollmächtigten des französischen Gouvernements zu verhandeln.

Zu denjenigen, welche das bevorstehende Schicksal Frankreichs zum Versuche einer Friedensvermittelung provozierte, gehörte auch Olivier. Er schickte anfangs Oktober dem Könige einen Brief nach Versailles und schrieb ihm: Er (Olivier) habe freilich selbst zum Kriege geraten, jedoch nicht, um die Einheit Deutschlands zu hindern, auch nicht, um die Rheingrenze für Frankreich zu erlangen, sondern lediglich

à cause de la reponse d'Ems, welche für das französische Gefühl zu verletzend gewesen sei! (Danach müßte ein nicht französischer Souverän — und was sollte erst gar ein Nicht-Souverän müssen — die erniedrigendsten Zumutungen nur lächelnd als selbstverständlich hinnehmen, oder vielleicht noch sogar dafür danken. An eine solche Großmut wagte ein Besiegter noch zu denken!) Jetzt, fuhr Olivier fort, sei er (Olivier!) besiegt; aber gerade als Besiegter bitte er den König, nichts vom französischen Territorium zu nehmen, um weitere Kriege zu vermeiden; Napoleon I. habe die Stimme der Besiegten nicht gehört, und — auf Jena sei Waterloo gefolgt! „Soyez grand!“ — —

Der Brief erreichte begreiflicherweise das Gegenteil seiner beabsichtigten Wirkung; neben sachlichen Erwägungen über die Friedensbedingungen, welche für solche — Franzosen passend wären, regte er lebhaft zu Versuchen an, psychologisch einen Mann wie Olivier zu verstehen. Er, der am 30. Juni 1870 im gesetzgebenden Körper bei der Verhandlung über das Armeekontingent versicherte, der Regierung sei zu keiner Zeit die Aufrechterhaltung des Friedens mehr gesichert erschienen; der dann am 4. Juli dem preußischen Gesandten Freiherrn von Werther in Paris mit dem Kriege drohte, wenn die hohenzollersche Kandidatur für Spanien nicht fortfiele; und der den Krieg betreibt, weil nach dem Fortfallen der Kandidatur der König nicht die Antwort geben will, daß er ihre Erneuerung für die Zukunft nicht verbieten wolle: er wagt für den Krieg, dessen Führung nicht einmal für den Anfang vorbereitet war, einen gerechten Kriegsgrund zu plädieren und seine eigene Autorität für milde Friedensbedingungen geltend zu machen, obgleich er nicht einmal formell mehr Mitglied der französischen Regierung ist! Diese Mischung von Leichtfertigkeit, Eitelkeit

und Insolenz dem Sieger gegenüber ausgedrückt, mußte selbst auf das geduldigste deutsche Gemüt einen erbitternden Eindruck machen.

Sechszehntes Kapitel

Zeit der Belagerung von Paris

Die folgende lange Zeit der Belagerung von Paris hatte für Bismarck, dem selbst in der ruhigsten Zeit keine Arbeit schnell genug gefördert werden konnte, dieselbe Wirkung, die Ungeduld zu regen, wie sie für uns Laien in Deutschland und auch für das Gros der Armee allgemein bestand. Die Schnelligkeit der vorangegangenen Siege hatte die Stimmung bekanntlich dermaßen verwöhnt, daß schon die Zeit lang schien, welche die Truppen gebrauchten, um von Sedan nach Paris zu kommen. Als gegen Ende August noch die neu ausgebildeten Truppen nach Frankreich nachgeschickt wurden und inzwischen die Nachricht von Sedan eintraf, wurde allgemein stark bezweifelt, ob die jungen Truppen noch zeitig genug zum Einzuge nach Paris hinkommen würden. Bismarck hatte schon vor der Einschließung von Paris den Vorschlag gemacht, statt der Cernierung die Armee vor Paris lagern, und sofort mit allen Mitteln Paris selbst angreifen zu lassen. Nachdem der militärische Kriegsrat die Cernierung beschlossen und ausgeführt hatte, drängte er — in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Wunsche der Laien — fortwährend auf baldige Beschießung zunächst der Forts und dann der Stadt selbst. Im königlichen Hauptquartier täuschte man sich offenbar selbst über die Zeit, in welcher die Einschließung ihre Wirkungen äußern würde. Die Zähigkeit der Pariser, ihre körperliche Genügsamkeit in betreff

der Lebensmittel, wohl auch die Wirksamkeit der Befestigungen von Paris wurde unterschätzt. Wenn der König gemeint hatte, daß das Abschneiden der Zufuhr, namentlich der Milch, bald genügende Wirkung herbeiführen würde, so wurde dies zwar bald als irrig widerlegt. Indessen die Täuschung entstand immer wieder von neuem. Anfangs Oktober wurde berechnet: bis zum 25. Oktober könne der Belagerungspark aufgestellt sein und wirksam werden; in vier Tagen könne man in den Besitz von zwei Forts kommen und in weiteren vier Tagen auch durch Beschießung von Paris die Öffnung der Thore erzwingen; der König — welcher damals einem persönlichen Einzuge in Paris abgeneigt war —, werde etwa zwei Tage in Paris und noch einige Tage in St. Cloud bleiben und dann nach Deutschland zurückkehren, während Bismarck nebst dem Generalstabe in Erwartung einer genügenden Konsolidation der französischen Verhältnisse in Frankreich bleiben würde. Bekanntlich wurde dann die Beschießung des Südforts von Paris, welche von Anfang an zum Angriffe auf Paris bestimmt waren, von einer Zeit zur andern aufgeschoben. Der Grund zur Zögerung lag zu keiner Zeit in einer, damals vielfach durch die Zeitungen kolportierten Scheu vor dem Gedanken, der heiligen Stadt Paris ans Leben zu kommen und die Franzosen zu erbittern. Vielmehr gehörte namentlich Bismarck stets schon deshalb zu der Partei der „Schießer", weil er es für wirksam hielt, den Parisern zu zeigen, ihre Stadt sei nicht heiliger, als jede andere. Noch weniger wurde die Zögerung durch irgend eine Besorgnis vor auswärtigen Mächten oder einen von ihnen ausgehenden Druck veranlaßt. Der Grund der Zögerung lag stets nur in den militärischen Rücksichten; wenn einmal mit dem Bombardement und dem Angriffe angefangen würde, so sollte dies nachhaltig geschehen, und

dazu mußte eine sehr große Zahl von Geschützen und Munition herangeschafft sein, deren Transport — namentlich bis zum Falle von Toul, welches die Eisenbahn beherrschte — weit zeitraubender war, als ursprünglich angenommen wurde. Außerdem stellte sich immer mehr die Stärke der französischen Befestigungen heraus, welche wohl auch selbst mit der Belagerung wuchs. Die Partei der „Nichtschießer", welche lange Zeit die Oberhand behielt und an deren Spitze namentlich die Chefs des großen und des kronprinzlichen Generalstabes, Moltke und Blumenthal, standen, hofften alles von der Wirksamkeit der Einschließung. Moltke sollte im November geäußert haben, es sei der dümmste Streich im ganzen Kriege, daß man überhaupt Belagerungsgeschütz nach Paris hätte kommen lassen.

Dagegen gehörten auch der Kriegsminister nebst Bismarck zu den „Schießern" und vor allem die Offiziere und Generale der Artillerie, aus deren Mitte bei der längeren Verzögerung des Bombardements sogar die ärgerliche Äußerung verlautete: man wolle nicht bombardieren lassen, weil man die Artillerie um ihre im Kriege ohnehin schon gewonnenen Triumphe beneidete!

Der König, in Kenntnis von der Ungeduld des heimatlichen Publikums, welches den endlichen Anfang der Beschießung immer sehnlicher erwartete, meinte Mitte Dezember, als im Kriegsrat die Beschießung wiederholt beschlossen war: das Publikum ahne nicht entfernt, welche Schwierigkeiten die Beförderung eines so bedeutenden Belagerungsmaterials, wie es hier nötig sei, auf den Landwegen, noch dazu in weicher Winterzeit mache; er seinerseits treibe genug. Bismarck war über die Verzögerung auch sehr erregt und sprach dies in den kräftigsten Ausdrücken aus: Wenn bei der Cernierung gleich ernstlicher auf Belagerung und Beschießung

Rücksicht genommen wäre, so wäre Paris längst eingenommen (wie die Artilleristen versicherten), ehe die Provinzen infolge der Gambetta'schen neuen Organisation von Tours aus neue Truppen hätten vorführen können. „Der Frieden müsse in Paris erschossen werden."

Von Zeit zu Zeit schienen einzelne Zeichen einen baldigen Erfolg anzudeuten. Gegen Ende Oktober versuchten Zivilpersonen scharenweise aus Paris auszuziehen, wurden aber durch die preußischen Linien nicht durchgelassen, damit sie lieber in Paris ein zur Kapitulation treibendes, gährendes Element bildeten; am 26. Oktober mußten sie geradezu durch Flintenschüsse zurückgetrieben werden. Um dieselbe Zeit hatte Thiers behufs der Friedensvermittelung um einen Paß für sich nach Paris gebeten. Bismarck hatte ihm antworten lassen, er möge nur erst nach Versailles kommen; dort werde sich das Weitere finden. Man gebe sich der Hoffnung hin, durch Verhandlung nunmehr bald zum Ziele zu kommen, zumal am 27. Oktober auch Metz kapituliert hätte.

Thiers kam am 30. Oktober von Tours in Versailles an, wurde hier von den Einwohnern mit dem Zurufe: vive la paix! begrüßt und äußerte, daß er die unbedingte Notwendigkeit einsehe, Frieden zu machen. Er hielt sich aber zunächst nur kurze Zeit in Versailles auf und reiste noch an demselben Tage nach Paris. Von dort kehrte er am 31. Oktober zurück und verhandelte, mit Vollmachten sowohl von der Regierung zu Tours, als von der zu Paris versehen, über den Abschluß eines Waffenstillstandes zur Wahl einer Konstituante. Bekanntlich scheiterten damals die Verhandlungen noch, weil man sich über die beiderseitigen Garantieen nicht einigen konnte. Bismarck wollte die bisherigen militärischen Erfolge vor Paris nicht durch

eine zu gestattende, größere Kommunikationsfreiheit vereiteln lassen; er wollte daher die Cernierung nur öffnen, wenn uns ein beherrschendes Fort eingeräumt würde. Thiers verweigerte dies und verlangte für die Zeit der Wahlen unbedingte Öffnung der Cernierung. Bismarck wendete ein: dann bestehe gar keine Sicherung gegen eine fernere Verproviantierung von Paris. Thiers erwiderte: dazu läge auch gar keine Veranlassung vor; man habe in Paris ohnehin noch reichlich vier Wochen zu leben, und bei der Annäherung des Winters müsse doch auch für die deutschen Heere der baldige Zusammentritt der Konstituante und der in der Folge zu erwartende Friedensschluß erwünscht sein. Diese Wendung, welche augenscheinlich darauf hinzielte, auszuholen, auf wie lange noch die deutschen Heere gefaßt seien, vor Paris liegen zu bleiben, und welche sicherlich nicht beabsichtigte, den Deutschen zu verraten, daß sie mit einem vierwöchentlichen Warten Paris gewinnen würden, begegnete Bismarck durch die Erwiderung: es scheine, als wenn Thiers während seines bloß 1½ tägigen Aufenthaltes in Paris nicht genügend informiert sei; unsere Nachrichten seien zuverlässiger und danach sei man in Paris bis gegen Ende Januar verproviantiert. Thiers machte auf die in der Antwort liegende Insinuation, daß die Deutschen gefaßt und willens seien, nicht nur vier Wochen, sondern auch vier Monate lang die Cernierung fortzusetzen, ein sehr überraschtes Gesicht.

Dennoch nahm man damals im Hauptquartier an, daß die von Thiers angegebene Frist von 4 Wochen den äußersten Termin bezeichne; man rechnete mit Zuverlässigkeit auf ein früheres Ende; das Pfund Butter sollte in Paris 30 Frank (8 Thaler) kosten; in Villa Conblay stand schon der gesamte Belagerungspark, und in Paris hatten J. Favre und Trochu

am 1. November schon die heftigsten Angriffe der Roten nur mit Mühe beseitigen können. — Noch Mitte November hofften der König und der Kronprinz, sie würden zu Weihnachten wieder in Berlin sein.

Siebzehntes Kapitel

Die Bildung des Deutschen Reiches

Inzwischen erfolgten in Versailles die Verhandlungen über den Anschluß der Deutschen Südstaaten an Norddeutschland und die Konstituierung des Deutschen Reichs. Nachdem der Minister von Varnbüler in Stuttgart zurückgetreten war, zeigte sich Württemberg weit entgegenkommender; Delbrück war zu den Verhandlungen mit den Süddeutschen schon einige Tage, nachdem am 6. Oktober das Hauptquartier nach Versailles verlegt war, dorthin gekommen. Es wurde sogar schon für die erste Hälfte des November ein Kongreß deutscher Fürsten in Versailles in Aussicht genommen. Die Bevollmächtigten von Bayern, Württemberg und Baden, zuletzt auch von Hessen-Darmstadt kamen in der letzten Woche des Oktober nach Versailles. Mit Baden erfolgte bald eine Einigung; und Hessen-Darmstadt — obgleich es am längsten gezögert hatte — stellte dann den Antrag, auch mit seiner südlichen Hälfte in den norddeutschen Bund aufgenommen zu werden.

Die meisten Schwierigkeiten machten die Verhandlungen mit Bayern und Württemberg. Bayern verstand sich nur schweren Herzens zu einer Unterordnung der bayrischen Armee unter preußisches Kommando und preußische Militärbestimmungen. — Es machte geltend, der jetzige Krieg zeige,

daß auch nach bisheriger bayrischer Weise die Bayern eine tüchtige militärische Hilfe gewährten; sie hätten sich ja viel und gut geschlagen. Preußischerseits wurde — außer dem unausgesprochenen Gedanken, daß die Bayern ihre volle Kriegstüchtigkeit erst während des Krieges gelernt hätten, daß sie bei Weißenbnrg und Wörth noch sehr zu wünschen übrig gelassen hätten, und daß ihre Disziplin immer noch keine vollendete sei, — ein Hauptnachdruck darauf gelegt, daß die bayrische Heereseinrichtung nicht in gehöriger Nachhaltigkeit für ausreichende Kriegstruppen sorgen könne, und daß die Kriegstüchtigkeit behufs gemeinsamer Operation durch gleichmäßige Vorbildung gefördert würde. Außerdem beanspruchten die bayrischen Minister, Graf Bray und von Lutz, in Form eines Veto für Bayern für mehrere Kardinalpunkte einen thatsächlichen Dualismus, welcher für Preußen und Bayern das Verhältnis wieder hätte herbeiführen können, wie es zur Zeit des seligen deutschen Bundes zwischen Österreich und Preußen bestanden hatte. Anfangs November machte man sich darauf gefaßt, mit Württemberg und Baden allein abschließen zu können, und Bayern einstweilen außerhalb des Reiches zu lassen; so verdrießlich auch diese Illustration des deutschen Partikularismus neben den gemeinsam errungenen Kriegserfolgen gewesen wäre.

Zugleich wurde die Annahme des Kaisertitels für den König ventiliert, wofür der König selbst persönlich gar kein Interesse hatte, worauf dagegen Bismarck (nebst dem Kronprinzen) ein großes Gewicht legte. Bismarck ging davon aus, daß die Superiorität des Hauses Hohenzollern und die Einigung von Deutschland in seiner monarchischen Spitze dadurch zum greifbaren, allgemein verständlichen formellen Ausdrucke komme, und daß dies neben dem Schein äußerer Repräsentation sowohl für die Ansicht der Höfe als der großen

Masse einen idealen Machtfaktor bilde, welcher schon dadurch mittelbar sehr real wirke. Zur deutschen Einigung gehöre wesentlich auch dies Moment; der süddeutsche Bauer verstehe nichts von einem deutschen Reichspräsidium; aber ein deutscher Kaiser gebe ihm einen faßlichen Begriff. Auch soweit der Titel nicht schon Einigung bedeute, werde er im Innern und nach außen einigend wirken. — Auch der Kronprinz legte nicht aus Etiketterücksichten, sondern aus politischen und nationalen Gründen Gewicht auf die Kaiserwürde; er fühlte sich nicht nur als Preuße, sondern auch wesentlich als Deutscher, und begrüßte die Regenerirung des deutschen Reiches, welches seit 1806 ohnehin immer versucht habe, sich wieder zu konstituieren, und sich dadurch als lebendig gezeigt habe, wenn es auch früher nicht zu der Form seiner organischen Lebensäußerung habe kommen können.

Der König selbst betrachtete das Kaisertum freilich als reine Titelfrage und als Schein; er drückte sich darüber in seiner Weise sehr charakteristisch aus, indem er aus seiner militärischen Sphäre vergleichend meinte: er sei ja als Kaiser doch nicht *mehr*; es wäre nur gerade so, als wenn der Kommandeur eines Infanteriebataillons nicht mehr Major, sondern Oberstleutnant heiße, er sei „als Kaiser Oberstleutnant geworden." Er war vor allem Preuße und glaubte nur durch Preußen für Deutschland wirken zu können. Seine gesamte Bildung und Erziehung war eine preußische und militärische; die deutsche Frage wurde erst wieder lebhaft, als seine Bildung schon im wesentlichen abgeschlossen war. Der König besorgte sogar, daß das Kaisertum den Wunsch wieder erwecken würde, die „alten Traditionen einer, alle anderen Herrscher überragenden kaiserlichen Machtfülle" wieder ins Leben zu rufen. „Dann müßten wir ja mit aller Welt wieder Krieg führen!"

Die Verhandlungen mit den Süddeutschen wurden durch die Kaiserfrage nicht eben vereinfacht. Sie erweckten zwar keine eigentliche direkte Opposition, aber die Bewilligung des Kaisertitels wurde als ein großes Opfer angesehen und in Rechnung gestellt. Die bayrischen Bevollmächtigten hatten selbst den Kaisertitel zuerst angeregt und angeboten, ihn indes als Äquivalent anderer Zugeständnisse, welche sie für Bayern verlangten, behandelt. Es wurde seitens der anderen deutschen Höfe, namentlich der Königshöfe, immer viel Gewicht darauf gelegt, daß die äußere Manifestation ihrer Souveränität möglichst unverkümmert bliebe. Es erleichterte daher bei der Stiftung des norddeutschen Bundes 1866, sowie bei der Neugestaltung des Reiches 1870 die Verhandlungen bedeutend, daß Bismarck hierin, namentlich in der Gestattung des Rechts zu Gesandtschaften, gern nachgab und sich über die theoretische Inkonsequenz hinwegsetzte, in der richtigen Voraussetzung, daß ohne entsprechende Macht doch keine praktischen Folgen daraus entstehen könnten, und daß die anderen deutschen Staaten den Luxus unbeschäftigter eigener Gesandtschaften bald zu kostspielig finden würden, um ihn nicht nach und nach von selbst fallen zu lassen. Als Hauptgegnerin des Kaisertitels wurde die Königin Olga von Württemberg angesehen und wurden außer von Württemberg auch aus dem Königreiche Sachsen anfangs Bedenken gegen den Kaisertitel erhoben. —

Als in den ersten acht Tagen des November die Verhandlungen mit den bayrischen Ministern in Versailles nicht zu einem Resultat geführt hatten, blieben sie einstweilen ruhen, und mit Zustimmung der bayrischen Minister sollte nun zunächst mit Baden und Württemberg abgeschlossen werden; inzwischen wurde Prinz Otto von Versailles nach München geschickt, um zu rekognoszieren, wie weit Bayern

den gestellten Forderungen entgegenkommen wolle; die Bevollmächtigten waren völlig unsicher, was ihr König wolle und wieweit sie der Stimmung des bayrischen Landtags gewiß wären. Bismarck seinerseits hatte, um sich der Zustimmung des norddeutschen Reichstags zu vergewissern, schon im Oktober Führer der Hauptfraktionen (Blanckenburg-Zimmerhausen für die Konservativen, Dr. Friedenthal für die Freikonservativen und von Bennigsen für die Nationalliberalen) nach Versailles citiert und mit ihnen die Grundlagen zur Einigung mit Süddeutschland besprochen.

Am 12. November sollte die Schlußverhandlung mit den württembergischen Ministern, dem Kriegsminister von Suckow und dem Justizminister von Mitnacht in Versailles vollzogen werden. Am 11. November bekamen diese jedoch aus Stuttgart ein Privattelegramm, sie möchten sich mit ihren Erklärungen vorsehen; der bayrische Gesandte in Stuttgart (Freiherr von Gasser) habe dort so effektvoll gegen die nationale Strömung gewühlt, daß in dieser Beziehung die Luft bei Hofe trübe würde. Wie sich später herausstellte, hatte der damalige bayrische Gesandte in Stuttgart, von Gasser, diese diplomatische Übung auf eigene Hand und ohne Instruktion seiner Regierung vorgenommen und sollte dieselbe durch russische Einflüsse auf und durch die Königin Olga unterstützt worden sein. — Der Gesandte von Gasser hatte auch schon im Juli 1870 sich bemüßigt gefunden, in Stuttgart zu versichern, daß Bayern im Kriege zwischen Frankreich und Preußen neutral bleiben werde, was ein augenblickliches Schwanken in Stuttgart und einen, auf die präsumierte Nichtteilnahme der Süddeutschen am Kriege gegründeten, sanguinischen Bericht des französischen Gesandten in Stuttgart, de St. Vallier, an seinen Chef, den Herzog von Gramont, zur Folge hatte. (Gasser war im August 1872 nach

dem Falle des Miniſteriums Lutz Miniſterkandidat des Königs Ludwig II. und der bayriſchen Ultramontanen). — Am 12. November erhielten dann die württembergiſchen Miniſter telegraphiſch von Stuttgart die offizielle Weiſung, nichts ohne anderweitige Genehmigung ihres Königs abzuſchließen. Von Suckow und von Mittnacht präſentierten daher dies Telegramm, ſtatt zu unterzeichnen und reiſten ſofort nach Stuttgart, um dort mündlich über die Verhandlungen in Verſailles zu berichten. Bis dahin hatten ſie allerdings während der Verhandlungen niemals berichtet, weil ſie der Genehmigung ihres Königs nach den ihnen früher gegebenen Inſtruktionen ſicher zu ſein glaubten. Sie reiſten ab mit der Gewißheit, daß der norddeutſche Reichstag noch im November zuſammentreten würde, und daß die preußiſche Regierung, auch wenn bis dahin keine Einigung erzielt würde, ſich verpflichtet halte, die Sachlage ſofort zu veröffentlichen.

Inzwiſchen erfolgte der Abſchluß mit Baden und Heſſen am 15. November ohne Württemberg und ſodann zur großen Freude Bismarcks mit Bayern am 23. November. Bekanntlich erlitt der bayriſche Vertrag, ſobald er bekannt wurde, vielfache Anfechtungen im Intereſſe einer ſtrafferen Einigung und einer Zurückdrängung der partikulariſtiſch-bayriſchen Machtſtellung. Man war in betreff des Maßes der deutſchen Einigung enttäuſcht und fand, daß einmal Bayerns Stellung im Bunde Preußen gegenüber zu mächtig und das Stimmenverhältnis im Bundesrate für Preußen zu ungünſtig ſei, und daß andererſeits die Reſervatrechte die Entwickelungsfähigkeit bedeutend einſchränkten, weil zu jeder Ausdehnung des Bundes eine neue Einigung mit Bayern notwendig werde; mindeſtens müſſe für den ganzen Bund die Militärgewalt, die Diplomatie und die Geſetzgebung,

soweit sie schon zur Kompetenz des norddeutschen Bundes gehöre, einheitlich sein. Bismarck äußerte darüber: in diesen Beziehungen sei allerdings ein größeres Maß der Einigung wünschenswert und sei auch gegen Bayern zu Gunsten der Verstärkung der Zentralleitung mehr verlangt worden. Die früheren Verhandlungen mit den Bayern, welche von Delbrück geführt wurden, wären aber gerade deshalb resultatlos geblieben, weil Delbrück auf mehr bestanden habe, als Bayern glaubte bewilligen zu können. Delbrück reiste denn auch von Versailles in der ausgesprochenen Überzeugung ab, daß eine Einigung mit den Bayern nicht erzielt werden würde; Bismarck nahm nun selbst die Verhandlungen mit den Bayern wieder auf und einigte sich schon in den nächsten Tagen. Er erkannte an, daß er nachgiebiger gewesen sei und meinte: „man muß die Dinge nehmen, wie sie sind; vor allen Dingen müssen die Bayern erst hinein ins Haus, alles Andere findet sich dann; die Gemeinsamkeit des Bundes, der Thatsachen und der Interessen wirkt dann von selbst. Der Preis ist hoch, aber Bayern ist nun mal nicht billiger zu haben, und mit der bloßen Isolierung kommen wir nicht weiter. Die Bayern werden sehen, daß wir nicht so schlimm sind, wie sie meinen; und die gemeinschaftlichen Interessen verschaffen sich dann ohne Zwang Geltung und Gestaltung." Der schnelle Abschluß mit Bayern wirkte auch auf die Beschleunigung des Abschlusses mit Württemberg, welches auf diese Weise (am 25. November) zuletzt zum deutschen Reiche kam.

Nachdem der norddeutsche Reichstag dem Einigungswerke zugestimmt hatte, begab sich die Deputation des Reichstags, ihren Präsidenten Simson an der Spitze, nach Versailles. Vor der am 18. Dezember erfolgten feierlichen Proklamierung des neuen deutschen Reichs hatte der König mit Festigkeit

erklärt, daß er die Deputation nicht eher empfangen würde, ehe er nicht vom Könige von Bayern die (erwartete) Nachricht würde erhalten haben, daß alle deutschen Fürsten beistimmten. Die Nachricht blieb peinlicherweise aus, bis sie endlich am Abend des 17. Dezembers ankam. Die Feier des 18. Dezembers, deren offizielle Beschreibung sich so solenn und steif liest, als irgend ein zeremonieller Staatsakt, war sehr bewegt:

Der König-Kaiser las auf die Anrede von Simson eine formulierte Antwort, aber schon bei dem Anfang der Antwort, welche einen Dank gegen Gott für die Erfolge enthielt und die Opfer erwähnte, hemmte die Bewegung dem Könige die Stimme; er überwand sich und las zu Ende. Dann trat er näher zur Deputation und improvisierte eine fernere Anrede, aber vor ungemeiner Rührung mit kleinen Pausen, welche seine Erregung nötig machte. Die Bewegung teilte sich der ganzen Versammlung mit und der Akt wurde dadurch sehr ernst und feierlich. Die Geburt des neuen Reichs wurde nicht mit Jubel und Enthusiasmus gefeiert, sondern in elegischer Erinnerung der Opfer, welche sie gekostet hatte. Der König sprach dann mit jedem einzelnen von der Reichstagsdeputation. Nach Entlassung der Deputation sprach der König den ihn umgebenden Fürstlichkeiten seine Anerkennung aus und drückte lange Bismarck's Hand.

Auch die Feier der Proklamation des Reichs, welche einen Monat später, am 18. Januar 1871, in dem großen Festsaale Ludwigs XIV. im Schlosse zu Versailles stattfand, ergriff ungeachtet des glänzenden militärischen Charakters der Feierlichkeit mit schlichtem Ernst das Gemüt der Anwesenden. Der Kirchengesang, mit welchem improvisierte Sänger aus den Soldaten die Feier eröffneten, machte einen vortrefflichen, erhebenden Eindruck. An der einen Langseite des Saales

standen die Deputationen der Unteroffiziere und Gemeinen, unterbrochen durch eine Kanzel in der Mitte, an der andern gegenüber die Offizierkorps der Nachbarschaft, in ihrer Mitte der König, der Kanzel gegenüber. Nach der Predigt, welche dem Gesange folgte, ging der König auf die Estrade zu, welche auf einer Schmalseite des Saales errichtet und durch die Fahnen der in der Nachbarschaft liegenden Regimenter dekoriert war.

Auf der Estrade stellten sich die regierenden Fürsten und deren Repräsentanten, wie Prinz Luitpold von Bayern und der Prinz von Württemberg, in einem Halbrunde hinter dem Könige auf. Nach einer Anrede des Königs an die Fürsten verlas Bismarck die Proklamation an das Volk, und der Großherzog von Baden, als ältester regierender Fürst, brachte dem deutschen Kaiser ein Hoch aus, welches von der Umgebung stets erneuert, nicht enden wollte. Der König umarmte den Kronprinzen, dann den Prinzen Karl; der Kronprinz ließ sich darauf huldigend auf ein Knie vor dem Könige nieder und küßte ihm die Hand. Der König reichte den umgebenden Fürsten die Hand und empfing die Huldigung der Hofchargen. Er ging sodann die Gallerie entlang, redete viele von den Soldaten an und klopfte den Kreuzrittern unter ihnen freundlich auf die Schultern. Die seligste Befriedigung über die gutmütige Freundlichkeit des Königs spiegelte sich auf allen Gesichtern. Dabei lehnte der König jede persönliche Gratulation ab, und erklärte sich persönlich nicht beteiligt. Andererseits drückte es die Stimmung eines großen Teils der preußischen Armee — welcher Preußen genügte und über das deutsche Vaterland ging — charakteristisch aus, daß am anderen Vormittage die Musik eines von den Vorposten zurückkehrenden Regiments, vor den Fenstern des Königs vorbeimarschierend, die Melodie des

Preußenliedes anstimmte: „Ich bin ein Preuße!“ — Freilich spielte die Musik des Bataillons, welches die Fahne zum Schlosse eskortierte, auch: „Was ist des Deutschen Vaterland?“

Achtzehntes Kapitel

Das Ende des Krieges

Inzwischen war Ende Dezember 1870 zur Erquickung für die Armee und für das ungeduldige große Publikum die Beschießung von Paris und seiner Forts auf der Südseite begonnen worden; am 19. Januar war der letzte Ausfall bei Garches mit großen Verlusten für die Franzosen abgeschlagen, und wenige Tage darauf fand sich J. Favre im Hauptquartiere ein, um über die Übergabe von Paris und über den Frieden zu unterhandeln. Bismarck, — wie auch wir zu Hause alle — wurde über diesen Anfang vom Ende sehr vergnügt. Als er in der Nacht vom 23. zum 24. Januar den König verließ, steckte er in die Stube des Parterre wohnenden Flügeladjutanten Graf Lehndorff, die Thür öffnend, den Kopf, pfiff Halali zum Zeichen des nahenden Endes und ging dann wieder fort.

Immerhin waren die zu überwindenden Schwierigkeiten noch bedeutend. J. Favre wünschte gleich einen definitiven Frieden abzuschließen, auf Grund des Friedens die Cernierung von Paris aufgehoben zu sehen und die deutschen Truppen nicht als siegreiche Überwinder einen militärischen Einzug in Paris halten zu lassen. Deutscherseits wurde gerade auf den Einzug in Paris bedeutendes Gewicht gelegt, teils aus dem politischen Grunde, weil dadurch erst

dem Größenwahnsinn der Franzosen die unbestreitbare Thatsache ihrer völligen Unterwerfung entgegengehalten würde, teils weil man den braven deutschen Truppen nach so vielen Opfern diese Attestierung des unleugbaren Sieges als ihren wohlverdienten Lohn schuldig zu sein glaubte, welcher jedem einzelnen Teilnehmenden ein Gefühl der Befriedigung gewährte und ideell versöhnend für die ganze Armee wirkte.

Zu den Schwierigkeiten der Verhandlungen, welche die Differenz der gewollten und der angebotenen Bedingungen veranlaßte, gesellte sich noch eine weit mehr verdrießliche über die formale Behandlung der Angelegenheit. Wenngleich im deutschen Lager über das Maß der Friedensbedingungen an den maßgebenden Stellen eine allseitige Übereinstimmung bestand, so war eine solche doch keineswegs über die Wege und Mittel vorhanden, wie man dazu kommen sollte. Schon bald nach dem Tage von Sedan waren zwischen Bismarck und dem großen Generalstabe Differenzen entstanden. Sie betrafen einmal die Art der Kriegführung hinsichtlich der allgemeinen Grundsätze und dann die persönliche Teilnahme Bismarck's an den entscheidenden militärischen Entschließungen. Mit der Kriegführungsweise seit Sedan war Bismarck durchaus nicht einverstanden. Er tadelte — wie schon oben hervorgehoben wurde — daß man Paris überhaupt cerniert und dadurch die eigenen Kräfte in dünne Linie zersplittert habe, statt wie bisher, in großen Schlägen wirksam zu treffen, dann, daß man, nachdem die Cernierung beschlossen, so lange mit der Beschießung und mit dem aktiven Angriff wartete; ferner, daß man vom französischen Lande so große Strecken okkupiere, daß wir in keinem Landesteile vollständig Herren des Landes und der Verbindungsstraßen blieben. Die militärischen Gründe, welche für die Notwendigkeit der

eingeschlagenen Maßregeln geltend gemacht wurden, sind bekannt, und da im Hauptquartier diese Operationen für lediglich militärische und aus militärischen Gesichtspunkten zu beurteilende angesehen wurden, so kamen dabei Bismarck's Ansichten nicht zur Geltung. Nur in betreff der Beschießung von Paris war es wesentlich dem wiederholten Drängen Bismarck's zu danken, daß wenigstens endlich nach langem Warten die Artillerie ihr Feuer eröffnete, während z. B. General von Blumenthal, der Chef des Generalstabes der kronprinzlichen Armee, sich viel lieber ohne alle aktiven Angriffe mit der passiven Cernierung von Paris bis zur endlichen Aushungerung begnügt hätte. Bismarck empfand es sehr mißmutig, daß er zu den Beratungen des Kriegsrats nicht zugezogen wurde und auf die militärischen Entschließungen nur dadurch Einwirkung hatte, daß ihm ebenfalls das Ohr des Königs offen stand. Er hatte deshalb nach Sedan das Verlangen gestellt, daß er wenigstens zu allen im Großen entscheidenden Entschließungen zugezogen würde; wie er auch im österreichischen Kriege zwar nicht am eigentlichen Kriegsrate Teil genommen hatte, aber zu allen wichtigen Beschlüssen über Grundsätze der Kriegführung zugezogen sei. Dies hatte er nicht erreichen können, soweit den Kriegsratsbeschließungen ein lediglich militärischer Charakter beigemessen wurde, und war sehr aufgebracht darüber. In dem jetzigen Stadium der Verhandlungen trat nun zu den früheren Differenzen der Umstand, daß Charakter und Tragweite der Unterhandlungen dem Grenzgebiete der militärischen und diplomatischen Rücksichten angehörten und nach beiden Seiten hin entscheidende Wirkungen äußerten. Bismarck's Stimme wirkte nun zwar neben den militärischen Ratgebern; aber die Auffassungen waren nun auch ebenso verschieden wie ihre Ausgangspunkte. Moltke betonte, daß die militärischen

Rücksichten auf die Armee, auf deren Sicherung, auf die völlige Beherrschung von Paris, und auf die Sicherung der künftigen Kriegführung, wenn diese wieder nötig würde, in erster Linie stehen müßten, und daß deshalb eine militärische Kapitulation von Paris zunächst vorangehen müsse, und daß dann die Verhandlungen über den Friedensschluß beginnen könnten, zumal man doch nicht sofort den Frieden erreichen könne, weil die Legitimation des französischen Gouvernements in Bordeaux sowie der Regierungsspitzen in Paris für den Frieden eine zweifelhafte sei, während die Kapitulation von Paris eine greifbare Thatsache sei, durch die thatsächlichen Gewalthaber von Paris herbeigeführt werden könne und zugleich ein wesentliches Pfand für den demnächstigen Frieden bilde. Bismarck dagegen ging davon aus, daß mit Paris zugleich der Friede erreicht werden müsse; dies Resultat hänge auch in der Idee der Franzosen zu nahe zusammen und sei schon deshalb durch dieselben Verhandlungen ebenso leicht zu erreichen, als eine Kapitulation, welche nur Paris allein betreffe; die Anträge von Favre, welcher den Frieden abschließen und Paris nur auf Grund des Friedens öffnen wollte, zeigten diese innige Wechselverbindung der Zwecke; und es sei kein Grund, den Weg, welchen Favre vorschlage, nicht zu betreten. Derselbe Weg müßte eingeschlagen werden, um eine konstituierende französische Nationalversammlung zum Abschlusse des Friedens zu berufen, wozu eine angemessene Zeit gelassen werden müßte. Dem Könige, welcher diese Differenz entscheiden sollte, war dieselbe höchst fatal. Schließlich drang Bismarck soweit durch, daß durch die Konvention vom 28. Januar bekanntlich nicht eine einfache militärische Kapitulation erfolgte, sondern ein diplomatisch-militärischer Waffenstillstand auf vier Wochen behufs der Wahl der französischen National-

versammlung und der Verhandlungen über den Friedensschluß abgeschlossen und der deutschen Armee zwar nicht Paris, aber beherrschende Forts eingeräumt wurden.

Die demnächstigen Friedensverhandlungen in Versailles erforderten noch zum Schlusse die Anspannung aller Geduld Bismarck's. Thiers besaß, trotz seines Alters und seiner Körperschwäche (als Bismarck am 21. Februar zum Könige gefahren war, um eine Audienz für Thiers beim Könige zu erbitten, und in der Zwischenzeit Thiers in seinem Zimmer gelassen hatte, fand er bei seiner Rückkehr den alten Herrn eingeschlafen) eine große Dosis von Zähigkeit, wie er sie ja auch in seiner späteren Regierung gegenüber der Nationalversammlung rücksichtlich der Verhandlungen über die Schutzzölle, die Steuern und das Armeeorganisationsgesetz bewiesen hat. Bismarck glaubte, die von Thiers erbetene Audienz aus Courtoisie für den zeitigen Chef der französischen Republik nicht abschlagen zu können, obgleich die Friedensverhandlungen noch fern von einer Einigung waren. Damit die Verhandlung des Königs mit Thiers nicht als politische angesehen werden könne, erfolgte die Audienz am 22. Februar nur in der Form eines Privatgesprächs unter vier Augen und selbst ohne Zuziehung von Bismarck. Thiers hatte damals die Abtretung des Elsaß und eine Kriegsentschädigung von 4 Milliarden bewilligt, aber gegen die Abtretung von Lothringen mit Metz, gegen eine höhere Kriegsentschädigung und gegen einen Einzug oder einen Durchmarsch durch Paris sich gesträubt und an die magnanimité des Königs appelliert.

Während der Verhandlungen über die Übergabe von Paris, so wie auch schon früher wurde die Frage ventiliert, ob für die persönliche Sicherheit des Königs nicht besondere Vorsichtsmaßregeln beim Einzuge in Paris getroffen werden

müßten. Der König hat dies stets aufs lebhafteste zurückgewiesen, und sind auch während des ganzen Krieges niemals besondere Vorkehrungen zu seinem Schutze getroffen worden, so oft auch fanatische Kundgebungen und Barbareien seitens der Franzosen Anlaß zu geben schienen. Der König sprach sich persönlich darüber aus: er wisse nicht recht, was sich die Leute für eine besondere Gefahr dächten; wenn ein Fanatiker ihn töten wolle, so gäbe es gegen ein solches Unternehmen keine Sicherung; das könne allenthalben geschehen; er stehe in Gottes Hand und müsse erwarten, was Gott über ihn verhängen wolle; wenn aber von einem Einzuge in Paris die Rede sei, so müsse, damit er stattfinden könne, doch der Frieden oder die Einnahme der Stadt im Wege der Eroberung vorangegangen sein; in beiden Fällen sei ein größeres feindliches Unternehmen nicht zu fürchten.

Hieran muß ich eine Mitteilung Bismarck's hinsichtlich derselben Frage, soweit sie ihn betraf, anschließen:

Als ich Bismarck im Herbste 1871 nach dem französischen Kriege zuerst wieder in Berlin begrüßte, war die Fürstin Bismarck schon seit Monaten krank; sie erschien im Winter 1871/72 auch weder in den Abgeordneten-Soireen, noch bei den Diners, welche Bismarck gab, selbst wenn nur wenige Gäste eingeladen waren. Auf meine teilnehmende Frage nach ihrem Befinden sagte Bismarck: sie sei durch die gesamte vorangegangene Zeit nervös im höchsten Grade angegriffen; zuerst durch die Krankheit des ältesten Sohnes Herbert (welcher als Student in Bonn eine gefährliche Kopfverletzung in einem Duell erhalten hatte und von der Fürstin gepflegt wurde), dann durch den französischen Krieg und durch die beständige Sorge um den Fürsten und die beiden Söhne. (In der Schlacht von Mars la Tour vom 16. August 1870 hatten beide Söhne als Leutnants im

1. Garde-Dragoner-Regimente an dessen verlustvoller Attacke teilgenommen; der ältere, Herbert, war schwer verwundet worden und wurde wieder längere Zeit von der Mutter gepflegt, der jüngere, Wilhelm, war nur mit dem Pferde gestürzt und mußte deshalb nur einige Zeit lahmen). Außer diesen natürlichen Gründen zur beständigen Aufregung sei diese noch durch besonderes diabolisches Raffinement gesteigert. Von Zeit zu Zeit habe sie deutsche und französische Briefe gefunden, welche ihn selbst, den Fürsten, mit dem Tode bedrohten; seltsame Verkennung der Verhältnisse, anzunehmen, daß dadurch irgend etwas geändert werden könnte. Noch dazu habe sie solche Briefe meistens abends beim Zubettegehen auf ihrem Bette liegend gefunden; zu einer Zeit, wo jeder sich freue, die Last des Tages überwunden zu haben, sei sie in boshaftester Weise erregt worden, ohne daß jemals hätte aufgeklärt werden können, wie die Briefe ihren Eingang gefunden haben könnten.

Die Friedenspräliminarien vom 26. Februar 1871, ihre Annahme durch die Nationalversammlung in Bordeaux am 1. März und die Ratifikation des Friedens am 2. März, sowie die kurze teilweise Besetzung von Paris sind bekannt. Der König, welcher anfangs beabsichtigt hatte, am 18. März in Berlin wieder einzuziehen und mit Befriedigung den 18. März 1871 mit dem 18. März 1848 vergleichen mochte, kehrte am 17. März nach Berlin zurück, wo Bismarck schon vor ihm eingetroffen war.

Neunzehntes Kapitel

Zusammenfassende Betrachtungen: Bismarck's politisches Programm und seine Bestrebungen

So leicht auch die Offenherzigkeit Bismarck's die Einsicht in seine Pläne und Handlungen macht, so schwer ist es, sein politisches Programm zu entwickeln. Er war eben nichts weniger, als ein Doktrinär, und folgte weder einem von andern aufgestellten politischen Schulsystem, noch stellte er selbst ein eigenes System der Politik auf. Seine Politik richtete sich überall nach den konkreten Verhältnissen und Thatsachen, und das Wesentliche war ihm immer nur, von seinen Endzielen möglichst viel zu erreichen. Seine Endziele selbst sind offenbar nicht dieselben geblieben. Ich halte es für einen unglücklichen Versuch, nachweisen zu wollen, daß der Bismarck von 1859 bis 1872 auch nur im wesentlichen politisch derselbe geblieben wäre, der er etwa von 1847 bis 1852 war. Eine solche Grundidee, wie sie anscheinend Hesekiel vorschwebt, ist offenbar unrichtig. Man kann kaum mehr Übereinstimmung in seiner politischen Thätigkeit dieser verschiedenen Zeiten finden, als daß er Monarchist war und daß er sein Vaterland mächtig, gut regiert und glücklich wissen wollte, — was am Ende die Aufgabe jeder Politik ist. Indes schon die Grenzen seines Vaterlandes hatte er in seiner späteren Periode sich ganz anders abgesteckt, als in der früheren, er war früher vor allem und fast nur Preuße, und lehnte eine Politik, die sich über Preußen und die bisherige bundestägliche Regierungsweise hinaus erstreckte, ab; in der späteren Zeit fühlte er sich entschieden als Deutscher und sein politisches Ziel wurde, Deutschland auf der

Grundlage preußischer Macht und preußischen Wesens zu heben. Seine Zwecke und Aufgaben wuchsen ihm mit den Mitteln, welche ihm zu Gebote standen und welche er selbst großenteils hatte schaffen helfen. Man wird nur sagen können, daß der Bismarck der späteren Periode folgerichtig sich aus dem früheren Bismarck entwickelt hat, weil er eine tüchtige Dosis gesunden Menschenverstand hatte und seiner Genialität die Selbstbeschränkung auferlegte, nicht unmögliche Ideale zu wollen und die vorhandenen realen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Der Bismarck von 1847 bis 1852 ist nicht der historische; seine damalige Wirksamkeit war eine vorübergehende und ist durch seine eigene spätere Thätigkeit aufgehoben und widerlegt; sie gehört der Geschichte kaum in einem anderen Sinne an, als daß sie eine gewesene ist; geschichtliche Folgen von Bedeutung hat sie nicht hinterlassen. Der historische Bismarck ist er nur in seiner späteren Wirkungsperiode, und nur diese ist für seine politische Bedeutung zu Grunde zu legen.

Daß diese Änderung in den politischen Ansichten vernünftigerweise nicht als Vorwurf geltend gemacht werden kann, darüber sollte billig niemand ein Wort zu verlieren nötig haben, der die menschliche und staatliche Entwickelung als geschichtliche und als konkrete aufzufassen gelernt hat. Konsequenzmacherei kann wohl Automaten schaffen und für mathemathische Aufgaben als allein seligmachendes Prinzip angebetet werden; nicht aber für das menschliche Leben als alleiniger Faktor zu berechnen sein. Den Charakter eines Menschen bestimmt nicht das Moment, daß er zu allen Zeiten dasselbe mit denselben Mitteln gewollt habe, sondern das Bewußtsein, daß er nicht fremde, sondern nur eigene Ziele, ureigene oder bewußt angeeignete, verfolgt, unbe-

zwungen durch ablenkende andere Rücksichten, soweit er sie nicht selbst als berechtigte anerkennt.

Ganz charakteristisch erklärte sich Bismarck selbst über den Vorwurf politischer Meinungsänderung am 13. März 1867*), als der Abgeordnete Duncker auf frühere Bestrebungen Bismarck's im Erfurter Parlamente hingedeutet hatte: Er habe in Erfurt die politischen Anschauungen gehabt, die er aus dem Vaterhause mitbrachte, geschärft durch die Angriffe von 1848 „auf Zustände, die mir wert waren." Seit 1851 in die praktischen Geschäfte eingetreten, habe er sich überzeugt, daß aus dem Zuschauerraum die politische Welt anders aussieht, als wenn man hinter die Coulissen tritt**); daß manche Größe, mit welcher seine frühere Politik rechnete, nicht existierte, nicht das Österreich, welches das traditionell überkommene Programm der heiligen Allianz ihm vormalte. Er schätze sich „glücklich, nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen nichts lernen." — Gerade diese Bildungsfähigkeit und die Akkomodationsfähigkeit hinsichtlich der konkreten Verhältnisse ist in Verbindung mit der Energie seines Wollens ein so glücklicher charakteristischer Zug, daß das Bild, welches Hesekiel von Bismarck giebt, durch die Verschweigung und anscheinend bewußte Verdeckung dieses Moments ein ganz schiefes wird.

Insbesondere in der auswärtigen Politik, welche Bismarck als Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Bundes- und Reichskanzler zu seinem speziellen Ressort machte, zeigte sich die bewundernswerteste Berechnung mit den jedesmaligen konkreten Verhältnissen. Sein Programm für

*) Reden I 267.

**) cf. Hesekiel, Bismarck, S. 276/277.

die auswärtige Politik war: Preußen und durch Preußen dann Deutschland allen auswärtigen Mächten gegenüber zur Selbständigkeit zu erheben, und ohne Neigung zu undeutscher Eroberungspolitik Deutschlands Interessen im Verkehr mit den auswärtigen Staaten friedlich zu fördern. Sein Programm hinsichtlich des Verhältnisses von Preußen zu Deutschland wollen wir dabei für jetzt noch außer Beachtung lassen und einer besonderen Besprechung vorbehalten; für seine Stellung zu den auswärtigen Mächten hat Bismarck niemals zwischen Preußen und Deutschland unterschieden*). Selbst schon am 2. April 1848 im zweiten vereinigten Landtage erklärte er, trotz seiner ausgesprochenen Vorkämpferschaft für preußische Interessen und gegen die damalige deutsche Bewegung, dennoch das Ziel, ein einiges deutsches Vaterland in einem gesetzmäßig geordneten Zustande herzustellen, für ein dankenswertes, und erachtete nur den eingeschlagenen Weg für einen irrtümlichen.

Bismarck hatte bei dem Verhältnis zu den auswärtigen Staaten weder absolute Sympathieen für eine bestimmte Allianz, noch absolute Antipathieen gegen eine solche; er stand objektiv und vorurteilsfrei allen Mächten gegenüber und berechnete sie nach ihrem jederzeitigen Werte für Preußen und Deutschland. Gerade diese Position war für die nationale Stellung des neuen deutschen Reichs auf eigener Basis wesentlich.

Das Märchen, welches mit seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten 1862 auftauchte und lange Zeit geglaubt wurde, daß Bismarck mit Napoleon III. geheime Verabredungen über die Zukunft Europas getroffen habe,

*) Hesekiel, S. 146/7.

ist inzwischen längst widerlegt worden durch die Enthüllungen, welche Bismarck im Juli 1870 und später über die französischen Pläne machte. Es ist schon jetzt historisches Resultat, daß zwar die Regierung Napoleons III. wiederholt versucht hat, mit Hilfe von Bismarck die Karte von Europa umzugestalten, daß aber Bismarck diesen Plänen niemals Vorschub geleistet und nur, sich möglichst lange passiv zuhörend, ohne positive Gegenerklärung verhalten hat, um nicht eine kriegerische Gegnerschaft ohne Not zu provozieren, zumal nicht ausgeschlossen gewesen sei, ob nicht die Zukunft durch Beseitigung der napoleonischen Herrschaft oder in anderer Weise die Pläne selbst beseitigte.

Die Diskretion, welche Bismarck über diese französischen Pläne bis nach Eröffnung des Krieges von 1870 bewahrte, gehört dieser selben Politik an. Daß Bismarck an sich nicht Freund des Krieges quand même war, auch nicht eines Krieges gegen Frankreich, zeigten unzählige Äußerungen von ihm, namentlich auch aus der Zeit nach der siegreichen Bekämpfung Österreichs vor dem französischen Kriege. Wiederholt meinte er, namentlich als die Kriegsdrohung durch die Luxemburger Differenzen 1867 mehr an die Öffentlichkeit trat:

„Der Krieg ist eine so ernste Sache, daß ihn niemand wünschen kann; auch die französischen Zeitungsberichte erweisen nicht eben eine Kriegslust des französischen Volkes, sondern nur mehr ihrer Journalisten."

Gerade im Gegensatze zu jenem Märchen geheimer Abreden von Biarritz war Bismarck eher ablehnend gegen Frankreich, als allianzsuchend. Bei dem enthüllten Bestreben Napoleons auf Kosten seiner Nachbarstaaten, namentlich auch Deutschlands, zu wachsen, lag die Besorgnis nahe,

daß ein Krieg zwiſchen Frankreich und Preußen über kurz oder lang unabwendbar ſein würde. Vielleicht deshalb, aber anſcheinend auch ohne Rückſicht auf politiſchſachliche Gründe, war ihm die franzöſiſche Diplomatie geradezu unſympathiſch. Schon im Sommer 1867 beſchuldigte er ſie bei einem Tiſchgeſpräch geradezu eines unerlaubten Mangels an den nötigen Formen; ſie wäre roh! Überhaupt ſei in den Franzoſen ſeit 80 Jahren ſelbſt im äußeren Benehmen keine Civiliſation. Gar nicht ſelten ſei es, ſie bei Tiſch mit affektiertem Geräuſch gurgeln zu hören und ſie einen Zahnſtocher aus ihrem Etui nehmen und damit operieren zu ſehen, ſogar während eines Geſprächs mit der Frau vom Hauſe. Wenn er auf Reiſen Franzoſen getroffen hätte, ſo hätte er ſeine Frau niemals mit den Franzoſen allein gelaſſen. Als dies einmal nötig geworden ſei, und er einen engliſchen Matroſen in der Geſellſchaft getroffen hatte, habe er zu ſeiner Frau, auf den Matroſen hinweiſend, geſagt: „Halte Dich nötigenfalls an den! das iſt der einzige Gentleman in der Geſellſchaft, wenngleich er Theer an der Jacke hat!“ — Allerdings dinierte ein engliſcher Geſandtſchaftsattaché mit bei Bismarck in Varzin, als er dieſe Äußerungen that! aber ſchon die Thatſache, daß er öfter Engländer, weniger Franzoſen in ſeinen Kreis zog, zeigte, wohin ſeine geſelligen Sympathieen neigten.

Daß Bismarck keine Neigung hatte, mit Napoleon geheime Abreden zu nehmen, ſondern daß er Beſprechungen mit ihm lieber vermied, zeigte eine andere Äußerung Bismarck's aus dem Sommer 1867 zu ſeinem Arzte (Dr. Cruſius zu Schlawe): er möchte ſehr gern nach Biarritz ins Bad; aber er reiſte nicht hin, weil er dann über Paris reiſen müſſe.

Ebenso mythisch wie Bismarck's Verhältnis zu Napoleon in der öffentlichen Meinung geworden war, wurde auch dasjenige zu Rußland. Es hat kaum einen Moment während der politischen Laufbahn Bismarck's gegeben, in welchem er nicht im Rufe stand, geheime Abreden mit Rußland zur Durchführung besonderer Zwecke getroffen zu haben; oft genug sollte das geheime Bündnis zugleich mit Rußland und Frankreich geschlossen sein. Ich kann natürlich nicht Aufklärung über die etwaigen geheimen Konventionen von Preußen und Rußland geben, und eine spätere Zeit wird sie aus den diplomatischen Archiven herausfinden. Jedenfalls thut aber die Sage Bismarck unrecht, wenn sie ihn als speziellen Russenfreund behandelt. Er hat im Gegenteil ohne Rückhalt stets erklärt, daß er keinem Deutschen raten möchte, seinen Aufenthalt in Rußland zu nehmen. Man müsse gegen die Auswanderungen nach Rußland, wie nach Brasilien indirekt Maßregeln treffen; diese gingen größtenteils von der ländlichen Arbeiterbevölkerung aus, woran wir ohnehin keinen Überfluß hätten, und führten nach Ländern, deren Verkehr der gesetzlichen Regelung entbehre. Von der Unsicherheit in betreff der Anwendung der Gesetze in Rußland und von der Unzuverlässigkeit und Bestechlichkeit der Russen wurde er nicht müde, zu erzählen. (Vergl. oben betreffend Aufenthalt Bismarck's in Rußland.)

Bismarck charakterisierte unter anderen die Personen, deren sich die vornehmen Russen zu ihrer Vermögensverwaltung bedienen müßten, durch die Erzählung eines Besuchs, welchen er beim Fürsten Subow gemacht habe. Der Fürst habe während seiner Anwesenheit Besuch bekommen von einem anscheinend feinen Herrn, welcher mit einer herrlichen Troika (Dreigespann) angefahren kam. Der Herr benahm sich

demnächst jedoch so kriechend demütig gegen den Fürsten, daß Bismarck nach seiner Entfernung nach seiner Stellung fragte. Der Fürst erwiderte: „Der Mann war Leibeigener meines Vaters und hat meinem Vater, dem er die Güter verwaltete, zwei Millionen genommen; zum Dank dafür hat ihn mein Vater in seinem Testamente freigelassen"; dann fügte der Fürst hinzu: „Nun werde ich Ihnen auch den Mann zeigen, der mir zwei Millionen nimmt, und den ich dafür in meinem Testament freilasse; ich wäre ohne ihn verloren; er hat die Übersicht über alles, und ohne ihn würde ich noch mehr verlieren!"

Obgleich alle diese Äußerungen nichts weniger als Sympathie für russische Zustände verraten, so entwickelte Bismarck bei der öfteren Erwähnung der russischen Allianz folgende Erwägungen: „Bei der Anfeindung der russischen Allianz wird zu häufig das natürliche und geographische Verhältnis von Preußen und Deutschland zu Rußland außer Acht gelassen. Rußland selbst hat in seinem eigenen Reiche noch so gewaltige innere Aufgaben und für die, dem unzivilisierteren Reiche mehr, als dem zivilisierten entstehende Neigung äußerer Ausdehnung giebt ihm Asien ein so großes Feld, für welches selbst Rußland kulturverbreitend auftreten kann; eine aggressive Politik Rußlands gegen Deutschland liegt noch außer aller Zeitberechnung. Kollidierende Interessen Rußlands und Deutschlands sind zur Zeit nicht zu befürchten, zumal selbst Angriffe gegen das türkische Reich bei den weit größeren entgegengesetzten Interessen und bei der zeitigen Sachlage an sich für jetzt nicht wahrscheinlich sind. Der Punkt, worin die Interessen von Rußland und Deutschland zusammenstoßen *könnten*, ist Polen. Gerade in dieser Beziehung sind aber die richtig verstandenen Interessen von Rußland und Preußen nicht kollidierend, sondern identisch.

Die nationalpolniſchen Aufſtände erſtreben nach ihren eigenen Proklamationen die Herſtellung eines polniſchen Geſamtreichs in dem früheren Umfange von 1772; ſie richten ſich gleichmäßig gegen Rußland und Preußen und wechſeln nur ihre nächſten Operationsziele je nach der vermeintlich größeren Ausſicht auf Erfolg. Wir haben daher beiderſeits keine Urſache zu einer feindlichen Stellung, weder Rußland zu uns, noch wir zu Rußland. Daß keiner dem andern in ſeine inneren Verhältniſſe hineinzureden hat, iſt dabei eine diplomatiſche Vorausſetzung gewöhnlicher Courtoiſie. Wir haben dabei nur unſererſeits nicht zu reizen und haben dazu keinen Grund, da wir von uns aus weder die Möglichkeit, noch den Beruf haben, die Verhältniſſe im Innern von Rußland zu ordnen. Unſer „vielgeſchmähter Bundesgenoſſe“ Rußland iſt uns aber als Freund viel wert, ſchon damit er nicht gegen uns operiert und uns die Ruhe und die Freiheit der Bewegung für unſere deutſchen Intereſſen läßt. Als Feind würde er durch die Möglichkeit des Angriffs auf der langgeſtreckten öſtlichen ruſſiſch-preußiſchen Grenze nicht zu unterſchätzen ſein. Wir haben daher immer das Intereſſe daran, daß Rußland nicht mit einem unſerer ſonſtigen Gegner ſich gegen uns verbündet, und Rußland hat das gleiche Intereſſe, daß, wenn es ſelbſt mit anderen Mächten in Streit gerät, es von uns nichts zu befürchten hat. Man ſollte aus kosmopolitiſchem Idealismus und aus Antipathie gegen ruſſiſche Kulturbegriffe nicht das naturgemäße Intereſſe eines friedlichen internationalen Verkehrs nebeneinander verkennen.“

Wie dieſe Anſchauungen thatſächlich durchgeführt ſind, hat die Geſchichte gelehrt. Rußland hat uns während des däniſchen, des öſterreichiſchen und des franzöſiſchen Krieges ſtets in Ruhe gelaſſen, und wir waren ſeiner Neutralität

so sicher, daß wir sowohl 1866 als 1870 von Anfang an nicht einmal als Beobachtungskorps Militärkräfte an der russischen Grenze zurückgelassen haben — sicherlich ein sehr erheblicher Gewinn zur Ermöglichung der Verwendung aller Kräfte gegen unsere Feinde. Ob diese Resultate durch förmliche Neutralitätsbündnisse oder durch gegenseitige Zusicherungen erreicht sind, was die Archive später aufklären werden, hat nur ein sekundäres Nebeninteresse. Bedeutend erleichtert wird für Bismarck die Aufgabe dadurch geworden sein, daß er bei Gelegenheit seines Aufenthalts in Petersburg 1859 bis 1862 dem Kaiser Alexander II. persönlich näher trat und bei ihm im hohen Grade persona grata war.

Wesentlich wird die Überzeugung mitgewirkt haben, daß Deutschland, auch das gestärkte und geeinigte, keine Anlage zu einer Eroberungspolitik hat; und Bismarck hatte, offenbar mit Rücksicht auf obige Erwägungen, seine Politik gegen Rußland günstig durch die Konvention vom Januar 1863 eingeleitet, welche im ersten Winter seiner Stellung als Ministerpräsident Rußland davor schützte, daß der damalige polnische Aufstand vom preußischen Gebiete aus Nahrung gewann.

Daß anderseits Bismarck bereit gewesen wäre, einer Einwirkung Rußlands auf preußische und deutsche Verhältnisse mit allen Mitteln entgegenzutreten und daß Rußland für Preußen unter Bismarck's Regiment niemals ein zweites Olmütz bereiten könne, wird die selbstbewußte Energie seiner Politik genügend zur Überzeugung gebracht haben. Die sofortige Ablehnung der russischen Mahnung vom August 1870, daß Frankreich keine Schwächung in seinem Territorium erfahren möge, und der Umstand, daß diese Ablehnung keine

Änderung im Verhältnis zu Rußland hervorrief, sind ein deutlicher Beweis hierfür.

Bei einer gelegentlichen Erwähnung, daß für Deutschland der Lauf der Donau, die Donauschiffahrt und damit die Donaumündungen wichtig seien, meinte Bismarck: „die Bedeutung der Donau für Deutschland wird gewöhnlich sehr überschätzt; die Donau ist innerhalb Deutschlands eigentlich noch gar kein schiffbarer Fluß, und namentlich hat der Verkehr donauaufwärts, zumal von den Mündungen her, für Deutschland keine Bedeutung. Die Schiffe, welche donauabwärts fahren, werden, fast nur mit Ausnahme der Dampfschiffe, am Ende des Stroms bloß als Brennholz benutzt. Außerdem ist Deutschland auch nicht in der Lage, auf die kulturbedürftige Bevölkerung am unteren Stromlauf erheblich zu wirken. Ungarn ist zwar ein reiches Land an allen Produkten, Getreide, Wein, Mineralien; es wird sich schon heraufarbeiten. Aber Rumänien ist zwar ein gutes Getreideland, jedoch noch ohne alle Zivilisation; es giebt nur wenige Leute dort, welche man „Sie" nennen kann. Alle Zustände dort sind unsicher, wohl weniger, so lange der jetzige Fürst (Karl von Hohenzollern 1869) am Ruder ist; aber die Rumänier könnten ihn auch leicht wegjagen, und es könnte ihm selbst bald angenehmer sein, abzudanken."

Zur auswärtigen Politik, zumal im Sinne Bismarck's, ist auch das Verhältnis zu Österreich zu rechnen. Es ist durch den Frieden von Nicolsburg und Prag von 1866 definitiv nach dem Programm Bismarck's so geordnet, daß Österreich, ohne von seinem Territorium an Deutschland etwas zu verlieren, seine Existenz außerhalb Deutschlands angewiesen erhalten hat und für sich selbst die Aufgabe behält, seine verschiedenartigen nationalen und staatlichen Ele-

mente zu kultivieren und zu vereinigen, ohne Deutschland in dessen Entwickelung zu stören und ohne seinerseits von Deutschland darin gestört zu werden. Nachdem die Geschichte gezeigt hatte, daß Österreich nicht einmal die Teile, welche zum deutschen Bunde gehörten, zu germanisieren verstand, und daß die buntfarbigen Bestandteile der österreichischen Länder auch durch eine direkte Zusammengehörigkeit mit Deutschland nicht zu einem lebendigen staatlichen Organismus verwuchsen, wohl aber eine kräftige nationale Gestaltung von Deutschland selbst hinderten, war diese Lösung des Bandes die einzig sachgemäße Lösung der Frage geblieben. Sie war der Kern- und Ausgangspunkt von Bismarck's deutscher Politik. Das Programm selbst und dessen Ausführung liegen so offen, daß ich den einzelnen, bei Erwähnung des Krieges von 1866 und der vorangegangenen Verhandlungen eingestreuten Bemerkungen nichts mehr hinzuzusetzen habe.

Zwanzigstes Kapitel

Bismarck's deutsche Bestrebungen

Die Politik Bismarck's hinsichtlich des Verhältnisses von Preußen zu Deutschland und zu den anderen deutschen Staaten ist ebenfalls von einer so durchsichtigen Klarheit, daß man nicht glauben sollte, daß seine Gedanken darüber mißverstanden werden könnten; und doch findet man gerade hierüber zahlreiche Mißverständnisse über seine Ziele und über seine Mittel zu denselben; abgesehen von den Gegnern, welche von verschiedenen Seiten Ziele und Mittel bekämpfen. Daß sein Programm über die Art der Neugestaltung Deutsch-

lands vielfach verkannt ist und noch wird, hat einen Hauptgrund darin, daß er weder selbst jemals ein fertiges System darüber aufstellte, noch durch offiziöse Federn das Thema systematisch behandeln ließ. Der wesentlichste innere Grund aber beruhte darauf, daß er, ohne das Alte lediglich konservieren zu wollen, nicht etwas Radikal-Anderes schaffen wollte, und daß die Grenzen und die Zeiten zur Ausführung der beabsichtigten Änderungen ihm nicht im voraus bestimmte, feste Momente waren, sondern seiner Absicht gemäß von der Geschichte und den konkreten Verhältnissen bestimmt werden sollten.

Er ist vor allem nicht Centralist oder Unitarier. Deutschland soll nicht in Preußen aufgehen, und Preußen soll nicht, alle anderen deutschen Stämme mediatisierend, die Alleinherrschaft in Deutschland führen. Preußen soll aber auch nicht in Deutschland aufgehen und soll nicht seine Kräfte und sein Wesen zu Gunsten einer abstrakten gesamtdeutschen Individualität aufgeben. Der Einheitsstaat ist ihm überhaupt nicht und namentlich für Deutschland nicht die beste und nützlichste politische Gestaltung; für Deutschland auch nicht historisch begründet und nicht wünschenswert, abgesehen von der thatsächlichen Unmöglichkeit der Ausführung.

In seiner Reichstagsrede*) vom 16. April 1869 über verantwortliche Bundesministerien und über das Verhältnis der Bundesregierung zur preußischen Regierung erklärte Bismarck offen: Bei seinem aufrichtigen und ehrlichen Streben nach Konsolidation der deutschen Verhältnisse sei er der Ansicht, daß der Partikularismus ein so entschieden deutscher Grundzug sei, daß man mit ihm rechnen müsse; gewiß sei

*) Reden II. s. 74—79.

er die Basis der Schwäche Deutschlands und bedürfe in dieser Beziehung der Korrektur, aber er sei auch die Basis seiner Blüte, indem er durch Decentralisation ein Gemeingut von Bildung und Wohlstand in alle Teile Deutschlands verbreitet habe, wie man es in centralistisch organisierten Ländern schwer findet. In germanischen Staaten habe man nicht zu fragen, was gemeinsam sein *könne*, sondern was gemeinsam sein *müsse*, und alles, was nicht gemeinsam zu sein braucht, solle man der speziellen Entwickelung überlassen. Hinsichtlich der Bestrebungen zum Aufbau des Gemeinsamen könne die Vergangenheit auch nicht ignoriert werden, noch auch die Zukunft und die Geschichte lediglich „gemacht" werden.

Zu den Momenten, worin der Partikularismus überwunden werden müsse, rechnet Bismarck vor allem die staatliche Schwäche und Zerrissenheit nach außen, deshalb sei das Nötigste die Vereinigung der Militärkräfte von ganz Deutschland, sobald es sich um dessen Verhältnis zu auswärtigen Mächten handelt. Mit Befriedigung erklärte er deshalb in den Sitzungen des konstituierenden Reichstags vom 11. und 18. März 1867*): die Vereinigung von Süd- und Norddeutschland in allen Fragen, wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handelt, sei definitiv und vertragsmäßig gesichert. Die Erreichuug einer gemeinsamen diplomatischen Vertretung erkannte Bismarck als wünschenswert und als Konsequenz des Verhältnisses namentlich nach Errichtung des deutschen Reiches an, glaubte aber die Empfindlichkeit der kleineren Staaten hinsichtlich der Entziehung des Rechts zu diplomatischer Vertretung schonen zu müssen und erwarten zu können, daß die Zeit von selbst

*) Reden I. 256. 286.

die einzelnen deutschen Staaten dazu führen würde, den Luxus besonderer Vertretung aufzugeben; — eine Erwartung, welcher die Geschichte bis jetzt auch schon teilweise entsprochen hat.

Im Innern von Deutschland sollte der Partikularismus nicht zu „Hemmstricken für die Entwickelung von Handel und Verkehr" führen; im übrigen könne man den einzelnen Stämmen überlassen, ob sie sich ihre Existenz im einzelnen so oder anders einrichten wollten; wenn die Organe zu einer gemeinsamen Gesetzgebung geschaffen seien, so werde das Bedürfnis von selbst die richtige Grenze finden.

Hierauf beruhen die Bestimmungen der Bundes- und demnächstigen Reichsverfassung über Zollgemeinsamkeit, Post-, Telegraphen- und Verkehrsanstalten.

Es entspricht dem angegebenen Grundgedanken, daß Bismarck in der Zeit von 1866 bis 1870 nichts Positives zur Aufnahme von Süddeutschland in den norddeutschen Bund thun wollte, die Initiative dazu von einer entschiedenen Stimmung Süddeutschlands erwartete und auch hinsichtlich des Umfangs der Reservatrechte für Süddeutschland bei der Konstituierung des deutschen Reichs nachgiebig war, worüber ich auf die Einzelheiten bei der gegebenen historischen Übersicht Bezug nehme.

Einundzwanzigstes Kapitel

Bismarck's Stellung zum Könige

Es würde ein Unrecht gegen unseren Kaiser und König Wilhelm sein, wenn ihm von den Erfolgen seiner Regierung nicht ein sehr wesentlicher Teil beigemessen würde. Die Auf-

gabe, welche sich Bismarck stellte, in so glücklicher Weise zu lösen, hat er sich erheblich durch sein harmonisches Verhältnis zum König erleichtert. So antipathisch auch den Liberalen Deutschlands das durch Jugenderziehung und Tradition erklärliche überwiegende Interesse des Königs für den Soldatenstand im Jahre 1848 war, und so wenig bis zum Jahre 1864 die preußische Geschichte der letzten fünfzig Jahre zu einer Hoffnung zu berechtigen schien, daß Preußen jemals seine Heeresmacht zu nationalen deutschen oder auch nur preußischen Machtzwecken benutzen würde: — so dankbar müssen wir dem Könige sein, daß er gegen alle Anfeindung die Macht pflegte, welche das deutsche Reich aufrichten sollte. Sicherlich geschah dies während der längsten Zeit seines Lebens instinktiv, ohne Bewußtsein und ohne Absicht desjenigen Gebrauchs, welchen er dann, namentlich zuerst gegen Österreich, davon machte. Vor seinem Regierungsantritte würde ein Krieg gegen Österreich und die Depossedierung der Fürsten von Hannover, Hessen und Nassau seinen politischen Anschauungen sicherlich ebenso widerstrebt haben, wie sie Bismarck im Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn widerstrebte. — Auch bei ihm würde es ein unnötiges und unmögliches Bemühen sein, seine spätere Politik mit seinen früheren Anschauungen als identisch zu erläutern. Um so mehr ist anzuerkennen, daß er die Entschlußfähigkeit besaß, unter Führung Bismarck's seine früheren Traditionen aufzugeben und der geschichtlichen Entwickelung Deutschlands, deren Unmöglichkeit, solange Preußen neben Österreich gestellt war, die Geschichte zeigte, gegen Österreich und gegen die preußenfeindlichen Fürsten Bahn zu brechen und hierzu sein Heer zu verwenden. Gemäß der geistigen Natur und den Antecedentien beider und nach den früheren und späteren ausdrücklichen Aussprüchen Bismarck's über *seinen*

Plan kann nicht einen Augenblick daran gezweifelt werden, daß Bismarck der Gedanke der Politik Wilhelms des Siegreichen gehörte, und daß der König, dem Gedanken zustimmend, die That folgen ließ. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck schon vor der Übernahme der Ministerpräsidentschaft seine entschiedene Gegnerschaft gegen Österreich und seine Absicht, dem österreichischen Drucke Preußen und das auf Preußens Machtsphäre angewiesene Norddeutschland selbst durch offenen Kampf zu entreißen, ausdrücklich dem Könige mitteilte und dessen Genehmigung hierzu erhielt. Die oben erwähnten Briefe Bismarck's, namentlich von 1859 und 1862, die Vorlegung seines Programms vor dem König in Baden, seine Erzählung, er habe im Frühjahr 1862 das ihm angebotene Ministerium nicht angenommen, weil er damals des Königs noch nicht unbedingt sicher gewesen wäre, und der sofort nach seiner Übernahme der Ministerpräsidentschaft eröffnete, in den Depeschen vorliegende, rückhaltlose diplomatische Feldzug gegen Österreich sind in dieser Beziehung ganz unzweideutig. Auch im Gespräch mit J. Vilbort vom 4. Juni 1866 erklärt Bismarck unumwunden: im Kultus österreichischer Politik erzogen, habe er in seiner Stellung beim Bundestage in Frankfurt eine Jugendillusion in bezug auf Österreich bald fallen lassen. „Ich wurde sein erklärter Gegner ... seit jener Zeit ergriff mich der Gedanke, dessen Verwirklichung ich heute verfolge, Deutschland dem österreichischen Drucke zu entreißen oder wenigstens den Teil von Deutschland, welchen sein Geist, seine Religion, Sitten und Interessen mit dem Geschicke Preußens verbinden, Norddeutschland."

Auch für die spätere Aufrichtung des deutschen Reichs charakterisiert es beide, den König und Bismarck, daß der

König meinte: er habe als Kaiser nur einen neuen Titel bekommen und sei damit vom Major zum Oberstleutnant avanciert, während Bismarck in dem Titel einen gewichtigen bindenden Kitt zur Vereinigung Deutschlands schätzte. Bei dem Eifer, mit welchem sich der Kaiser auch den Civilverwaltungsgeschäften hingab, wird die Äußerung des Königs über die Bedeutung des Titels übrigens auch nicht in vollster Schroffheit aufzufassen sein; die wesentliche Machtbedeutung und das reale Verhältnis als Oberhaupt des deutschen Reichs sind ihm sicherlich bald klar geworden. Es ist ein innerlich unwahrer und unpolitischer Gedanke Hesekiel's (S. 267), daß Bismarck, als er die Ministerpräsidentschaft übernahm, keine Bedingungen stellte, mit keinem Programm herausrückte und als treuer Lehnsmann sich ganz einfach mit ritterlicher Hingebung zur Verfügung stellte. Wenn Hesekiel dabei als Aufgabe Bismarck's nur aufstellte: das Königtum gegen den Parlamentarismus zu halten und die neue Heeresorganisation zu retten, so verwechselt er offenbar das Mittel und das nächste Ziel mit der eigentlichen politischen Aufgabe.

Hesekiel, welcher in seiner poetisierenden Gewöhnung und romantisierenden Altertümelei in der Gegenwart nur zu leicht die Vergangenheit sucht, und welcher Bismarck's Wandelungen auch nur die eines wachsenden Baumes nennt (S. 122), stellt als innerste Kerngrundlage seiner Stellung zum Könige hin: seine Stellung sei die eines altmärkischen Vasallen zu seinem Lehnsherrn gewesen (S. 123. 257). Damit ist jedoch nur die Gefühlsseite ihres persönlichen Verhältnisses, die persönliche Treue, getroffen; und auch diese nicht in dem vollen, hohen Grade der bewußten Liebe und Verehrung, wie sie Bismarck dem Könige widmete; das

objektive Wesen ihrer Gesamtarbeit ist dadurch überhaupt nicht gewürdigt.

Wer dem Könige sich nähern konnte, zumal in den späteren glücklichen Jahren seiner Regierung, ist von seiner persönlichen Liebenswürdigkeit und seiner grenzenlosen Gutmütigkeit um so mehr entzückt, als seine soldatischen Neigungen und der frühere Ruf unbeugsamer Hartnäckigkeit eine derartige Charaktergrundlage durchaus nicht erwarten ließen. Es wird wohl zu unterscheiden sein zwischen dem Könige als Soldaten und dem Könige als Regenten und Menschen, soweit der Soldat nicht in Frage kam. In betreff der militärischen Einrichtungen, welche er größtenteils — namentlich die Heeresorganisation von 1860 — als sein eigenes Werk betrachtete, hielt er sich wohl für unbedingt kompetent zu einem eigenen maßgebenden Urteil, und in dieser Beziehung mag er von der Festigkeit seiner Entschlüsse, welche er bei der Aufrechterhaltung der Heeresorganisation in der Konfliktszeit zeigte, auch später nicht nachgelassen haben. In den militärischen Angelegenheiten hatte auch von Anfang an Bismarck unzweifelhaft gar keinen Einfluß und suchte auch keinen. Er selbst sagt in seinem Gespräch mit Vilbort: bei der Übernahme des Ministeriums habe ihm der König eine lange Liste liberaler Konzessionen vorgelegt, aber keine einzige bezog sich auf die Militärfrage. Ebenso charakteristisch ist es, daß Bismarck während des österreichischen und des französischen Krieges, obgleich beständig in der Nähe des Königs, an den spezifisch militärischen Beratungen nicht teilnahm. Für das Verhältnis beider ist es von eminenter Wichtigkeit, daß Bismarck, dessen militärische Ausbildung eine mehr dilettantenhafte gewesen sein mag, durch weise Selbstbeschränkung das technischmilitärische Gebiet von seinem Wirkungskreise vollständig ausschloß, und

daß dadurch ein Gebiet, auf welchem zwei beiderseits feste Willen leicht in Kollision kommen konnten, außer alle Konfliktsmöglichkeit gerückt war.

Daß in jeder anderen Beziehung der König der Belehrung und Überzeugung zugänglich war, und daß sein ganzes Wesen von einer ungewöhnlich wohlwollenden Humanität beherrscht war, darüber ist nur eine Stimme. Bismarck empfand den Zauber dieser Liebenswürdigkeit, wie kein Anderer, und wenn die Verehrung für den König, als seinen Monarchen, ohnehin schon traditionell und fest angeboren, der Grundzug seiner politischen Stimmung war, so wurde durch die persönliche gegenseitige Harmonie das Verhältnis von Bismarck zum Könige zur intensivsten Liebe und Freundschaft. Bismarck sprach sehr gern vom Könige, und man merkte ihm leicht an, daß es ihm ordentliches Herzensbedürfnis war, sich freudig über seinen König zu äußern, ihn allgemein beliebt zu wissen und sich selbst der vollen Übereinstimmung mit dem Könige bewußt zu sein. Bei unzähligen Gelegenheiten erklärte er dies öffentlich, wie in Privatgesprächen. Nachdem Bismarck im Frühjahr 1867 die Varziner Güter übernommen hatte, gaben ihm die Schlawer Kreisstände am 18. Juli 1867 ein Diner in Schlawe. Über den herzlichen Empfang der dortigen Schuljugend erfreut, richtete er an die Bürgerschaft einige Worte, worin er betonte, er nähme alle Ehrenbezeugungen nur als Stellvertreter des Königs an. Alles, was er thue, thue er in vollster Übereinstimmung mit dem Könige. Daß ihm der König gestatte, ihm arbeiten zu helfen, sei sein Stolz; daß es zur Befriedigung seiner Mitbürger geschehe, seine Freude. — Beim Diner leitete er den Toast für den König mit einer Rede ein, welche im wärmsten Tone die Humanität, die Diensttreue und den unablässigen Eifer des

Königs hervorhob, womit er, um deutsch zu reden, seinen Dienst als König versieht. Seine wohlwollende Geschäftigkeit finde keinen Augenblick die Arbeit zu viel; sie setze sich ohne Unterlaß tags und nachts fort; nie werde er unwillig, wenn er gestört werde, und wenn dies auch des Nachts oder sonst in unangenehmem Momente nötig würde, und niemals lasse er den unwillkommenen Störer merken, daß er störe.

Bei anderer Gelegenheit erwähnte er: es sei dem Könige augenscheinlich selbst immer lieb, wenn er anderen etwas Erfreuliches sagen könne, er halte das für seine Pflicht. Seinen Soldaten zu danken, werde er nie müde. Bei dem allgemeinen Jubel nach dem Siege von Königgrätz habe sein Dank gegen die Armee und gegen alle Abteilungen, die er getroffen habe, den Eindruck gemacht, als ob ihm der Sieg hauptsächlich deshalb Freude mache, weil die Truppen sich über das Resultat freuten.

Bismarck's Liebe zum Könige wird ihn niemals zu einer Vertraulichkeit geführt haben, welche den Regenten vergessen ließ; die verehrungsvolle Sprache, die Ausdrücke, in welchen er vom Könige redete, die ganze Art und Weise seiner Unterhaltung mit dem Könige, wie sie sich in seinen Erzählungen abspiegelte, zeigte das unverkennbar.

Daß der König seinerseits seinem Kanzler nicht nur als König dankbar, sondern auch als Mensch herzlich zugeneigt war und dem gern Ausdruck gab, zeigten unzählige Einzelnheiten. Bismarck hatte nach Varzin ein großes photographisches Bild von dem königlichen Hauptquartier und der königlichen Umgebung aus dem österreichischen Krieg gebracht, welches sich durch Porträtähnlichkeit aller Dargestellten auszeichnete. Er erzählte, ihm sei das Bild, eine so herrliche Erinnerung es an den König sei, doch zu teuer

gewesen; es sollte 100 Thaler kosten, und er habe es deshalb zu kaufen abgelehnt. Sobald der König dies erfahren habe, hätte er es ihm geschenkt.

Dem Könige, meinte Bismarck, sei am wohlsten, wenn er sich ohne allen Hofstaat und ohne Ceremonieen behaglich unterhalten könne, er benutze dazu gern zwanglos jede Gelegenheit. Wenn die Königin nicht in Berlin sei, werde der König von den Damen des Hofes, Gräfin Pourtales, Lottum ... eingeladen; er nehme das gern an und komme dann ganz allein, auch ohne Adjutanten, und amüsiere sich immer ganz vorzüglich; nur nehme er sich mit dem Essen nicht immer in Acht. Wenn die Königin in Berlin sei, wäre eine Einladung schon umständlicher, weil die Königin immer mit Hofdame und Kammerherrn komme.

Sehr gern sähe der König etwas Schönes und Neues, aus welchem Gebiete es auch sei; auf der Ausstellung in Paris 1867 hätte er gern noch wochenlang sich alles genau angesehen, und als Bismarck bemerkt hätte: ihm seien schöne Läden in Berlin ebenso gut, und er ginge ganz gern von Paris wieder fort, habe der König behaglich vorwurfsvoll gemeint: „Ja! Sie sind auch ganz in Geschäften verkommen!"

Wesentlich die Liebe zum Könige hat Bismarck ungeachtet seiner Nervosität und seiner angegriffenen Gesundheit bewogen, nach 1867 noch in seiner Stellung auszuhalten. Es ist bekannt, daß er in mehr oder weniger diktatorischer Weise wiederholt dem Landtage und dem Reichstage gegenüber seine Vorschläge dadurch zur Annahme brachte, daß er die Kabinettsfrage stellte oder andeutete: er trete gern seine Stelle ab; wenn die Gegner glaubten, es besser machen zu können, so möchten sie es versuchen. Mit Unrecht sind diese Erklärungen als Mittel gedeutet, welche Bismarck in dem

Bewußtsein, daß sein Zurücktreten von dem begonnenen Werke doch nicht gewünscht und eher seinem Willen nachgegeben würde, angewendet habe, um seine Absichten durchzusetzen. Indes Redensarten waren solche Erklärungen niemals; unzweifelhaft war ein derartiges festes Beharren auf seinem Gedanken für die gegenüberstehende gutgläubige Überzeugung höchst unbequem und zeigte einen ungewöhnlichen Mangel an Nachgiebigkeit, dagegen war es Bismarck vollständig ernst damit, daß er am liebsten schon im Jahre 1867 sich zur Ruhe gesetzt und die Vollendung seines Werkes anderen Händen überlassen hätte. Schon der erste Sommer, welchen Bismarck 1867 in dem neuerworbenen Varzin zubrachte, entlockte ihm die Äußerung: am liebsten ginge er gar nicht wieder aus Varzin heraus. Als sein Bruder, Geheimer Legationsrat von Bismarck, Landrat zu Naugard, welcher ihn zum ersten Besuch nach Varzin begleitet hatte, ernsthaft erwiderte: „Ja! daran ist doch noch nicht zu denken!" meinte er freilich: „Für jetzt wird das allerdings noch nicht gehen!" Das Bewußtsein, daß er sein begonnenes Werk weiter vollenden müsse und nicht berechtigt sei, nur für sich zu leben und seine Kraft dem Staate zu entziehen, wird ihn über solche Anwandlungen des Bedürfnisses nach Ruhe hinausgehoben haben. Später wiederholten sich jedoch solche Äußerungen immer häufiger, namentlich wenn ihn die Debatten im Landtage und Bundesparlament gereizt hatten; und er wiederholte mit größter Entschiedenheit: er werde nur so lange bleiben, als der König lebe; den könne er freilich nicht gut verlassen, nachdem er persönlich mit ihm so manche widrige und freudige Stunde durchlebt habe.

Zur Beurteilung des Königs machte Bismarck im Herbst 1868 eine charakteristische Äußerung: „Als ich die Minister der neuen Ära (von 1858) mit dem Prinzregenten in Baden

traf, habe ich ihnen gleich gesagt, daß sie nicht lange bleiben würden. Der Prinzregent kümmert sich wesentlich nur um das Militär; da läßt er sich nicht hineinreden und verlangt Gehorsam. Daß dabei im übrigen alles frei, glücklich und zufrieden sein soll, das ist ihm die Aufgabe seiner Minister, die er dazu nimmt und seiner anderen „Schreiber". Die Schreiber, von denen die Minister nur die ersten sind, stehen ihm aber allemal hinter dem „Militär", was bei ihm nicht stören dürfe. Ein solches Programm könnten die Minister der neuen Ära mit der reinen Verfassungsmäßigkeit nicht erfüllen; wenn sie nicht hexen könnten, so könnten sie es nicht zugleich dem Könige und zugleich dem Abgeordneten recht machen; und nach ihrer Theorie hätten sie dann keinen anderen Ausweg, als zurückzutreten.

Bismarck hat sich dem Könige indes auch in anderen Angelegenheiten als in militärischen pietätvoll untergeordnet; namentlich in Personenfragen für die höheren Berufsstellen, oft mit beträchtlicher Selbstüberwindung. Am entschiedensten zeigte sich dies im Verhältnis zu dem Justizminister Graf Lippe und dem Kultusminister von Mühler. Der König konnte sich aus Dankbarkeit gegen die Minister, welche ihn in der Konfliktszeit 1862 bis 1866 unterstützt hatten, nicht entschließen, diejenigen der Minister, welche der offenkundigen Antipathie der Abgeordneten und, man kann sagen, des größeren Teils des Volkes unterlagen, zu verabschieden, so lange sie nicht ihren Abschied beantragten. Bismarck hatte, in Kenntnis von dieser Disposition des Königs, nach glaubhaften Nachrichten keine Schritte beim Könige gemacht, um die Entlassung der beiden, ihm selbst durchaus antipathischen Minister Graf Lippe und von Mühler herbeizuführen. Sogar als der zähere Mühler bei dem König schon auf keinen Rückhalt mehr zu rechnen hatte, schwankte Bismarck noch eine kurze Zeit,

ob der König auch in der That seine Entlassung annehmen würde. Freilich erwog er dabei, daß Mühler für einen beträchtlichen Teil der Konservativen als ihr Vertreter im Ministerium galt, und daß die Konservativen seinen Sturz durch Bismarck als vollständiges Verlassen der konservativen Partei auslegen würden, welche ihm ohnehin eine Menge Sünden gegen das konservative Programm nachrechneten. Indirekt freilich haben beide Minister Bismarck ihren Fall zu verdanken. Nachdem Lippe während seines langen Regiments von den dringend aus dem Justizministerium erwarteten juristischen Reformen nichts merken ließ, und die Klagen über seine politischen Parteirücksichten bei Ernennungen in seinem Ressort sich immer mehr häuften, auch seine Kräfte zur Leitung der Justiz in dem norddeutschen Bunde gegenüber dem, zur Ausgleichung erhöhten Reformbedürfnisse nicht ausreichend schienen, wurden die Andeutungen Bismarck's, daß er nicht mehr in das Ministerium passe, immer deutlicher, so daß er schon im ersten Jahre nach Beendigung des Konflikts und Errichtung des norddeutschen Bundes seinen Abschied nahm.

Viel mehr Schwierigkeit machte die Entfernung von Mühler's. Bismarck sprach wiederholt während Mühler's Amtszeit aus, daß Mühler gar nicht zu einem Minister sich eigene und behandelte es als ein nicht zu verbergendes, öffentliches Geheimnis, daß Frau Adelheid an stelle ihres Mannes eigentlich Minister sei. Nachdem Lippe ausgeschieden war, verlangte die Presse und die vox populi in liberalen Kreisen noch die Entfernung des Ministers des Innern, Grafen Eulenburg, und des Kultusministers von Mühler. Als dies gelegentlich erwähnt wurde, meinte Bismarck: „ich begreife gar nicht, wie die beiden in einem Atem genannt werden können; sie haben auch nicht einmal

dieselbe Richtung; Eulenburg hat Verstand und Geist und ist nur sehr faul." Den Grafen Eulenburg hat Bismarck auch gehalten und Mühler als Kollegen viel später verloren, als er gewünscht hatte. Auf das geistige Verhältnis von Bismarck zum Grafen Eulenburg und zu Mühler werde ich später bei Behandlung der inneren Politik zurückkommen. Hier genüge die Bemerkung, daß Mühler seinen Abschied nahm, als ihm auf eine Beschwerde des zum Protektor der Museen und der Künste ernannten Kronprinzen über Nichtberücksichtigung seiner Wünsche bei Besetzung von Ministerialratsstellen der Bescheid des Königs und zwar durch Bismarck zugestellt wurde: es verstieße gegen die von einem Ressortminister gegen Se. Majestät zu erwartende Loyalität, daß Mühler bei seinem Vorschlage für die ernannten drei Ministerialräte dem Könige nicht einmal Mitteilung von dem Wunsche des Kronprinzen (auf Ernennung eines wesentlich dem Kunstinteresse dienenden Ministerialrats) gemacht habe.

Zweiundzwanzigstes Kapitel

Bismarck's Verhältnis gegenüber der Königin und dem Kronprinzen

In seiner Offenherzigkeit machte Bismarck keinen Hehl daraus, daß er zur Königin nicht in demselben Verhältnis stehe, wie zum Könige und daß er sich gern von ihr zurückziehe. „Meine geselligen Verbindungen," sagte er einmal, „sind sehr mäßig; ich behalte in Berlin nicht Zeit dazu; außer Diners, zu denen ich mir für mich doch Zeit nehmen muß, gebe ich keine Gesellschaften und besuche auch die meiner

Frau nur auf halbe Stunden. Der König ist auch damit einverstanden, daß ich selbst in seinen Gesellschaften nicht erscheine, wenn ich nicht Zeit habe, falls nicht ein besonderer Grund vorliegt; und der König hat mich auch ein für allemal bei der Königin für ihre Gesellschaften entschuldigt, die mir anfangs sehr übel nahm, daß ich ihre Gesellschaften nicht aufsuchte." Im Sommer 1867 äußerte er zu einer anderen Zeit: „die Königin will die Politik immer mit Milde anfassen und durch Ausgleichung und persönliche Beeinflussung versöhnen; das ist Frauenpolitik und damit wird nichts gefördert. In Hannover sind unsere Opponenten der Hofadel und die Katholiken und was davon abhängt; das ist aber persönlichem Entgegenkommen durchaus unzugänglich. Die Königin ist glücklich, wenn sie einen katholischen Kammerherrn bekommen kann; der wird uns aber weder die Katholiken noch den Adel gewinnen helfen und noch weniger sie unschädlich machen."

Es gilt als öffentliches Geheimnis und mag richtig sein, daß die Königin es liebte, in der Politik mit zu Rate gezogen zu werden, und daß Bismarck es positiv ablehnte, seine Politik auch mit ihr zu beraten. Der König selbst konnte natürlich sein Ohr der Königin nicht ebenso verschließen, wie Bismarck. Wenn dadurch verschiedene Ratschläge beim Könige kollidierten, so berief der König eine Ministerratssitzung unter seiner Zuziehung, welche dann ein einstimmiges Votum für Bismarck's Ansicht zum Resultat zu haben pflegte.

Auch in betreff seines Verhältnisses zum Kronprinzen sprach sich Bismarck mit unumwundener Offenheit aus. Im Anschluß an seine oben erwähnte Äußerung, daß er nicht länger im Amte bleiben würde, als der König lebe, bemerkte er: „Der politische Grundgedanke des Kronprinzen ist

nicht der meinige; es ist bekannt, daß der Hohe Herr immer mit der Majorität regieren will. Das ist meines Bedünkens bei uns nicht immer richtig, und es setzt eine Nachgiebigkeit des Charakters und der Überzeugung voraus, deren ich mich nicht fähig halte." — Im Mai 1869 bei Besprechung des Steuerbewilligungsrechts des preußischen Landtags, welcher die damaligen Steuervorlagen der Minister ablehnte, sagte er: „die Nationalliberalen wollen aus der Steuerfrage eine Machtfrage gegen die Krone machen und deshalb die Steuereinnahme kontingentieren und nur zeitweise bewilligen; darauf geht der König niemals ein; der Kronprinz freilich wird sich das später alles gefallen lassen!" — Der persönlichen Liebenswürdigkeit des Kronprinzen ließ er volle Gerechtigkeit widerfahren. Im Sommer 1867, nachdem Bismarck die Varziner Güter eben übernommen hatte, und hinsichtlich seiner häuslichen Wirtschaft in Varzin noch nicht eingerichtet war, kam der Kronprinz durch Schlawe, während Bismarck in Varzin war. Es war hier davon die Rede, ob der Kronprinz ihn in Varzin besuchen würde und Bismarck meinte: „Einladen kann ich ihn unter den jetzigen Umständen unmöglich; aber wenn er mich hier überfallen wollte, wie er es im Feldlager auch schon gethan hat, so würde er natürlich herzlich willkommen sein; er würde es freilich auch ebenso finden, wie im Feldlager, aber er ist auch eine Persönlichkeit, die das beneidenswerte Glück hat, wenn auch nur den bescheidensten Ansprüchen genügt wird, in behaglichster deutscher Weise nicht nur vergnügt zu scheinen, sondern es wirklich zu sein."

Dreiundzwanzigstes Kapitel

Bismarck's Politik im Innern

Wenn ich im Nachstehenden einige Grundsätze Bismarck's über seine Politik im Innern bespreche, so will ich gerade hierfür ein für allemal die Bemerkung wiederholen, daß diese Blätter nicht den Zweck haben können und sollen, meine eigenen Ansichten darzulegen oder oratorisch über die Absichten Bismarck's sich auszusprechen, sondern nur objektiv Bismarck's eigene Ansichten festzustellen. Ich gebe möglichst wörtlich seine Äußerungen wieder: — Seine Grundauffassung wurzelte darin, daß „das Wohl des Vaterlandes“ die höchste leitende Richtschnur gab — salus reipublicae suprema lex —. Jedes Hindernis, welches im Wege steht, um zu den zum Wohle des Vaterlandes nötigen Zielen zu gelangen, muß beseitigt werden. (Vergl. Rede vom 27. März 1867 Reden I, S. 306). Zur Regierung war ihm eine starke königliche Macht nötig, sie allein könne die nötige Einheitlichkeit, Schnelligkeit, Gewandtheit und Entschlußfähigkeit im Staate herstellen. „Die Volksvertretung kann die Regierungsthätigkeit kontrollierend beschränken, wo dies ohne Gefahr für das Wohl des Ganzen geschehen kann; sie darf aber niemals eine Macht über die der Krone und der königlichen Regierung hinaus haben und darf auch nicht einmal negativ hindern, daß die Regierung etwas thut, was zum Wohle des Ganzen nötig ist. In diesem beschränkten Kreise ist indes die Mitwirkung der Volksvertretung nicht nur nicht abzulehnen, sondern geradezu zu wünschen. Die Regierung kann unmöglich in ihren Beamten alle Erfahrungen allein sammeln und muß in der Volksvertretung eine Hilfe für ihre Aufgaben suchen und wünschen. Es ist Pflicht jeder ehrlichen Regierung „den höchsten Grad von Freiheit des Volks und des Individuums,

der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staats verträglich ist, jederzeit zu erstreben." (Rede vom 27. März 1867 I. S. 306.) Die Stimme des Volks zu hören, ist immer rätlich, es wäre geradezu sündhaft, tüchtige Leute zu ignorieren, weil sie ihre Erfahrungen und ihre Ratschläge nicht auf dem Kanzleipapier der Beamtenstube an die Regierung brächten." — Der Brief von Stolpmünde vom 18. September 1861 an einen „Konservativen" sagte schon damals: „ich sehe nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung (am Bunde oder in einem Zoll- und Vereinsparlament) so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservativen selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen!" (Hesekiel S. 191.) — Auch im Gespräch mit Vilbort vom 4. Juni 1866 erklärte er es für eine unrichtige Voraussetzung, daß er durch Natur oder System Gegner der Volksvertretung und geborener Feind des Parlamentarismus sei. — In jedem zwischen der Krone und deren Rechten oder der Regierung einerseits und den Prätentionen der Abgeordneten andererseits entstehenden Konflikte, welcher der Regierung das Regieren unmöglich machen will, muß die Regierung Recht behalten. Wo die Grenze dafür ist, müssen die einzelnen thatsächlichen Verhältnisse ergeben. Dafür giebt es keine ein- für allemal gültige Theorie. Es giebt Gebiete, auf welchen die Kammer sich bescheiden muß, daß sie niemals positiv entscheiden darf. So kann niemals eine Kammer die auswärtige Politik bestimmen. Auch die bisherigen Steuern und Einnahmen darf sie niemals verweigern; „sie darf die Regierung nicht aushungern wollen; was sich in der bisherigen Zeit schon als notwendig ergeben hat, damit die Staatsmaschine ihren Gang geht, das muß die Regierung

auch behalten, und ganz mit Recht bestimmt der Artikel 109 der preußischen Verfassung, daß die bisherigen Steuern fort-erhoben werden sollen. Freilich wollen die Liberalen die Einnahmebewilligung zur Hauptgrundlage ihrer Macht machen, den Artikel 109 beseitigen und die Höhe der Steuereinnahme kontingentieren und mit Rücksicht auf das Steigen der Einnahme nur immer auf Zeit bewilligen; und jetzt (meinte er im Mai 1869) wollen sie damit einen Tauschhandel machen und nur gegen die Einräumung einer solchen Macht die nötigen Steuern bewilligen. Auf einen solchen Handel ein-zugehen, ist unmöglich; das ist eine Herabwürdigung der Regierungsrechte der Krone. Das wird auch nicht geschehen, so lange der König lebt. Er geht eher mit dem Säbel in der Hand gegen eine solche Revolution unter, ehe er sich auf eine solche Herabwürdigung einläßt." Gerade in Finanz-sachen darf die Regierung, soweit sie ihre Forderungen für notwendig hält, nicht nachgeben. Das Geld ist für die Regierung das tägliche Brot, was sie haben muß. „Auch wenn Forckenbeck die Regierung übernimmt (welcher damals im Frühjahr 1869 im Reichstage namens der National-Liberalen einen Antrag auf Vertagung einer Steuervorlage behufs eigentlicher Beschlußfassung über alle Steuerfragen eingebracht hatte), so wird er finden, daß er ohne Einnahmen die notwendigen Ausgaben nicht wird decken können." Wenn alle neuen Steuern abgelehnt würden, so bliebe nichts übrig, als diejenigen Ausgaben zu beschneiden, welche zwar nicht eigentliche Luxusausgaben, aber doch nicht ganz unbedingt und sofort notwendig seien, und welche erst in neuerer Zeit hervorträten und wie allemal die jüngsten Kinder mit be-sonderer Vorliebe gepflegt würden, so jetzt zunächst die Meliorationsausgaben, Lehrerdotationen, Ausgaben für Bau von Eisenbahnen und Chausseen, für Abhilfe des Notstandes

in Ostpreußen und dergleichen. „Das wird dann ein Geschrei geben, aber das Defizit von einigen Millionen (welches von der Heydt damals für Preußen herausgerechnet hatte) kann doch nicht laufend von der Substanz gedeckt werden. Das Projekt von der Kontingentierung der Steuern ist um so mehr unannehmbar, als man die Höhe der wirklichen Einnahmen und Steuern gar nicht im Voraus wissen kann, und doch für alle Fälle gesorgt sein muß. Selbst die gewiegtesten Räte im Ministerium erklären eine sichere Vorausberechnung einer Steuereinnahme für unmöglich; erst die wirkliche Probe kann darüber entscheiden. In der Kammer aber sind kaum drei befähigt, über Finanzfragen im vollständigen Umfange zu entscheiden."

„Eine ganz unberechtigte Prätention ist auch für preußische Verhältnisse und überhaupt für wirklich monarchische Staaten, daß es Verfassungsgrundsatz sein soll, daß nach der jedesmaligen Majorität es sich zu entscheiden habe, zu welchen Ministern Se. Majestät Vertrauen haben soll. In der Verfassung steht nichts davon, daß Se. Majestät in dieser Weise in seiner Wahl beschränkt sein soll, und es paßt für uns in Deutschland vollends nicht, die wir eine kräftige Regierung haben müssen, um die deutsche Neigung zum Individualismus zu überwinden. Es würdigt die Krone herab, wenn ihr vorgeschrieben werden kann, wer für sie regieren soll, und es schwächt auch die Regierung, wenn sie wählbar ist. Die Parlamente glauben freilich alle leicht, wenn ihnen die Regierung irgend etwas nicht zu Dank gemacht hat: es sei besser, wenn Leute aus ihrer Mitte den Staat leiteten, als die von Sr. Majestät gewählten Männer; nun, wir werden ja vielleicht auch noch in Preußen darüber Erfahrung machen." (Anspielung auf die Grundsätze des Kronprinzen).

„Ein anderer Punkt, worin sich die Kammer mit ihren Angriffen bescheiden muß, ist die Armee. In Preußen würde es die Armee selbst ohnehin niemals auf lange Zeit vertragen, von einer Schreiberstube oder von einem Sprechsaale aus kommandiert zu werden. Die nötige Disziplin und die preußischen Traditionen lehnen jede Abhängigkeit eigentlich militärischer Bestimmungen von einem anderen als dem Kriegsherrn ab. Auch die militärische Organisation, die Stärke des Heeres und dessen Bestandteile können nicht im Parlamente diskutiert werden und nicht von dessen Belieben abhängen. Die Beschlüsse der Regierung darüber hängen noch dazu von der mehr oder weniger verschlossenen auswärtigen Politik und von der nicht mitteilbaren jeweiligen Kenntnis der Regierung über die politischen Pläne und die Militäreinrichtungen der anderen Staaten ab. Den Organisationsplan, welcher zum Konflikte von 1862 bis 1866 Anlaß gab, habe ich persönlich mit dem Könige für gut gehalten und es genügte mir zu meiner Überzeugung, daß ihn gewiegte Militärs billigten. Für die Durchführung den Kammern gegenüber genügte es mir schon, daß der König den Plan, welcher ihm als sein eigenstes Werk lieb geworden war und von ihm als seine Lebensaufgabe betrachtet wurde, wollte, und daß die Kammern davon nichts verstehen konnten."

„Bei allem Ärger, welchen die Kammerdebatten und das Besserwissenwollen darin bereiten, würde doch eine Regierung, welche im großen und ganzen mit der Grundstimmung ihres Volkes und also auch ihrer Volksvertretung im Widerspruche stände, nicht an der Stelle sein. Einzelne Abstimmungen über einzelne Fragen entscheiden darüber nicht; aber auf die Dauer und für ihre wesentlichen Ziele muß jede Regierung wünschen, die Billigung der Tüchtigen

im Volke und die Majorität der Volksvertretung für sich zu haben." „Den Konflikt," antwortete Bismarck am 6. Februar 1868 dem Abgeordneten von Brauchitsch, „zu einer permanenten nationalen Institution zu machen, ist nicht meine Absicht."

„Die Frage nach den besten Wahlgesetzen halte ich gar nicht für so eminent wichtig, als sie namentlich früher gemacht ist. Es kommen bei jedem Wahlgesetze ungefähr und im ganzen dieselben Resultate heraus, wie sie bei einem anderen Wahlgesetze auch herauskommen würden. Der Einfluß der Intelligenz und der Machtverhältnisse, welche auf Besitz und Kapital oder auf persönliche Beziehungen sich gründen, findet überall seinen Weg und sucht nur andere Formen, wenn sie ein anderes Wahlgesetz möglich macht. Es ist in allen Wahlgesetzen vieles willkürlich, wie das ja in allen Gesetzen sein muß. Im ganzen aber kann man annehmen, daß man in jeder Versammlung von gewählten Abgeordneten die jedesmalige Grundstimmung des Landes und der einzelnen Gegenden vor sich hat, und insoweit kann man auch dem einzelnen Abgeordneten recht geben, wenn sich jeder für „das Volk" hält. Da jeder dies von sich sagen kann, und sie doch nicht alle gleich sind, so korrigiert sich einer durch den anderen. Unter diesen Umständen ist das allgemeine direkte Wahlrecht das natürlichste, einfachste und beste, so lange wir nicht einen greifbaren Maßstab haben, wo die größte Intelligenz und die tüchtigste Kraft für eine Gesetzgebungsversammlung ist; und hätten wir das, so brauchten wir überhaupt keine Wahlen. (Vergl. die Rede vom 28. März 1867 im konstituierenden Bundesreichstag über die verschiedenen Wahlgesetze, namentlich auch über das „widersinnige, elende, willkürliche" preußische Dreiklassensystem,

sowie über ein deutsches Oberhaus und über Wahlrechte von Beamten." (Reden I, S. 308—314)*).

„Einen Druck auf die Wahlen auszuüben, wird der Regierung im Großen nichts helfen und oft bei der dem Deutschen angeborenen Oppositionslust den entgegengesetzten Erfolg haben. Aber daß die Regierung sagen kann, sie wünsche einen bestimmten Abgeordneten gewählt, darf ihr nicht verboten werden. Der Wähler, welcher die Regierung unterstützen will, muß die Möglichkeit dazu haben und muß wissen können, durch welche Wahl er seinen Zweck erreicht." (Vergl. Reden vom 16. April 1868 im norddeutschen Bundesreichstag II, 43).

„Das allgemeine Wahlrecht hat einen erziehenden Einfluß; es gewöhnt die Leute daran, nachzudenken und sich selbst für eine Eins zu halten. Freilich dauert es mitunter lang, ehe sich davon ein Einfluß zeigt. Wenn man hundert Dumme für sich läßt, so wird noch lange nicht ein halber Kluger daraus; zunächst wird natürlich derjenige in die Höhe gehoben, der aus irgend einem Grunde Einfluß hat. In Württemberg z. B. (Äußerung vom 16. November 1868) dominieren der Grundbesitz und die Beamtenwelt, und sie beherrschen dort alle Wahlen. Die Wahlen sind dort auch noch lediglich auf das ständische Prinzip des Grundbesitzes basiert, so daß selbst die Städter, welche keinen Grundbesitz haben, in den partikularstaatlichen Wahlen dort nicht vertreten sind. Auf dem Lande überwiegt nicht eigentlich der größere Grundbesitz, sondern eine dominierende Aristokratie von Bauern. Daneben herrscht die Bureaukratie; sie ist dort viel mächtiger, wie bei uns; selbst der Nachtwächter ist dort eine Macht! Mit der Zeit wird das allgemeine

*) Vergl. Landtagssitzung vom 6. Februar 1868. Reden II, S. 201.

Wahlrecht, welches nun durch die Bundesgesetzgebung für den Reichstag eingeführt ist, auch die anderen Stände zur Geltung bringen; aber es wird zunächst noch geraume Zeit bedürfen, um das gewohnheitsmäßige Gefühl der Abhängigkeit zu überwinden".

Vierundzwanzigstes Kapitel

Bismarck's Parteizugehörigkeit

Eine sehr lebhaft diskutierte Frage ist in unserer Zeit gewesen, zu welcher politischen Partei Bismarck nach 1866 gehört habe, ob er noch zu den Konservativen zu rechnen sei, oder ob er nicht von diesen zu den Liberalen übergegangen und die Konservativen, wie diese sich in vertraulichen Kreisen ausdrückten, verraten habe. Die Frage ist bei der Offenheit Bismarck's schon aus seinen öffentlichen Reden und Handlungen sehr leicht zu lösen. Im Wesentlichen ist jedoch dabei zu berücksichtigen, daß Bismarck überhaupt nicht Theoretiker oder Systematiker war und gar kein Gewicht darauf legte, ob eine Maßregel für ein politisches System konsequent war, sondern ob sie für den beabsichtigten Zweck taugte. Er war überwiegend Praktiker. Gegenüber den Schulbegriffen von den politischen Programmen ist er zu den Eklektikern zu rechnen; er selbst rechnete sich stets zu den „Konservativen", obwohl er in sehr ausgedehnter Beziehung nach 1866 nicht mehr zu denen gehörte, welche vorher und nachher als „Konservative" bezeichnet wurden. — Seine reformatorische Politik, welche Deutschland neu konstituierte, hat aber überhaupt die alten Parteibegriffe gänzlich umgestaltet. Daß er aus der konservativen Partei, wie sie von 1847 ab in Preußen herrschte, hervorging, ist ihm für

die Durchführung seines nationaldeutschen Programms offenbar förderlich gewesen, und müssen dies selbst die entschiedensten Demokraten als ein Glück preisen. Aus keiner anderen Partei hätte selbst der tüchtigste Staatsmann, — und am wenigsten, wenn er durch eine Revolution zur Leitung gehoben wäre — den Einfluß auf den König und die in dessen Umgebung leitenden Kreise haben können, welche einen dauernden Erfolg verbürgt hätte. Ohnehin beklagte er sich schon bald nach der Katastrophe von 1866, daß es ihm schwer genug werde, die eigene Partei (darunter verstand er die „konservative"), auf die Höhe der Sachlage zu heben und die nötigen Resultate gegen Angriffe von befreundeter Seite zu sichern. Im Sommer 1867 verglich er seine Arbeitslast in dieser Beziehung mit der Kraftäußerung desjenigen, der am kurzen Hebelende anfassend, die lange Seite mit ihrem ganzen Gegendruck in die Höhe heben muß. „An das lange Ende hängt sich alles mit vollen Kräften; der Hof nebst Zubehör und die eigene Partei, oder die wenigstens die eigene sein sollte; dagegen habe ich doch bis zu den Resultaten des letzten Krieges sehr wenig Unterstützung gehabt." — Ganz unzweifelhaft war aber Bismarck's nationaldeutsches Programm, dessen greifbare Verwirklichung 1866 begann, nicht ein konservatives, sondern ein den Liberalen und Demokraten Deutschlands seit vor 1830 angehöriger Gedanke, während die preußischen Konservativen die preußische Rolle darauf beschränkt hielten, im Verein mit Österreich, und Österreich als altdeutsches Kaiserhaus anerkennend, unter dessen Führung die bisherigen steilen Wege, fern vom Einflusse auf auswärtige Politik, zu gehen und jede Neuerung der Macht unserer Standes- und Lebensverhältnisse als revolutionär abzuweisen. Wenn Bismarck mit seinem Ziel, welches ihm Lebensaufgabe wurde, gegen die Zwecke eines konservativen

Programmes arbeitete, so hatte der durch das Ziel erweiterte Gesichtskreis ihm auch schon vor 1866 in betreff der Mittel die Erkenntnis geöffnet, daß dafür nicht die bureaukratische Leitung zugelernter Beamten ausreichte, sondern daß dafür die Mitwirkung des gesamten beteiligten Volkes und einer Volksvertretung nötig sei. Auch dies war nicht ein Teil, sondern ein Gegensatz des konservativen Programmes, dessen Ideal die väterliche Regierung Friedrich Wilhelms III. ohne Einwirkung des beschränkten Unterthanenverstandes war. Wenn Bismarck 1861 von Stolpmünde schrieb, daß selbst „wir Konservativen eine Volksvertretung nicht mehr entbehren möchten und diese geltende Institution nicht revolutionär nennen könnten", so war das für seine geschichtlich geläuterte Auffassung ganz richtig; aber im Sinne der wahren konservativen Partei, wie sie damals und auch später im Landtage auftrat, war es nicht richtig; sie hätte gern die ganze, doch immer infolge der Revolution und gegen ihre Wünsche eingeführte Verfassung wieder aufgehoben.

Auch das obenbesprochene, allgemeine, direkte Wahlrecht, welches in die Bundes- und Reichsverfassung eingeführt wurde und schon vorher einen Teil des von Bismarck seit 1863 den österreichischen und mittelstaatlichen Plänen entgegengesetzten deutschen Programmes gebildet hatte, sowie die herbe Verurteilung des preußischen Dreiklassenwahlsystems widersprach dem konservativen Programme, welches außer dem Grundbesitze keine andere wahl- und machtberechtigte Basis des Staates anerkannte und von anderen als ständischen Wahlen nur eine Verflüchtigung des preußischen Geistes und eine revolutionäre Beweglichkeit der Staatsleitung fürchtete. — Das preußische Herrenhaus, dessen Mitglied er selbst war, und welches von den Konservativen als ihre Hauptmachtstütze angesehen wurde, wie es auch überwiegend die

Herrschaft des kleinen Adels, der Landaristokratie, repräsentierte, war ebenfalls nicht Bismarck's Liebe. Er hat niemals positive Schritte zur Beseitigung der Institution als solcher gethan*), so verdrießlich ihm auch oftmals der Widerspruch des Herrenhauses gegen seine Vorlagen war; bekanntlich suchte er aber nicht nur durch persönlichen Einfluß und gelegentlich durch Verstärkung des liberalen Elementes im Herrenhause den Widerstand zu brechen, sondern er erreichte gern durch die Reichsgesetzgebung, was ihm das Herrenhaus für Preußen allein zu erreichen unmöglich machte. Im norddeutschen Bunde, eine dem Herrenhause ähnliche Institution neben dem Reichstage, welcher das deutsche Volk vertrete, und dem Bundesrate, welcher die deutschen Regierungen repräsentiere, einzuführen, hat Bismarck bekanntlich entschieden abgelehnt, weil dazu das Material fehle und Deutschland nicht wie England genug uninteressierte Existenzen dazu habe.

Was Bismarck andererseits von den Liberalen und Demokraten schied, so wie sie sich als Partei kundgaben, war die Überzeugung, daß für Deutsche ein eigentliches parlamentarisches Regiment nicht passe; daß nicht die jedesmalige Majorität der Volksvertretung bestimmen dürfe, wer im Rate des Königs sitzen solle; daß die Volksvertretung niemals eine Macht über den Willen und die Entschlüsse des Königs haben dürfe, und daß er von der Kompetenz der Volksvertretung beträchtliche Gebiete ausschied, in welchen sie keine eigene Einwirkung haben müßte. Seine aufrichtige Verehrung für die Rechte der Krone, welcher er zu gunsten eines parlamentarischen Regiments keinerlei Rechte abdingen wollte, bildete in ihrer herben Schroffheit einen

*) Vergl. vielmehr Reden I, S. 185.

fortdauernden unläugbaren Gegensatz gegen die Fraktionen der Linken und ging dem Grade nach auch noch über das Programm der Konservativen hinaus. Notorisch haben die Ritter die Rechte und den Willen der Krone oft genug nur als Vorwand für eigene Interessen benutzt und haben sich nicht gescheut, gegen den König und gegen die konservative Staatsleitung entschieden Opposition zu machen, wo sie ihre eigenen Interessen dem Staatsgange opfern sollten.

Die weiteren Ziele, welche Bismarck der deutschen Staatskunst steckte, machten es augenscheinlich unmöglich, daß sich die Parteien und die Politiker innerhalb des alten Rahmens preußischer Politik hielten. Es folgte mit der Schlacht von Königgrätz und mit dem Prager Frieden eine vollständige Zersetzung der Parteien. Ein Teil der Konservativen versöhnte sich zwar weder mit der Änderung des Verhältnisses von Preußen zu Deutschland und dem Ausschlusse des Patriarchenvorbildes Österreich aus Deutschland, noch auch mit den Mitteln, wodurch Preußen, selbst annektierend, vergrößert war und unter lebhafterer Heranziehung des Volkselementes ein kräftigeres neues Staatsleben begann; sie blieben die eigentlichen Konservativen. Ein anderer Teil acceptierte die Resultate und die veränderte Situation, machte die gedankliche Umwandlung, welche Bismarck schon längst in sich erlebt hatte, früher oder später ihm nach und bildeten im wesentlichen nun Bismarck's Partei — die Freikonservativen des preußischen Abgeordnetenhauses unter der Führung des Grafen Bethusy-Huc und die „neue Partei" des Herrenhauses unter Führung des Grafen Münster. Von der alten Linken des preußischen Abgeordnetenhauses acceptierte ebenfalls ein Teil — die Nationalliberalen — die nationaldeutsche Politik als ihren eigenen von jeher verfolgten Gedanken und harmonierte auch im ganzen mit dem

Staatsausbau und den Projekten Bismarck's, blieb aber dadurch von ihm geschieden, daß sie den endlichen Abschluß nur in einer entschieden parlamentarischen Regierung gesehen hätte, welche zumal durch Bewilligung der Staatseinnahme und Ausgabe einen entscheidenden Einfluß der Volksvertretung auf das gesamte Staatsleben statuierte. Mit der letzten Bestrebung harmonierend, ging dann die sogenannte Fortschrittspartei, äußerste Linke, noch weiter, anfangs, indem sie die vereinbarte Bundesverfassung als zu wenig freiheitlich ablehnte, dann, als die Verfassung bestand, indem sie wiederholt die Maßregeln Bismarck's, selbst die freiheitlich gedachten, auch nicht als Teil- und Abschlagszahlungen annehmen wollten, weil sie nicht vollständig ihrem System entsprachen. Im ganzen war aber selbst ihm gegenüber die frühere Kluft bedeutend gemildert.

Es spricht für die Stärke der eigenen Überzeugung Bismarck's, daß er in der Landtagssitzung vom 6. Februar 1868 auf die Bemerkung des Abgeordneten von Brauchitsch: „die konservative Partei hätte dem Ministerium viel geopfert" naiv erwidern konnte: „ich bedaure, daß er dies nicht näher spezifiziert hat; denn ich selbst wäre in der That neugierig, zu hören, was sie denn geopfert hat." Seine, seit Jahren gedanklich durchgearbeitete, in ihm geistig entwickelte Stellung war ihm selbst so natürlich, daß er sich selbst für viel weniger geändert und für viel mehr noch „konservativ" hielt, als er geblieben war. Dazu kam, daß er durch seine Verwandtschaften und Bekanntschaften wesentlich auf den Umgang mit den Mitgliedern der konservativen Partei hingewiesen war; was in ihm und anderen die Idee befördern mochte, er sei noch ganz einer der ihrigen. Daß er dabei das Bewußtsein hatte, nicht mehr der Politiker von 1848

zu sein und viel gelernt zu haben und dies auch aussprach, haben wir schon erwähnt.

Von der eigentlichen Rechten des Herrenhauses, welche nichts gelernt hatte, sonderte er sich entschieden ab. Als ich im Sommer 1867 den Präsidenten von Kleist-Retzow in Varzin zum Besuch fand, war ganz im Gegensatz zu der aus freien Stücken hervortretenden politischen Offenherzigkeit Bismarck's, in der ganzen Zeit des gemeinsamen Beisammenseins, beim Diner und nachher, nicht mit einer Silbe von Politik die Rede.

Bei aller Schroffheit seiner Polemik, und obgleich er leicht bei seinen Gegnern persönliche Motive des Eigennutzes, der persönlichen Erbitterung gegen ihn und andere suchte, auch wo sie entschieden nicht zu finden waren; obgleich er dadurch die Debatte leicht in einen gereizten Ton hineinführte: so war er doch ein entschiedener Feind politischer Verfolgung. Er hielt Toleranz gegen andere politische Ansichten für ein Gebot der Staatsklugheit, so lange sie nicht thatsächlich staatsgefährlich auftreten. Es ist bemerkenswert, daß ungeachtet der Heftigkeit des Konfliktes seit seiner Übernahme des Ministeriums diese Zeit freier von politischen Prozessen und Untersuchungen war, als irgend eine vorher. Selbst von den wenigen politischen Verfolgungen jener Zeit kommen wohl nur die beiden Untersuchungen gegen die Abgeordneten Frenzel und Twesten wegen Überschreitung der Redefreiheit auf sein Konto; ausgesprochenermaßen aus der ehrlichen Absicht, durch die Gerichte entscheiden zu lassen, ob gesetzlich ein Abgeordneter das Recht habe, zu beleidigen. Daß im Herbste 1870 Dr. Jacoby und die Sozialisten und Partikularisten aus Braunschweig und Hannover für ihre Opposition gegen die deutschen Kriegsbedingungen auf Veranlassung des militärischen Generalgouvernements eingesperrt

wurden, war Bismarck sehr verdrießlich und sprach sich damals unverhohlen darüber aus: „Die Leute schaden uns durch ihr Märtyrertum im Kerker viel mehr, als wenn sie frei ausgingen!“ Er hielt sich jedoch nicht für kompetent, von seinem Ressort aus die militärisch angeordnete Maßregel aufzuheben und wollte auch zur Erhaltung der Militärautorität beim Könige nicht die sofortige Aufhebung der Maßregel befürworten.

Fünfundzwanzigstes Kapitel

Bismarck's Stellung zu den Ministern und zur Verwaltungsform

Die Universalität Bismarck's ist bekannt genug. Wenn er die Zeit dazu gehabt hätte, würde es ihm nicht an den Fähigkeiten gefehlt haben, und würde er nicht davor zurückgeschreckt sein, für sämtliche Ministerien die Oberleitung zu übernehmen. Bei der Beratung des Twesten'schen Antrags: der Bundeskanzler möge sich verantwortliche Bundesministerien für die einzelnen Spezialfächer zuordnen, erklärte Bismarck am 16. April 1869 (Reden II, S. 72 ff.): „Ich halte eine kollegialische Ministerverfassung für einen staatsrechtlichen Mißgriff und Fehler, von dem jeder Staat sobald als möglich loszukommen suchen sollte, und ich bin soweit entfernt, die Hand dazu zu bieten, daß diese fehlerhafte Einrichtung auf den Bund übertragen werde, daß ich vielmehr glaube, Preußen würde einen immensen Fortschritt machen, wenn es den Bundessatz acceptiere und nur einen einzigen verantwortlichen Minister hätte. Es entsteht in jedem Kollegium, wenn eine Sache zu Ende kommen soll,

mitunter die Notwendigkeit, zuletzt Kopf oder Schrift darüber zu spielen, wie es sein soll; . . . so notwendig ist es, daß einer da ist — es braucht gar nicht der Klügste zu sein — der schließlich sagt: so soll es sein."

Selbstverständlich bezieht sich dies nur auf die Leitung in den Hauptgrundsätzen, von einer Absicht, die Ministerien in allen einzelnen Details von einer Centralstelle aus leiten zu wollen, war er soweit entfernt, daß er im Gegenteil sich oftmals darüber beklagte, daß sich in seinem speziellen Ressort der auswärtigen Angelegenheiten seine Beamten nicht genug Selbständigkeit zutrauten und ihn immer mit allen Einzelnheiten inkommodierten. Insbesondere erregte dies seinen Unmut, wenn er während der Erholungszeit in Varzin mit solchen Detailarbeiten behelligt wurde. In großem Ärger erklärte er unter anderem Ende Juli 1867: er werde in seiner Muße unnötig vom auswärtigen Ministerium gequält; die Herren hätten nicht die Courage, eine Depesche selbständig zu schreiben, und schickten ihm dicke Gortschakoff'sche Depeschen zur Erledigung nach Varzin. — Freilich verlautete von anderer Seite, der Grund dafür liege in seiner eigenen intensiven Empfindlichkeit, wenn eine Arbeit nicht genau seiner Intension entspräche.

Die Unmöglichkeit, alles allein zu bewältigen, veranlaßte ihn häufig, auch im Gespräch jede Verantwortlichkeit für das, was nicht das auswärtige Ministerium betraf, ausdrücklich abzulehnen. Als anfangs Oktober 1867 die Amalgamierung der neuen Provinzen mit Preußen zur Sprache kam, that er geradezu, als wenn ihn das gar nichts anginge, und räsonnierte, wie der beste Oppositionsredner: die ganze Arbeit der Einführung preußischer Verwaltungsgesetzgebung und Justizgesetzgebung und die Ordnung der Verwaltung in den neuen Provinzen hätte schon vor einem

halben Jahre fertig gewesen sein müssen; damals schon konnten Vertrauensmänner berufen und die ganze Angelegenheit geordnet sein.

Beiläufig erklärte er: es wäre ein großer Vorteil gewesen, wenn bei der Reorganisation viel radikaler vorgegangen wäre; Graf Eulenburg hätte namentlich darin einen großen Fehler gemacht, daß er sich die feudale Partei in Hannover als Vertrauensmänner berufen habe; diese Partei betrachte jede Konzession als Schwäche; mit ihr müsse man brechen (dabei Pantomime des Stockbrechens).

Schon früher, im Juli 1867, äußerte er, als die Art und Weise erwähnt wurde, wie Österreich nach der Schlacht am weißen Berge den Katholizismus und die österreichische Regierungsgewalt gewaltsam eingeführt habe: „Ja! wenn wir so radikal verführen, wie die Österreicher damals, so ständen wir in Hannover auch anders. Es würde dann im Augenblicke viel Geschrei gegeben haben, aber sehr bald hätte sich jeder der Notwendigkeit gefügt. Gerade unsere Opponenten, die wir in Hannover haben, die Aristokratie, zumal der Hofadel, und ebenso solche Katholiken, die sich nur als Katholiken fühlen, hören auf keine anderen Gründe. Das soll aber alles möglichst sanftmütig angefaßt werden!"

Über das Arbeiten in den anderen Ministerien scherzte er öfter: „ein großer Teil der Arbeiten bewegt sich um Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Ministerien (gerade von diesen wird er wohl durchschnittlich am meisten spezielle Kenntnis behufs der Entscheidung des Streites bekommen haben); die Herren Geheimräte wollen dann einmal jeder sich die Arbeit abwälzen, als nicht zu seinem Ressort gehörig, und dann wieder jeder allein sich eine Sache vindicieren und nur nach seinem speziellen Fachstandpunkte entscheiden. Fleißig gearbeitet wird in den meisten Mini-

sterien nicht; gewöhnlich beschränkt sich alles auf die Zeit von 10½ Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags; von 3 Uhr nachmittags bis 10½ Uhr vormittags ist niemand zu finden; und doch kommt auch dann oft Wichtiges vor." Bismarck's anwesender Bruder, Geheimer Legationsrat, Landrat in Naugard, schaltete den Vorschlag ein: Für solche Fälle müßte eingeführt werden, daß in Berlin ein Generalmarsch für die Geheimräte geschlagen würde! Bismarck lachte und bemerkte: „Es könnte auch schon dadurch geholfen werden, daß die Herren sich ablösten und einen Arbeitsstamm zurückließen. In meinem (auswärtigen) Ministerium ist das anders; da ist auch für Nachtarbeiter gesorgt."

Freilich war die andere Arbeitseinteilung im auswärtigen Ministerium schon wesentlich durch die Gewöhnung Bismarck's influiert, erst spät aufzustehen und dafür selbst bis spät in die Nacht zu arbeiten!

Zur Zeit, als mit ziemlicher Einmütigkeit die liberale Presse die Entfernung der Minister Mühler und Graf Eulenburg verlangte, bemerkte er bei Erwähnung der Reformen, die namentlich in den neuen Provinzen verlangt würden: „Das ist nicht alles mit einemmale möglich; ich bin auch nicht in allen Ministerien mächtig!"

Auf meinen scherzweise vorgebrachten Einwand: ob er nicht nach und nach Chef der einzelnen Ministerien werden wolle, erst Minister des Kultus, dann Minister des Innern u. s. w., um in jedem Fache tüchtig zu reformieren; — lachte Bismarck und bemerkte: „Dann müßte ich zuerst Finanzminister sein, um zunächst die Mitbeteiligung des Finanzministers zu beseitigen, der bei jeder Verwaltungsanstellung mit einzuwilligen hat. Die einzelnen Beamten als Gehilfen des Ministers sind doch eine große

Hauptsache; ein Offizier allein kann ohne Truppen nichts machen."

Daß sich Bismarck für alle erheblichen Kardinalfragen der Regierung im Innern interessierte, hat die Erfahrung gezeigt. Bei den meisten ist die Richtung, in welcher die Regierung vorging, unzweifelhaft von seiner Initiative bestimmt. So war dies in betreff der gesamten Organisation der Verwaltungsbehörden und der Kreis- und Provinzialvertretungen der Fall; und es wird nicht ihm, sondern wesentlich dem Minister des Innern, Grafen Eulenburg, zuzuschreiben sei, wenn die Gesetzvorschläge zu dieser Reorganisation so lange auf sich warten ließen. Die Ideen, auf welchen der dem Landtage in der Herbstsession von 1871 vorgelegte Entwurf zur Kreisordnung beruhte, wurden von Bismarck schon im Sommer 1867 öffentlich ausgesprochen. Bei dem Diner, welches die Schlawer Kreisstände ihm am 18. Juli 1867 in Schlawe gaben, wurden die braven Kreisstände nach dem für ihn ausgebrachten Toaste durch seine Erwiderung überrascht, welche, mit einem Toaste für die Kreisstadt Schlawe endend, dahin ging: „Die Kreisvertretung wird wohl künftig mehr zu thun haben, als jetzt, sie wird der Regierung in Armee- und Wegeangelegenheiten und auch sonst manches abnehmen müssen; auch wohl bei Vormundschafts- und Hypothekensachen sich mit zu beteiligen haben. Dafür ist es angenehm, wenn die Kreisstände gern zur Kreisstadt kommen und wir müssen daher alle deren Gedeihen wünschen!"

Im preußischen Landtage stellte Bismarck am 4. und 5. Februar 1868 den Grundsatz auf, daß die preußische Verwaltung mehr decentralisiert werden müsse, damit nicht „über jeden Zaun und jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird, und schließ-

lich die beiden äußersten Pole, die Bezirksgendarmen und die geheimrätlichen Kreise des Ministeriums die eigentlich Entscheidenden in jeder speziellen Sache sind." Vorher und nachher kam er auf die Frage der Decentralisation und der Reorganisation der Verwaltungsbehörden auch ohne weiteren äußeren Anlaß so oft und mit einem solchen eingehenden Interesse zurück, daß er dies offenbar für den wünschenswertesten Kardinalpunkt der Reform im Innern ansah. Im November 1868 beklagte er sich, daß jetzt wieder die Bewilligung der notwendigen Steuern zur Machtfrage für die Kammern dienen sollte. Auf die Bemerkung: die Kammern wünschten nicht bloß die Erhöhung ihres Machteinflusses hinsichtlich der Steuern, sondern auch namentlich Reform im Innern, und insbesondere schiene die Stimmung in den neuen Provinzen dahin zu neigen, daß man alle wünschenswerten Steuern zu tragen viel lieber bereit sei, wenn man eines freisinnigen Regiments im Innern sicher sei, erwiderte er: „Ich bin ja gern dazu bereit, ich will gern Selbstverwaltung einführen, alle Bureaukratie und alle Regierungen abschaffen; eine solche umfassende Reform ist nur nicht so schnell ins Werk gesetzt."

Die preußische Regierung erklärte er für die denkbarst schlechteste Verwaltungsform. „In unzähligen Fällen liegen ihnen die Objekte ihrer Thätigkeit viel zu fern, so daß sie in der That nur vom grünen Tische aus entscheiden, was ihnen gar nicht bekannt ist, wie es sich im Leben gestaltet, und welchen Einfluß die Entscheidung weiter hat. Für die meisten Fragen paßt auch die kollegialische Form gar nicht; daß ein Forstrat, ein Medizinalrat, ein Schulrat und ein Konsistorialrat über allgemeine Verwaltungsfragen entscheiden, dazu sind sie durch ihre technische Vorbildung nicht besser qualifiziert, als irgend ein anderer. Oft genug

thut zu gesunden Entscheidungen der gesunde Menschenverstand mehr, als bureaukratische Vorbildung. Die Schulbegriffe, welche jede Beamtenvorbildung beibringt, verderben sogar durch ihre rücksichtslose schablonenartige Anordnung den freien Blick für die Umstände des einzelnen Falles. Das schlimmste bei den meisten Akten der Regierungen ist ihre kollegialische Form. Es muß alles durch unzählige Hände gehen, und wird von einem zum anderen geschoben; und ist etwas nicht richtig, so ist niemand da, der verantwortlich ist und der sich zur Verantwortlichkeit unzweifelhaft bekennen muß. Man kann keinen fassen und wird von einer unsichtbaren Macht geohrfeigt. Es ist in dem Mysteriösen, was hinter dem Kollektivnamen der Regierung liegt, eine vehmgerichtähnliche Macht, welche es einem immer unbehaglich macht, mit einer solchen mystischen Kraft zu thun zu haben. Man hat daher auch keine Sympathie selbst für gute Anordnungen, und es kann schon deshalb von keinem Vertrauen die Rede sein. Ich kenne keine Behörde, die so unpopulär ist; und habe mich früher mit Vergnügen mit den Regierungen gezankt. Die Regierung Köslin hatte mir früher einmal als Gutsbesitzer ihr Mißfallen zu erkennen gegeben, und ich antwortete ihr mit Behagen: ich freute mich, in diesem Punkte wenigstens die gleiche Ansicht zu haben; die Gefühle wären gegenseitig! — Neben einem tüchtigen Kreisausschuß, welcher, aus Wahl von den Kreiseinsassen hervorgehend, die meisten Regierungssachen auf Grund näherer Lokal- und Personalkenntnis weit richtiger entscheidet, als eine Regierung, sind freilich die Amtshauptleute sehr wesentlich; aber es ist ganz verkehrt, wenn man jetzt (Äußerung vom 25. Oktober 1869) die Amtshauptleute auch durch Wahl bestimmen lassen will. Bei der bedeutenden polizeilichen Autorität, die sie haben müssen, kann man

sie ebensowenig wie die Gendarmen der Wahl unterwerfen; sie können nur durch den König ernannt werden. Eine wesentliche Garantie dagegen, daß solche Ämter nicht eine bureaukratische Richtung bekommen, liegt darin, daß sie aus den Lokalkreisen besetzt werden und daß sie als Ehrenämter verwaltet werden. Freilich ist die Personalfrage hier, wie eigentlich bei allen Stellen, das Schwierigste und in den östlichen Provinzen ist der Gemeingeist noch nicht genügend entwickelt. Deshalb darf man aber die Idee nicht aufgeben; keiner lernt schwimmen, der nicht ins Wasser geht. Von den reichen Bauern an der Elbe würde jetzt wohl keiner ein Ehrenamt übernehmen wollen, obgleich sie ihren Kindern Hauslehrer halten und Klavierunterricht geben lassen, und sich in den vordersten Reihen der Civilisation fühlen."

Die Schulzen in den Varziner Gütern hatten im Herbst 1869 das Verlangen gestellt, das Recht zum freien Moorholen aus den herrschaftlichen Forsten zu bekommen und Zulage zu ihren aus dem Nießgenusse einiger Wiesen ꝛc. bestehenden Besoldungen zu erhalten.

Bismarck erkundigte sich nach den rechtlichen Verhältnissen der Stellung und ich erwähnte: Die Dorfschulzen hätten ein Recht auf Remuneration und pflegten dies auch geltend zu machen; das Obertribunal habe entschieden: in Ermangelung besonderer Festsetzungen seien die Schulzen halb vom Gutsherren und halb von der bäuerlichen Gemeinde zu bezahlen, weil sie zugleich als Gehilfen des Gutsherrn in seiner Eigenschaft als Ortspolizeibehörde und zugleich als Vertreter der Gemeinde fungierten.

Dabei bemerkte Bismarck: „Unter solchen Umständen wäre es geradezu wünschenswert, wenn die Schulzen nur Strike machen möchten; wenn die Bauern nicht soviel Ehrgeiz haben, das Amt als Ehrenamt anzusehen und es durch

einen aus ihrer Mitte verwalten zu lassen, ohne große Vorteile davon haben zu wollen, dann verdienen sie auch, daß man einen tüchtigen Tagelöhner ihnen als Schulzen ernennt."

Die Abweisung bureaukratischer Bevormundung fand in ihm auf allen Gebieten stets einen eifrigen Fürsprecher. Im August 1867 wurde davon gesprochen, daß die irrtümliche Ansicht aufgestellt war, durch das damalige sogenannte Gewerbenotgesetz des norddeutschen Bundes sei auch die Notwendigkeit der Nachsuchung polizeilicher Genehmigung für die Anlage von Schankwirtschaften aufgehoben. Bismarck bemerkte dabei: „Das ist freilich der Wunsch der Linken, und es ist auch nicht zu leugnen, daß keine Behörde mit Sicherheit bestimmen kann, ob ein Bedürfnis vorhanden ist oder nicht. Der Verkehr regelt das am Besten. Wie stark der Verkehr sein soll, und wieviel ein Erwachsener trinken soll, kann doch keiner vorschreiben. Es hat etwas für sich, daß man den Erwachsenen hierin auch nicht bevormundet, während bei vielen anderen gleich schlimmen Sachen eine Bevormundung auch nicht stattfindet."

Bei anderen Gelegenheiten hatten in einem allerdings nur scherzhaften Gespräche einige Hausfreunde geäußert: Deutschland werde jetzt so ernst; wenn in den rheinischen Bädern nicht mehr gespielt werden dürfe, so höre auch dies Vergnügen auf. Bismarck äußerte darauf: „Meinethalben können Sie spielen, wo Sie wollen; übrigens giebt es ja immer eine Auskunft, wenn man etwas will. In einem Schiffe ohne nationale Flagge, eine Meile vom Strande, hört Preußen und Deutschland auf, und da kann jeder nach Herzenslust Bank halten. Freilich ist das nicht immer bequem, und es darf kein Seekranker dabei sein!"

Sechsundzwanzigstes Kapitel

Stellung zur Kirche. — Anfänge des Kulturkampfes

Zur Charakteristik Bismarck's gehört wesentlich auch seine persönliche und staatsmännische Stellung zur Kirche. Auch hier ist zunächst hervorzuheben, daß Bismarck nicht ganz genau dieselbe Stellung beibehalten hat, zu welcher er sich in den Jahren 1847 und 1848 bekannte. Seine damalige Stellung hatte er in einer Rede vom 15. Juni 1847 im vereinigten Landtage in der Debatte über die Juden-Emanzipation klar ausgesprochen:

„Ich gehöre einer Richtung an, welche es nochmals wagt, der freien Entwickelung des Christentums, wie sie der Abgeordnete von Krefeld (Beckerath) für die einzig wahre hält, entgegenzutreten . . . Nach den Äußerungen meiner Gegner blieb es mir gestern in manchen Augenblicken von Zerstreutheit nicht ganz gegenwärtig, ob ich mich in einer Versammlung befände, für deren Mitglieder das Gesetz hinsichtlich der Wählbarkeit die Bedingung der Gemeinschaft mit einer der christlichen Kirche aufstellt."

„Ich bin kein Feind der Juden, ich liebe sie sogar unter Umständen. Ich gönne ihnen auch alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden . . . Für mich sind die Worte: „Von Gottes Gnaden", welche christliche Herrscher ihrem Namen beifügen, kein leerer Schall, sondern ich sehe darin das Bekenntnis, daß die Fürsten das Scepter, was ihnen Gott verliehen hat, nach Gottes Willen auf Erden führen wollen. Als Gottes Willen kann ich aber nur erkennen, was in dem christlichen Evangelium geoffenbart ist, und ich glaube in meinem Rechte zu sein, wenn ich einen solchen Staat einen

christlichen nenne, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Lehre des Christentums zu realisieren." (Hesekiel S. 138. 139.)

Auch später ist Bismarck entschieden christlich geblieben, und er wird auch zu den sogenannten Orthodoxen zu rechnen sein. Seine Äußerungen aus den verschiedensten Zeiten lassen hierüber keinen Zweifel. Der, von Hesekiel (S. 240 bis 242) abgedruckte, herrliche Brief vom 16. August 1861, welchen er an seinen Schwager von Arnim schrieb, als dieser einen 15jährigen Sohn verloren hatte — ein wahres Muster eines Trostbriefes vom Standpunkte eines gläubigen Christen — drückt ein eingewurzeltes Vertrauen auf einen persönlichen Gott aus, unter dessen Schickung wir uns in Demut zu beugen haben und spricht in gleicher Stärke den Glauben an eine Auferstehung nach dem Leben aus. Der von Hesekiel (S. 290 bis 292) abgedruckte Brief vom 26. Dezember 1865 an den Gutsbesitzer André aus Veranlassung der bekannten Bismarck-Lucca-Photographie atmet, bei Zurückweisung irgend welcher Schuldbarkeit für jenen Scherz, eine unzweifelhafte Kirchengläubigkeit, bekennt den Glauben an „Vergebung der Sünden im Vertrauen auf Christi Blut," und lehnt den Vorwurf ab: daß er niemals ein Gotteshaus besuche.

Jeder, der seine Lebensweise in Varzin kannte, muß bestätigen, daß er dort im Sommer häufig die Kirche in Wussow, zu welcher Varzin eingepfarrt ist, besuchte. Er nahm auch wiederholt mit seiner Familie das Abendmahl. — Bei seiner ersten Anwesenheit in dieser Kirche war zufällig die Taufe des Kindes eines Gesellen, welcher er beiwohnte, und, sich dem hocherfreuten Vater als Taufpaten anbietend, einen Louisd'or Patengeschenk gab.

Für jeden, der nur einigermaßen in nähere Beziehungen zu ihm trat, kann seine Christgläubigkeit aus den verschiedensten gelegentlichen Äußerungen keinem Zweifel unterworfen sein. Ich erinnere mich zwar keines einzigen Falles, in welchem ein ernstes, längeres religiöses Gespräch von ihm in meiner Gegenwart geführt worden wäre. Ihm selbst war ein derartiges Gespräch kein Bedürfnis. Bei der Festigkeit in seiner religiösen Überzeugung fühlte er wohl kein Bedürfnis nach näherer Aufklärung und hatte jedenfalls keinerlei Gewöhnung, die Religion als reinen Gesprächsstoff zu verwenden. Für jeden anderen wäre es mehr als indiskret gewesen, ihm einen solchen Gesprächsstoff aufzudringen, der seine religiösen Ansichten hätte zum Ausdruck bringen sollen. Auch der Prediger Mulert zu Wussow, ein tüchtiger, unionsfreundlicher, freisinniger, gescheiter Geistlicher, teilte mir mit, daß, so oft Bismarck auch Kirche und Abendmahl besuche, er sich niemals eingehend über religiöse Gegenstände derartig unterhalten habe, daß er seine persönliche Stellung zu den kirchlichen Parteien daraus habe entnehmen können. — Indes hinterließen seine gelegentlichen Äußerungen, auch ohne daß sich jedes Wort davon einzeln wiedergeben ließe, den sicheren Eindruck fester Gottgläubigkeit. Am 22. August 1868 bei einem mit von Keudell und von Blanckenburg unternommenen Ritte über die Puddiger'schen Rieselwiesen war Bismarck's Pferd mit dem Vorderfuße in einen Maulwurfshaufen getreten, und Bismarck vorn herüber abgeworfen worden, so daß er mit vorgestrecktem rechtem Arme unmittelbar auf Brust und Gesicht hingeworfen wurde, wobei das Pferd sich überstürzend mit seinem Hinterteil den Rücken Bismarck's traf, während Bismarck schon wieder im Begriffe war, sich zu erheben; — es war glücklicherweise kein edleres Organ verletzt; er litt nur an gewaltigen Schmerzen in der ganzen Muskulatur des

Körpers, welche erst nach einigen Wochen gänzlich beseitigt waren. Hierbei meinte Bismarck: „Der liebe Gott muß mich doch noch gebrauchen wollen."

So wie in den Kriegsdepeschen aus dem französischen Kriege von 1870/71 der König Gott die Ehre für die glänzenden Erfolge gab, so äußerte sich auch bei Bismarck Dank gegen Gott für das gütige Geschick und Vertrauen auf Gottes Leitung für die Zukunft.

Bismarck fügte bei Verleihung des Grafentitels (1865) seinem Wappen: ein goldenes Kleeblatt in blau, welches in den drei Ecken mit silbernen Eichenblättern besetzt ist, die Devise an: in trinitate robur! Man wird auch darin einen religiösen Ausdruck finden müssen.

Zu der Aufgabe, welche er 1847 dem christlichen Staate dahin stellte, daß derselbe das Christentum verwirklichen sollte, würde er sich wohl auch in den späteren Jahren bekannt haben; vermutlich bei vorgerückter Entwickelung des Begriffs vom Staatszwecke mit dem einschränkenden Zusatze: soweit es Sache des Staates ist, auf das Leben Einfluß zu haben, da der Staat die Seelen und die Moral weder kommandieren kann noch soll. Ob dabei seine persönliche religiöse Überzeugung später ganz dieselbe geblieben ist, wie 1847, muß ich dahin gestellt sein lassen. Jedenfalls aber faßte er in größerer Toleranz und in vollständigerer Erkenntnis des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Zeit seiner maßgebenden politischen Stellung es nicht als seine Aufgabe auf, um das orthodoxe Christentum zu verwirklichen, der freieren Entwickelung des Christentums entgegenzutreten und die Juden von der Wählbarkeit zu legislatorischen Versammlungen oder von der Bekleidung obrigkeitlicher Ämter auszuschließen. „Es ist Gewissenszwang" sagte er, „wenn man von allen verlangen will,

daß sie sich ihren Glauben nach derselben Schablone zurecht legen sollen. Man muß dergleichen nicht äußerlich und zwingend beherrschen wollen, was man doch in der That nicht beherrschen kann." „Geheimrat Mathis (Präsident des Oberkirchenrats) hat wiederholt seinen Schematismus auch in Hannover einführen wollen; ich habe ihn zweimal abweisen müssen."

„So gut wie wir gegen andere tolerant sein müssen, so müssen wir auch die Toleranz von andern erwarten; wenn eine Sekte, wie die Ultramontanen, sich mit den Staatszwecken nicht vertragen kann und diese selbst angreift, so kann der Staat sie auch nicht dulden."

Auf eine gelegentliche Frage, ob ich katholisch sei, wie mein Name schließen lasse, antwortete ich: unsere Familie sei schon seit Jahrhunderten protestantisch und sei eben deshalb laut unserer Familientradition schon seit der Schlacht am weißen Berge (1620) aus dem österreichischen Schlesien, dem sie früher angehört, vertrieben und fortgezogen. Er äußerte: „die Protestanten sind unter den Konfessionen so weitherzig und tolerant, wie die Deutschen als Kosmopoliten unter den Nationen; es wäre sehr ersprießlich, wenn wir etwas härter wären, ja, wenn wir so hart wären, wie die Österreicher bei ihrer Reaktion gegen den Protestantismus gewesen sind, so ständen wir in Hannover auch anders!" (Sommer 1867.)

Geschichtlich hat sich erst nach dem französischen Kriege von 1870/71 während der Landtags- und Reichstagssession der ersten Monate des Jahres 1872 der Kampf Bismarck's gegen die Ultramontanen und Jesuiten zunächst im Schulaufsichtsgesetze und im Jesuitengesetze gezeigt. Es ist vielfach gefolgert, als wenn nun erst mit der Gründung des deutschen Reiches diese Stimmung in ihm erwacht wäre.

Das ist unbedingt Irrtum. Schon im Jahre 1867 erklärte er die Ultramontanen für die wichtigsten Feinde Preußens und des neuen Bundes; von ihnen stamme hauptsächlich die Gegnerschaft, sowohl in den neuen Provinzen als auch in Süddeutschland, her. Das Unterlassen von Schritten gegen diese staatsfeindliche Richtung und das Gewährenlassen der strengen protestantischen Orthodoxie bis zum Jahre 1872 hatte wesentlich seinen Grund darin, daß Mühler an der Spitze des Kultusministeriums stand und Bismarck aus pietätsvoller Rücksicht gegen die Konservativen, welche in Mühler sich vertreten sahen, ihn nicht entfernen zu können glaubte. Als sich die Notwendigkeit dazu immer mehr herausstellte und die Entfernung Mühler's gelungen war, trat mit Falk's Hilfe die Aktion ins Leben, welche im Gedanken Bismarck's längst vorbereitet war. Jahrelang vorher und jedenfalls schon seit 1867 hatte er kein Hehl, daß ihm Mühler antipathisch und die Ultramontanen Feinde waren.

Ich erinnere an die Sitzung vom 12. März 1867 im konstituierenden Reichstage des norddeutschen Bundes: Der Abgeordnete von Mallinckrodt, notorisch damaliges Haupt der Ultramontanen im Reichstage, hatte bemerkt: Bismarck habe bei Erwähnung der 600 jährigen Leidensgeschichte Deutschlands wohl nicht mit Vorbedacht dieselbe „von dem Zeitpunkte datiert, wo Rudolf von Habsburg die Burgen der Raubritter brach, um Deutschland den inneren Frieden zurückzugeben."

Bismarck entgegnete: „eine einfache genaue Rechnung ergiebt, daß der Anfangspunkt dieses Zeitraums hinter Rudolf von Habsburg zurückreicht. Ich habe vom Sturz der Hohenstaufen an gerechnet und, wie ich glaube, richtig. Der Herr Vorredner hat eine kleine Seitenwendung zu Gunsten der Raubritter einfließen lassen. Woher kamen die

Raubritter? Von der Zerrüttung des deutschen Reiches während des Interregnums! woher kam die Zerrüttung während des Interregnums? Vom Abfall der Welfen und dem Siege der Ultramontanen!" (Reden I. 266)

Siebenundzwanzigstes Kapitel

Behandlung der Finanzfragen

Das Finanztalent war wohl dasjenige, welches bei Bismarck, ungeachtet seiner Universalität, verhältnismäßig am wenigsten ausgebildet war. Bei seiner Begabung kann nicht davon die Rede sein, daß er sich nicht auch in Finanzsachen vorzüglich zurecht gefunden hätte. Im Gegenteil habe ich z. B. wiederholt Bundesbevollmächtigte, namentlich nichtpreußische, ihr Erstaunen darüber aussprechen hören, mit welchem eingehenden Verständnisse er sich im Bundesrate in Finanz-, Zoll- und Steuerfragen bis ins kleinste Detail hineingefunden und den praktischen Kern der Fragen getroffen hätte. Jedoch entsprach dies Gebiet offenbar seinen Neigungen nicht, und von allen Ministern war unter ihm der Finanzminister in seinem Ressort verhältnismäßig der selbständigste Bismarck gegenüber. Es zeigte sich dies in der Art seiner Beteiligung an derartigen Fragen in den legislativen Versammlungen. Wenn man die Sammlung seiner „Reden" durchsieht, so findet man, daß er relativ sehr wenig bei Finanzfragen das Wort ergriffen hat. Ich sehe von den wiederholten Debatten über die allgemeine Frage der Steuerbewilligung in der Konfliktszeit von 1862 bis 1864 dabei ab, welche überhaupt den allgemeinen politischen Charakter der Machtfrage und der Konstituierung des Ver-

hältnisses der Regierung zur parlamentarischen Körperschaft hatte. Auch wenn er für Finanzfragen sprach, so stellte er stets die allgemeinen politischen Erwägungen in die erste Linie und wendete sich auch in der Polemik hauptsächlich gegen die gegnerischerseits eingemischten politischen Erwägungen. Insbesondere eiferte er in der Kammerdebatte, wie im Privatgespräch heftig dagegen, daß die Linke für die Bewilligung neuer Steuern Änderungen der Verfassung eintauschen und so die Steuerfragen zu Machtfragen machen wolle (Kontingentierung der Steuern unter Bewilligung von jährlichen Quoten von Steuereinheiten). Jede Frage müßte einzeln für sich gelöst werden, die Frage: ob Geld nötig, und ob und welche Steuer dafür sachgemäß sei; und die Frage, ob eine Änderung in der Verfassung ratsam sei. Am ausführlichsten hat er sich wohl im Frühjahr 1869 über Finanzfragen ausgelassen, als der Finanzminister von der Heydt ein preußisches Deficit von ca. 11 Millionen gefunden hatte und dem Bundesreichstage ein „Bouquet" von Steuervorlagen eingebracht wurde, welche vom Reichstage jedoch (meines Erinnerns sämtlich bis auf eine Zuckersteuervorlage) abgelehnt wurde. (Reden II. S. 89 bis 115. 130 bis 132.) Von seinen damaligen Reden vom 26. April, 21. und 22. Mai 1869 bestand der größte Theil ebenfalls in allgemeinen politischen Erwägungen und nur der kleinere Teil ging auf das Finanziell-Technische ein. Dabei erklärte er unverhohlen, daß er selbst erst seit kurzem die zeitige Lage der Finanzen kennen gelernt habe, und daß das eine natürliche Folge der Selbständigkeit des Finanzressorts in Preußen sei; mit dem Zusatze freilich, daß andererseits auch der Finanzminister erst im Februar die ziffermäßige Unterlage für den vollständigen Überblick der Einnahmen und Ausgaben gewinnen könne; was aus besonderen Gründen

in jenem Jahre erst im März und April möglich gewesen sei. (S. 94. 105. 107.) Hinsichtlich der Angriffe auf die Positionen der Finanzdarlegung betreffs des Deficits berief er sich einfach darauf: er müsse dem Finanzminister glauben (S. 101. 94). Bekanntlich führte er gegen die Angriffe, welche nach der Depossedierung des Königs von Hannover gegen die enorme Summe seiner vertragsmäßigen Abfindung erhoben wurde, wesentlich die politische Erwägung ins Feld, daß dies nach der ganzen Situation gar keine finanzielle, sondern eine politische Frage sei. Bismarck hatte damals dem Könige von Hannover, dem Kurfürsten von Hessen und dem Herzoge von Nassau sogar ihren Wünschen gemäß statt der Geldentschädigung Grundbesitz an Domänen in den annektierten Ländern gern geben wollen; indes der Finanzminister von der Heydt opponierte und machte mit Erfolg neben dem Grunde, daß damit den depossedierten Fürsten ein bedeutender Einfluß in den Ländern erhalten bliebe, das finanzielle Motiv geltend, daß beim Steigen des Wertes vom Grundbesitz und beim Fallen des Geldwerts jede Entschädigung in Grundbesitz relativ weit bedeutender sei, als in Geld. (Vergl. Reden II S. 174.)

Daß Bismarck an sich über die Kardinalgrundsätze in Finanz- und Steuersachen durchaus klar dachte, beweist andererseits ebenfalls die obenerwähnte Reichstagsdebatte vom Frühjahr 1869. In der Sitzung vom 21. Mai 1869 setzte er deutlich sein Steuersystem auseinander: das natürliche Ziel sei, die Steuern so einzurichten, daß dieselbe Summe mit dem geringsten Drucke für die Steuerpflichtigen aufgebracht wird. Die direkten Steuern erfüllten diesen Zweck bei dem größten, weniger vermögenden Teil des Volkes nicht ohne Druck; die indirekten Steuern, welche auf den notwendigsten Lebensbedürfnissen, Brot, Fleisch, Salz ruhten,

ebensowenig; die reinen Luxussteuern hätten dagegen so wenig Steuerobjekte, daß sie kaum die Aufsichtskosten lohnten; die gegebenen Grundlagen für Steuern seien dagegen diejenigen Genußmittel, welche massenhaft genug verbraucht werden, um einen entsprechenden finanziellen Ertrag zu bringen, und deren teilweise Entbehrung oder Minderung für den Einzelnen keine Existenzfrage bilde: als Bier, Branntwein, Wein, Thee, Kaffee, Petroleum, Gas, Tabak (Zollparlamentssitzung vom 21. Juni 1869). Dahin gehörten auch Stempel- und Quittungssteuern, welche das Kapital da trifft, wo es „zu einer papiernen Erscheinung kommt und an die Oberfläche tritt." (Reden II, S. 98 bis 100, 130 bis 132.)

Mit einer dem Reichstage gegenüber etwas naiven, durch die Angriffe auf die Buntfarbigkeit der vielfachen Steuervorlagen provozierten Aufrichtigkeit fügte er hinzu: die Mannigfaltigkeit sei aus der Gewissenhaftigkeit hervorgegangen, kein Mittel unversucht zu lassen und dem Einwande zu begegnen, daß vielleicht nicht die vorgeschlagenen, aber andere Steuerobjekte die richtigen gewesen wären, und nicht eine Klasse oder einen Erwerbszweig besonders zu beeinträchtigen; wenn alle Steuervorlagen bewilligt würden, so würde die Regierung freilich vielleicht mehr Geld haben, als sie augenblicklich gebrauche. (Reden II, S. 91, 92.) Anscheinend hat für den Fall der Steuervorlagen hauptsächlich dies Motiv gewirkt, daß das Verhältnis der Steuern zum Bedarf nicht genügend berechnet und übersichtlich schien, — was freilich im voraus auch nur annähernd schwer zu bestimmen ist.

Das Detail der Finanzfragen interessierte Bismarck nicht. Er kümmerte sich gelegentlich darum und meinte im Sommer 1869 z. B.: die Befürchtung, daß die Petroleum- und die Brennereisteuern auf den Verkehr für den Einzelnen

einen nachteiligen Einfluß haben könnten, wäre unbegründet; die Steuern wären dazu zu gering, und den Einzelnen träfe im Kleinverkehr ein unbedeutender Bruchteil. Die Brennereien und die Großhändler würden bei einer kaum nennenswerten Steigerung auch keinen Schaden haben, und die Steuer sei gerade deshalb sehr empfehlenswert, weil sie unmerkbar gefühlt und doch leicht einzuziehen sei. Ohnehin dränge alles dem Großverkehr entgegen. Von den kleinen Brennereien könne man schon jetzt sagen, daß sie sich auf die Dauer nicht halten würden (auch die seinige in Selitz nicht); sie gebrauchten verhältnismäßig mehr Betriebskapital, als die großen, und könnten mit diesen deshalb nicht konkurrieren. — Im wesentlichen aber überließ er grundsätzlich alles Detail dem Finanzminister als zu seinem Ressort gehörig. Dafür machte er ihn aber auch für alles Detail verantwortlich. Am 25. Oktober 1869, kurz vor dem, damals von mir noch nicht geahnten Abgange des Finanzministers von der Heydt, erwähnte Bismarck in Varzin gelegentlich, daß bei einer unbedeutenden Detailangelegenheit des Finanzministeriums (ich habe sie weder notiert noch behalten und erinnere mich nur, daß sie mir unbedeutend vorkam) der Finanzminister erklärt habe: das hätte er nicht gewußt. Dies war ohne Nebenbemerkung und ohne besondere Betonung geäußert; und ich warf unnötigerweise ein: Se. Excellenz der Finanzminister werde wohl nicht alle solche Details selbst kennen können. Darauf entgegnete Bismarck mit einiger Erregung: Das muß er wissen; er hat ja hunderte von Räten, durch die er sich informieren kann!

Bald darauf bemerkte er: er habe mich (zur Erledigung von Geschäften) zum 25. Oktober schon zu kommen ersucht, weil er nach Berlin müsse und noch nicht wisse, wie bald er losgelassen werden würde; ins Abgeordnetenhaus (welches

damals tagte) ginge er jedoch nicht; eine ministerielle Krisis veranlasse ihn zur Reise. Der Reise folgte unmittelbar der Abschied von der Heydt's!

Da Bismarck die Leitung der Finanzangelegenheiten im wesentlichen dem Fachminister überließ, so muß auch die Verantwortlichkeit dafür während seiner Periode, Lob sowie Tadel, den Finanzministern verbleiben. Den tüchtigen Ministern, welche er sich zuordnete, und zum großen Teile auch den finanziell guten Erfolgen der glücklich geführten Kriege wird, neben den Leistungen eines vorzüglich geschulten und begabten Beamtentums, das auch in dieser Beziehung günstige Resultat der Staatsleitung zu danken sein. Der Finanzminister von Bodelschwingh verlor zwar bei dem Ausbruche des österreichischen Krieges 1866 den Kopf; an die ruhige, bureaumäßige, traditionelle Leitung in Friedenszeiten gewöhnt, wußte er für die gesteigerten und unverzüglich zu erfüllenden Bedürfnisse des Krieges das Geld nicht zu finden und das vorhandene nicht angemessen einzuteilen und zu verwenden. Er erklärte sich außer stande, den an ihn gemachten Ansprüchen zu genügen, da er von dem eintretenden Kriegsfalle nicht zeitig genug benachrichtigt worden zu sein glaubte. Sein wieder eintretender Nachfolger, von der Heydt, wußte das Geld zu finden. Wie auch schon während seiner früheren Verwaltungsperiode, hatte er eine mehr kaufmännische und weniger an den Wortlaut der Gesetze und Bewilligungen sich bindende Weise der Disposition über die vorhandenen Gelder; Indemnität hoffend, wo seine Dispositionen mit den vorangegangenen Staatsakten nicht harmonierten. Mit einem in vieler Beziehung förderlichen praktischen Geschicke und einer kaufmännischen Schnelligkeit der Erledigung soll er jedoch eine, für einen preußischen Beamten oft peinliche Rücksichtslosigkeit gegen die juristische Zulässigkeit seiner

Operationen und gegen Zeit und Kräfte seiner Beamten hinsichtlich der gewünschten Beschleunigungen verbunden haben. — In glücklicher Verbindung vereinigte sein Nachfolger Camphausen den praktischen Blick des Kaufmanns und Bankiers mit der sorgfältigen Prüfung und Gewissenhaftigkeit altpreußischer Beamten, sowie mit der politischen Übersicht der staatsmännischen und finanziellen Verhältnisse. Er scheint Bismarck nach der finanziellen Seite hin sehr günstig ergänzt und stets mit ihm harmoniert zu haben.

Achtundzwanzigstes Kapitel

Stellung zur Justiz

Bismarck's erster Lebensberuf war der juristische, und er zeigte auch in seiner Gedankenschärfe seinen stetigen fortdauernden Einfluß. Welch' bedeutendes Gewicht Bismarck auf die Jurisprudenz legte, zeigte der Umstand, daß er zu den höchsten Verwaltungsstellen am liebsten Juristen heranzog. In seinem eigenen Ministerium des Auswärtigen verwendete er am liebsten Juristen, wie bekanntlich sein tüchtigster Adjutant, Lothar Bucher, aus dem Juristenstande hervorgegangen war. Als Weihnachten 1871 der Sturz des Kultusministers von Mühler bevorstand, und es sich um die Wahl seines Nachfolgers handelte, waren nur Juristen die Kandidaten, wie denn auch der wirkliche Nachfolger, Dr. Falk, aus dem Justizministerium genommen wurde.

Bismarck sprach auch ausdrücklich aus, — was demnächst die halboffizielle Provinzialkorrespondenz reproduzierte — daß zur Stelle des Kultusministers im preußischen Staate nur ein Jurist passe, da das Staatsinteresse, sowohl den verschiedenen Konfessionen, als auch deren vielfach nüancierten

Unterabteilungen gegenüber, nur durch einen Juristen gewahrt werden könne, welcher einmal nicht auf dem Standpunkte eines streng abschließenden Konfessionalismus stehe, was die nötige Duldung gegen andere Richtungen beeinträchtige, und mehr durch seinen Rechtssinn die Übergriffe kirchlichen Eifers auf das Staatsgebiet und auf das Recht des Einzelnen zurückzuweisen geeignet sei, und ebenso die Wissenschaft, das Leben, die Familie und die einzelnen wie die Kirche jedes zu seinem Rechte kommen ließe.

Bei aller Würdigung der Jurisprudenz nahm jedoch Bismarck kein besonderes Interesse an der Rechtsverwaltung. Er hatte den Grafen Lippe während der Konfliktszeit gewähren lassen, als er von dem, schon damals allgemeinen Wunsche nach Reformen sich nicht bewegen ließ, etwas zu thun; Graf Lippe hatte auch seinen Sturz nicht seiner Unthätigkeit oder den positiven legislatorischen Thätigkeiten seines Ministeriums zu verdanken, sondern der in den weitesten Kreisen bald gehässig gewordenen Art, wie er die Beamtenstellen in seinem Ministerium mit wesentlicher Berücksichtigung der sogenannten Konservativen und Reaktionären und mit entschiedener Parteinahme gegen Nicht-Ministerielle besetzte. Ein solcher Fall und die dabei zwischen Bismarck und Graf Lippe zu Tage getretene Differenz war auch der unmittelbare Anlaß zum Abschied des letzteren. Auch seinen Nachfolger seit 1867, den Justizminister Leonhardt, ließ Bismarck in den, nun kräftig geförderten, Reformarbeiten gewähren, und das Lob für diese wird dem Justizminister Leonhardt und seinen tüchtigen Mitarbeitern in seinem Ministerium allein zu erteilen sein. Nur da, wo allgemeine politische Rücksichten mit maßgebend sein mußten, nahm er ein besonderes Interesse an der speziellen juristischen Legislatur. Dies war bei den, vom bayrischen Minister von Lutz im Bundesrate in Anregung ge-

brachten Strafgesetz gegen Geistliche wegen Kanzel- und Amtsmißbrauchs (1871/72) der Fall. Ebenso erzählte er mir im Herbste 1871: bei der Beratung der Grundsätze der deutschen Strafprozeßordnung, deren Entwurf im preußischen Justizministerium vorbereitet wurde, sei in Gemäßheit des Votums des Juristentages von 1871 die Zuziehung von nicht rechtsverständigen Schöffen zur Sprache gekommen, und auch die Aufnahme dieses Vorschlags in den Entwurf beschlossen. Er (Bismarck) habe auch nichts dagegen, sie könne ganz gut wirken; indes habe er sich entschieden dafür ausgesprochen und in diesem Sinne auch mit dem Justizministerium korrespondiert, daß über die Aufnahme der zuzuziehenden Schöffen nicht lediglich die Wahl entscheide; die Bestimmung darüber müsse, ebenso wie die Ernennung der Amtshauptleute in der Kreisordnung, nur vom Könige ausgehen. Dem Könige gehöre die richterliche Gewalt, und der Staat könne nicht dulden, daß lediglich durch Wahl Richter ernannt würden.

Die Thätigkeit des Richters, welcher nur mit Detailarbeit für einzelne Fälle und partikulare Interessen zu schaffen habe, war ihm eben nicht sympathisch; er scherzte öfter über juristische Spitzfindigkeiten. Bei der Behandlung der Rückgewähr eines Gutes aus der Verpachtung (Mindow) sollte bestimmt werden, daß er das Inventar und die Vorräte nach der Taxe von bestimmten Sachverständigen zurücknehmen solle. Es wurde davon gesprochen, was für ein Rechtsgeschäft dies wäre, und welches die Folgen seien, und ich bemerkte: es wäre ein Kauf; aber wenn die Schiedsrichter-Sachverständigen keinen Ausspruch thun wollten, so wäre das ganze Geschäft hinfällig. „O!“ sagte er: „Ihr Juristen! was für Spitzfindigkeiten!“

Indes verstand er es gelegentlich sehr wohl, juristische Spitzfindigkeiten zu benutzen.

Ich will noch hinzufügen, daß ihn auch das Handelsministerium und das landwirtschaftliche Ministerium als wesentliche Fachministerien für seine direkte Thätigkeit weniger interessierten und beschäftigten.

Neunundzwanzigstes Kapitel

Charakteristik

Dem kurzen Grundriß der politischen Bestrebungen Bismarck's, welcher nach seinen Reden und seiner politischen Wirksamkeit leicht detailliert vervollständigt werden kann, lasse ich eine kurze Charakteristik Bismarck's folgen. Der Schlüssel zu seinen großen Erfolgen lag nicht nur in dem, was er erstrebte, sondern wesentlich auch in der, durch seinen Charakter bedingten Art, *wie* er es erstrebte. Seine in jeder Beziehung eigenartige Weise macht es schwer, mit welchen Eigenschaften seines Geistes, Willens und Herzens man anfangen soll, um seinen Charakter darzustellen.

Gerade die glückliche Verbindung einer gediegenen Einsicht, eines durch Schulbegriffe nicht eingeengten politischen Blickes und eines warmen, lebendigen Herzens, mit einem energischen Willen, dessen Festigkeit durch intelligente Beherrschung der Mittel und diplomatische Berücksichtigung des Erreichbaren reguliert wurde, machte, unterstützt durch seine gesellschaftliche Stellung und durch seine aristokratische und militärische Vergangenheit, seine Erfolge möglich. Je reicher und vielseitiger ein Charakter ist — und *solche* Charaktere, welche aus der Konzentration des Wesens in *einzelnen* Eigenschaften bestehen, absolute Personifikationen

von Eigenschaften, gehören überhaupt dem wirklichen Leben kaum an —: desto mißlicher ist es, einzelne Seiten des Bildes in den Vordergrund zu stellen.

Die hervorstechendste und fruchtbarste Charaktereigentümlichkeit Bismarck's liegt indeß immerhin wohl in seiner Willensfestigkeit. Seine politischen Ziele, die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, haben Unzählige gewollt, viele auch mit der Färbung durch die möglichste Rücksicht auf die Erhaltung partikularer Eigentümlichkeiten. An Tiefe der Intelligenz und Reichtum des Wissens mögen Bismarck sehr Viele überlegen gewesen sein. Die ideale Erwärmung für politische und menschliche Zwecke ist sicher in Manchem von gleicher oder selbst größerer Stärke gewesen. Was ihn in dem Volke von Denkern über alle deutschen Staatsmänner emporhob, das war die unbeugsame Festigkeit des Willens in kräftiger, praktischer Verfolgung seiner Pläne. Dies schuf die That, welche dem deutschen Gedanken fehlte. Wohl hat die Willensstrenge seinem Wesen manche Härte gegeben, und es hat seine unzweifelhafte Berechtigung, daß das Diktatorische, was in seinem Wesen immer mehr hervortrat, je mehr seine Stellung durch die siegreichen Erfolge befestigt wurde, in vielen Beziehungen abstoßend wirkte. Aber es wäre eine Sünde gegen den heiligen Geist der deutschen Geschichte, wenn man nicht anerkennen wollte, daß für Deutschland gerade ein Staatsmann von solcher energischen Thatkraft nötig war, welcher im Gegensatze zu dem Durchschnittscharakter deutscher Staatsmänner sich nicht durch Rücksichten auf Personen und Zuständen ablenken und abschwächen ließ. Die Unbehaglichkeiten und die Beengungsgefühle, welche seine Diktatur zur Folge hatte, muß man patriotisch um des geschichtlichen Fortschritts willen mit in den Kauf nehmen.

Deutschland ist nicht reich genug an tüchtigen, willenskräftigen Staatsmännern, um einen davon entbehren oder anders wünschen zu können. Seit dem Sturze der Hohenstaufen sind ihm in dieser Beziehung nur der große Kurfürst Friedrich Wilhelm und der große König Friedrich II. zur Seite zu stellen, die nach dem Untergange des Deutschen Reichs des Mittelalters den Grund zu dem deutschen Reichsgebäude legten, welches Bismarck zweihundert Jahre nach dem großen Kurfürsten und hundert Jahre nach dem großen Könige aufrichtete.

Während seine großen Vorgänger als Staatsoberhäupter zugleich ihre eigenen Staatsmänner waren, hatte Bismarck das Glück, in seinem Könige Wilhelm einen Monarchen zu finden, welcher sich Bismarck's politischem Gedanken aufs Innigste anschloß und ihn zu dem seinigen machte. Das schon oben hervorgehobene Verhältnis des Fürsten und seines Ministers, welches politisch zu einer Einheit wurde, ist um so glücklicher, als Bismarck nicht im geringsten die Gabe hatte, sich unterzuordnen. Der König war thatsächlich der Einzige, welchem er nachgab. Daß er dies nicht in wesentlichen politischen Fragen zu thun brauchte, dafür sorgte die von Bismarck geschaffene Harmonie ihrer Bestrebungen. Darin jedoch zeigte sich die Ritterlichkeit und Pietät seines Verhältnisses zum Könige, daß er in allen sekundären Fragen und namentlich in betreff der Personalstellung der höheren Beamten zum Könige nachgab. Nur dieser Pietätsgrund ließ den Kultusminister Mühler so lange in seiner Stellung, bis Mühler selbst den König sich zu entfremden gewußt hatte. Sicherlich werde ich die Willensfestigkeit Bismarck's nicht besonders zu belegen brauchen; die ganze Geschichte ist eine redende Folge von Beispielen dafür.

Eine besondere Verstärkung gewann die Macht eines kräftigen Willens bei Bismarck noch durch die entschiedene Offenheit, mit welcher er seine Bestrebungen und Gedanken bis auf die geheimsten Regungen aufdeckte; sehr oft selbst in Gegenwart von Personen, deren Diskretion ihm durchaus nicht sicher sein konnte. Im Ganzen gewann ihm diese Offenheit nicht nur im Privatleben, sondern auch im politischen Leben verstärktes Vertrauen. In allen Fällen erweckte sie den Glauben an die unbedingte Entschlossenheit. Seine fast rückhaltlose Offenheit schien ein großes Vertrauen auf eine sachgemäße Diskretion vorauszusetzen, aber die Offenheit selbst war eine so allgemeine, daß der größte Teil des Inhalts oder wenigstens der Richtung seiner Mitteilungen dadurch ein fast öffentliches Geheimnis seiner Umgebungen wurde. Es wäre wunderbar gewesen, wenn sie sich dadurch nicht auch in weiteren Kreisen verbreitet hätten. Für eine unzählbare Menge seiner Aussprüche fehlte es eben nur, daß sie nicht geradezu durch den Druck veröffentlicht wurden, um sie zum absoluten Gemeingute zu machen. Um so weniger glaube ich, kann nach Verlauf der Zeit, worin die Äußerungen noch etwas persönlich Verletzendes haben konnten, der Geschichte vorenthalten werden, was zur Charakteristik der größten geschichtlichen Persönlichkeit der Neuzeit gehört.

Die Art und Weise seiner Mitteilung machte es unzweifelhaft, daß es ihm selbst Bedürfnis war, sich über dasjenige, was ihn bewegte, auszusprechen. Namentlich war dies bei seinem Aufenthalte in Varzin der Fall. In unzähligen Fällen machte er unaufgefordert Mitteilungen über Dinge, die man nicht ahnen konnte und die im Gespräche gar nicht oder kaum berührt waren. Insbesondere war dies der Fall bei Fragen, deren parlamentarische Erörterung schwebte oder bevorstand, noch mehr über Thatsachen, welche der ver-

gangenen Geschichte schon angehörten. Nach näherer Bekanntschaft brauchte ich mich nicht zu scheuen, nach Aufklärungen über die kurz verflossene Geschichte geradezu zu fragen, und war einer gern gegebenen eingehenden Aufklärung sicher. Natürlich verbot es die Diskretion, in betreff schwebender politischer Gelegenheiten oder Pläne auch nur den leisesten Wunsch nach Aufklärung zu äußern, wenn er sie nicht von selbst gab.

Breslau, Eduard Trewendt's Buchdruckerei Nachfolger
(A. Favorke).

DD218
W51

DD 218 .W51 C.1
Meine Erinnerungen an Bismarck
Stanford University Libraries
3 6105 037 949 133

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.